

Soziale Arbeit

10.2010

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Selbsthilfe
wohnungsloser Menschen

Interkulturelle Sozialarbeit

Auf dem Weg
zu Lernlandschaften

Freiwilligenarbeit
über das Internet

dzi

Soziale Arbeit

Oktober 2010

59. Jahrgang

Stefan Gillich, Dipl.-Sozialpädagoge, Dipl.-Pädagoge und Soziologe, ist Vorsitzender der Evangelischen Obdachlosenhilfe in Deutschland sowie Referent für Wohnungslosenhilfe, Straffälligenhilfe und Bahnhofsmission im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Ederstraße 12, 60486 Frankfurt, E-Mail: stefan.gillich@dwhn.de

Dr. Bernd Wagner, Dipl.-Pädagoge, lehrt am Arbeitsbereich für Interkulturelle Erziehungswissenschaft der FU Berlin und an der Universität Lüneburg, Institut für Integrative Studien, Scharnhorststraße 1, UC11019, 21335 Lüneburg, E-Mail: bwagner@uni-lueneburg.de

Dr. Konrad Hummel, Dipl.-Soziologe, leitet den Fachbereich Politik und Verbände des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Privatanschrift: Kaiserdamm 17, 14057 Berlin, E-Mail: khummel@vhw.de

Hannes Jähnert ist Dipl.-Sozialpädagoge und studiert Bildungswissenschaften an der TU Berlin. Er ist freier Mitarbeiter und Dozent an der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.), Marchlewskistraße 27, 10243 Berlin, E-Mail: hjaehnert@gmx.de

| | |
|--|-----|
| Selbsthilfe wohnungsloser Menschen | 374 |
| Ein strapazierter Begriff macht Karriere | |
| <i>Stefan Gillich, Frankfurt am Main</i> | |
| DZI-Kolumne | 375 |
| Interkulturelle Sozialarbeit | 380 |
| Perspektiven der gemeinwesenorientierten | |
| Förderung von Neuzuwandernden | |
| <i>Bernd Wagner, Lüneburg</i> | |
| Auf dem Weg zu Lernlandschaften | 386 |
| <i>Konrad Hummel, Berlin</i> | |
| Freiwilligenarbeit über das Internet | 392 |
| Ein neuer Weg für das freiwillige Engagement | |
| <i>Hannes Jähnert, Berlin</i> | |
| Rundschau Allgemeines | 399 |
| Soziales | 400 |
| Gesundheit | 401 |
| Jugend und Familie | 402 |
| Ausbildung und Beruf | 403 |
| Tagungskalender | 404 |
| Bibliographie Zeitschriften | 405 |
| Verlagsbesprechungen | 409 |
| Impressum | 412 |



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Selbsthilfe wohnungsloser Menschen

Ein strapazierter Begriff macht Karriere

Stefan Gillich

Zusammenfassung

Selbsthilfe ist ein schillernder Begriff und gesetzliche Grundlage der Hilfe. Während von wohnungslosen Menschen Selbsthilfe permanent eingefordert wird, ignoriert und verkennt das Hilfesystem Formen der Selbsthilfe beziehungsweise interpretiert sie als misslungene Ablösung vom Milieu – ein Paradoxon von Selbsthilfe und Bevormundung. Die Wohnungslosenhilfe ist gefordert, strukturelle Rahmenbedingungen für Selbsthilfe zu schaffen und wohnungslose Menschen aktiv und wertfrei bei der Umsetzung ihrer Interessen zu unterstützen.

Abstract

Self-help is a luminous concept and is the legal basis of help. While self-help is constantly demanded from homeless people, the helping system ignores and misunderstands the prevailing forms of its realisation by interpreting them as unsuccessful attempts to leave a specific social background and this in turn results in a conflict between the principles of self-help and paternalism. In assisting the homeless, it is essential both to create structural framework conditions for self-help and to support homeless people actively and impartially in pursuing their interests.

Schlüsselwörter

Wohnungsloser – Wohnungslosenhilfe – Selbsthilfe – Sozialhilfe – Ressourcen – Reform – Qualität

1. Einleitung

Die Selbsthilfe gehört zu den seltenen Begriffen, die trotz der ihnen innenwohnenden Paradoxie eine glänzende Karriere gemacht haben. Engagiert wird bundesweit diskutiert, welch hoher Stellenwert der Selbsthilfe zukommt. Flankiert werden die Diskussionen nicht zuletzt von dem hingeworfenen Hinweis auf die Bezahlbarkeit und den notwendigen Abbau des Sozialstaats. In der Sozialarbeit ist die Selbsthilfe zu einem zentralen Prinzip erhoben worden und hat mit dem Credo „Hilfe zur Selbsthilfe“ in gesellschaftlichem Verständnis und den gesetzlichen Grundlagen einen herausragenden Platz gefunden. Hilfe wird all denen gewährt, deren besondere Lebensverhältnisse derart mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, dass sie diese aus eigener Kraft nicht überwinden können (§ 67 SGB II). Als

Aufgabe der Sozialhilfe ist in § 1 SGB XII definiert, dass die Leistung so weit wie möglich befähigen soll, unabhängig von ihr zu leben. Wohnungslose Menschen haben darauf nach ihren Kräften hinzuarbeiten.

Nicht selten werden wohnungslose Menschen als hilflose Spielbälle vermeintlich unbeeinflussbarer Mächte angesehen und dementsprechend behandelt. Fachleute wissen, was gut und was schlecht für den Menschen in seiner Notlage ist. Wen wundert es, dass sich manche wohnungslose Menschen diese Zuschreibung zu eigen machen. Ein Paradoxon springt hierbei ins Auge: Hilfe wird von anderen erwartet und nicht von sich selbst, weil es unmöglich scheint, sich in der Situation selbst zu helfen.

Ist die Unmöglichkeit jedoch nicht absolut, müssen im handelnden Subjekt Eigenschaften vorhanden sein, welche nur nicht entdeckt werden konnten. Wenn das Potenzial von dem Subjekt selbst entdeckt werden kann, ist es gar nicht so hilflos wie angenommen, was im Sozialarbeiter spruch „Hilf dir selbst, sonst hilft dir ein Sozialarbeiter“ zum Ausdruck kommt. Es liegt auf der Hand: Verborgene Ressourcen zu entdecken und zu aktivieren ist umso schwieriger, je absoluter die Armutslage ist, in der sich Menschen befinden. Davon können viele Mitarbeitende der Wohnungslosenhilfe berichten. Im Folgenden werden Selbsthilfeformen wohnungsloser Menschen ins Blickfeld gerückt und es wird der Frage nachgegangen, welche Anforderungen an die Weiterentwicklung der professionellen Hilfe für wohnungslose Menschen zu stellen sind.

Traditionell herrscht nicht nur in der Wohnungslosenhilfe das Helfermodell des ärztlichen Handelns vor, bei dem der Klient beziehungsweise die Klientin Probleme hat und die Sozialarbeit hierfür eine Lösung anbietet. Von der Helferseite wird auf den Hilfe Suchenden eingewirkt und eine Veränderung erwartet. Die Beziehung ist therapeutisch oder pädagogisch und die Helfenden sehen sich in der Lage zu entscheiden, was gut und was schlecht für die Hilfe Suchenden ist. Diese Defizitorientierung verdankt sich beruflicher Fürsorglichkeit, die auf das Fehlende blickt. Sie erwartet, dass mit dem Klienten oder der Klientin etwas nicht in Ordnung ist, und übersieht dabei bereits vorhandene Problemlösungsansätze. Dem wird nach neuerem Verständnis eine systemische Sichtweise gegenübergestellt, die das Verhalten der wohnungslosen Menschen als von anderen Teilen und dem System als Ganzem mitbestimmt interpretiert. Das setzt ein Verständnis der Lebenswelt der Hilfesuchenden voraus.

2. Lebensweltorientierung als Handlungsprinzip

Die Lebensweltorientierung ist das bestimmende Prinzip für Selbsthilfeprozesse. Die Lebenswelt ist der Ort, an dem das Individuum oder die Gesellschaft handelt, sie ist der Raum täglicher Aktionen der Menschen. *Dieter Oelschlägel* (2000) skizziert die Lebenswelt als Summe unserer Optionen, als „Möglichkeitsraum“, der aus der Schnittmenge von objektiven gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (welche Handlungsmöglichkeiten habe ich) und der jeweiligen subjektiven Einschätzung und Interpretation des Individuums (welche Handlungsmöglichkeiten sehe ich) entsteht. Zur Veranschaulichung soll ein Beispiel gegeben werden: Nicht alle Menschen, die ihre Wohnung verlieren, verfallen dem Alkohol und landen auf der Straße. Einige versorgen sich ohne fremde Hilfe mit eigenem Wohnraum, andere benötigen dafür professionelle Hilfe, wieder andere organisieren sich in Selbsthilfegruppen. Das bedeutet, dass Menschen objektiv unterschiedlichen Lebensumständen unterliegen und subjektiv unterschiedliche Lösungswege sehen beziehungsweise nutzen.

Selbsthilfe wohnungsloser Menschen, die in Eigeninitiative erfolgt oder professionell nach dem Motto „Mit wohnungslosen Menschen nicht für wohnungslose Menschen“ begleitet und unterstützt wird, kann nur dort erfolgreich sein, wo es gelingt, an den zentralen Themen der Menschen anzusetzen. Hierbei ist es gleichgültig, ob diese als Betroffenheit, Frustration, Wille oder Bedürfnis bezeichnet werden. Die Herausforderung für die Soziale Arbeit besteht darin, Lebenswelten zu erfassen, denn wer wohnungslose Menschen unterstützen beziehungsweise sie dazu befähigen will, den eigenen Möglichkeitsraum zu erweitern, muss innerhalb ihrer Lebenswelt agieren. Die Lebenswelt ist daraufhin zu untersuchen, welche Möglichkeiten sie für die Menschen bereithält, um sie zu stützen, zu erweitern oder neu zu schaffen, und welche Behinderungen sie beinhaltet, um diese zu beseitigen oder zumindest zurückzudrängen.

3. Wohnungslosenhilfe ist Beziehungsarbeit und strukturelle Arbeit

Fachkräfte Sozialer Arbeit gehen nicht mit Erkenntnissen aus ihrer eigenen Lebenswelt belehrend und pädagogisierend vor, sondern vermittelnd, klarend und organisierend. Es gilt, den Lebensalltag wohnungsloser Menschen durch Ressourcenarbeit im weitesten Sinn zu unterstützen. Das kann einerseits individualisierend durch Beziehungs- und Beratungsarbeit im Sinne der Erweiterung persönlicher oder sozialer Ressourcen und andererseits strukturell

DZI-Kolumne Sportförderung

Das Sommerloch ist das Bermuda-Dreieck unserer Mediengesellschaft: Themen tauchen aus dem Nichts auf – oder gehen darin unter. In letztere Kategorie fällt eine Nachricht, die Ende Juni und Anfang August für ein paar Presseartikel gut war, dann aber leider zu schnell im sagenhaften Sommerloch verschwand: Der Bundesliga-Aufsteiger FC St. Pauli hat einen Zwei-Jahres-Vertrag mit der ARD-Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ als neuem Trikotsponsor abgeschlossen und erhält dafür 3,5 Mio. Euro pro Jahr. Lotterie und Verein wollen diese Meldungen weder bestätigen noch dementieren.

Diese Sponsoringvereinbarung ist ein Novum in der Bundesliga und im gemeinnützigen Bereich hier in Deutschland. In Spanien gibt es ein prominenteres Beispiel: Der FC Barcelona wirbt seit 2006 für UNICEF; allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: UNICEF muss für die Werbung nicht einen Cent bezahlen und erhält über die Laufzeit der Vereinbarung sogar 1,5 Mio. Euro jährlicher Spenden vom FC Barcelona!

Zugegeben, der Vergleich ist schief; nicht nur in sportlicher Hinsicht, sondern auch weil „Ein Platz an der Sonne“ keine Spenden sammelnde Organisation ist. Es handelt sich jedoch um eine Lotterie mit dem Status und – vielleicht noch wichtiger – dem Image der Gemeinnützigkeit. Dass hieraus auch eine Verpflichtung zu besonders sorgsamem Umgang mit den anvertrauten Mitteln erwächst, scheint den Verantwortlichen der Lotterie entgangen zu sein. Nicht jedoch der ARD: Sie untersagt die Verwendung ihres Logos auf den Trikots der Profi-Fußballer. Und noch jemand hat sich gemeldet: Der kommerzielle Wettanbieter bwin beklagt sich über die Wettbewerbsungleichheit, denn ihm sei mit Hinweis auf den Glückspielstaatsvertrag Werbung untersagt worden.

Staatliche und soziale Lotterien müssen nicht erst seit dem jüngsten Urteil des Europäischen Gerichtshofs um ihre Sonderstellung fürchten. Das Verhalten von „Ein Platz an der Sonne“ dürfte diese Sorgen noch vergrößern.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

durch die Erweiterung infrastruktureller beziehungsweise materieller Ressourcen geschehen.

Soziale Arbeit greift zu kurz, wenn sie sich dabei auf Beziehungsarbeit reduziert und gebetsmühlenartig die Hilfe zur Selbsthilfe beschwört, dann aber einzelne Personen oder Hilfe Suchende allein lässt, wenn es darum geht, notwendige Grundlagen, zum Beispiel durch die Einrichtung kommunikativer Treffpunkte, zu schaffen. Das Ziel Sozialer Arbeit ist die Verbesserung von Lebensqualitäten in benachteiligten Lebenswelten. Das beinhaltet – immer mit dem Blick auf Ressourcen – sowohl Beziehungsarbeit als auch strukturelle Arbeit.

4. Selbsthilfe ist systemimmanent

Eine Lebenslage, die von Armut, sozialer Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit geprägt ist, erzwingt Formen der Selbsthilfe zum (Über-)Leben ohne Wohnung und gesicherte Existenzgrundlage. So gesehen ist Selbsthilfe der Betroffenen nicht neu, denn sie ist systemimmanent. Dabei wird wohnungslosen Menschen selbst in Helferkreisen gerne unterstellt, sie bedürfen ständiger Fürsorge und Hilfe und seien unfähig zur Selbsthilfe. Dies scheinen individualistische Zuschreibungen zu sein, die allerdings auf der Basis von Beobachtungen der Ohnmacht, der Selbstverleugnung und der Übernahme zugewiesener sozialer und persönlicher Defizite und Rollen geschehen. Formen der Selbsthilfe werden in der Regel mit negativen Vorzeichen wahrgenommen und gewertet, was der „Selbsthilfekarriere“ der Betroffenen grundsätzlich eine negative Dynamik, etwa zum sogenannten „Nichtsesshaften“, verleiht. Entsprechend eingeschränkt gestaltet sich der Blick auf Formen der Selbsthilfe.

4.1 Individuelle und gemeinschaftliche Selbsthilfe

Tendenzen zur Individualisierung des Selbsthilfegedankens sind unverkennbar. Diese Individualisierung birgt die Gefahr, dass der emanzipatorische Charakter verloren geht. Selbsthilfe bezeichnet nämlich auch den gemeinsamen Prozess der Bewusstwerdung als Gruppe der Ausgegrenzten und damit die Voraussetzung für eine politische Artikulation sowie die parteiliche und nicht individuelle Interessenvertretung wohnungsloser Menschen für das Recht auf Existenzsicherung, Wohnen und Arbeit. Gleichwohl sind unterschiedliche Formen der Selbsthilfe erkennbar. Mit Selbsthilfe ist das Prinzip gemeint, eigene Probleme aus eigener Kraft beziehungsweise gemeinsame Probleme mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen. Individuelle Selbsthilfe des Einzelnen wäre demnach beispielsweise das Bemühen zum Überle-

ben in einer Stadt durch Betteln, gemeinschaftliche Selbsthilfe zum Beispiel der Zusammenschluss als Handwerkergruppe, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbietet. Gemeinschaftliche Selbsthilfe in der Gruppe ist ein Weg, aus der schwierigen persönlichen und sozialen Lage heraus eigene und andere Lebensperspektiven zu entwickeln. Das System der Wohnungslosenhilfe wird sich bei der Förderung der Selbsthilfe fragen lassen müssen, was es zur Verbesserung der Lebenssituation wohnungsloser Menschen an Hilfe zur Selbsthilfe über die aktuelle Nothilfe hinaus zu bieten hat. Individuelle Hilfe zur Selbsthilfe könnte, um bei dem Beispiel zu bleiben, ein ausgegebener Schlafsack sein, der dem wohnungslosen Menschen aufgrund des persönlichen Mangels ein Überleben ermöglicht, gemeinschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe zum Beispiel die Bereitstellung von Handwerksgeräten oder die Vermittlung von Aufträgen.

Aus der Vergangenheit bekannte Beispiele für gemeinschaftliche Selbsthilfe sind die Selbstorganisation der Vagabunden als Bruderschaft Anfang des letzten Jahrhunderts, das erste internationale Vagabundentreffen am 12. und 13. Mai 1929 in Stuttgart, die gleichzeitig stattfindende erste Vagabunden-Kunstausstellung in Stuttgart oder – als Vorläufer der heutigen Straßenzeitungen im weitesten Sinn – der „Kunde“, die um die damalige Zeit kursierende Zeit- und Streitschrift der Vagabunden. Weitere gemeinschaftliche Selbsthilfeformen, die bis in die neuere Zeit hineinreichen, waren der von einer Berberinitiative organisierte erste Stuttgarter Berberkongress am 12. und 13. September 1981, die von der Initiativgruppe herausgegebene Zeitschrift „Der Berber“, in welcher Betroffene und Initiativenvertreter zu Wort kommen, eine auf Initiative von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern 1991 in Berlin gegründete Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen oder der in Selbstinitiative entwickelte und herausgegebene Berber-Brief. Beispiele aus der Vergangenheit, die uns den Blick auf aktuelle Formen der Selbsthilfe erleichtern und für den gesellschaftlichen Umgang mit Selbsthilfe schärfen sollen.

Unter dem Motto „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ gründeten 1994 zehn Männer, Einwohner einer Obdachlosenunterkunft in einer hessischen Stadt, denen durch Arbeits- und Obdachlosigkeit die soziale Ausgrenzung drohte, in Eigenregie die Dienstleistungsfirm „Obdachlosen-Initiative GbR“ mit einem ausgewiesenen Tätigkeitsfeld rund ums Haus. Zu der Angebotspalette gehörten Gartenreinigung, handwerkliche Tätigkeiten, Kleintransporte, Entrüm-

Die Landespolizei in Überlingen hat auf eine Anzeige hin einen 56 Jahre alten Buchdrucker aus Halberstadt festgenommen, der mit einer seltsamen Visitenkarte betteln ging. Anstatt des üblichen Sprüchleins gab er an der Tür jeweils ein rosarotes Kärtlein ab, auf dem folgender sinniger Spruch geschrieben stand: „Besten Dank für die zwei Groschen! Sie sind hiermit Mitglied der Schweizer Armee. Ihre

kleine Spende wird zum Kauf von Waffen und Munition verwendet; damit werden die Löcher in den Schweizerkäse geschlossen. Selen Sie kein Limburger und machen Sie keinen unnötigen Stunk um die zwei Groschen! Holen Sie dieselben auf die gleiche Weise zurück, wie ich es tat!“

Faksimile aus
DER WANDERER 2/1962

pelungen und vieles mehr. Dies geschah in einer Lebenssituation, in der wohnungslose Menschen, denen in vielerorts individualistischer Nabelschau Antriebslosigkeit, Arbeitsflucht und Selbstverschulden unterstellt wird, noch heute von Kommunen in zum Teil schäbigen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Es handelt sich um eine unterlassene Hilfeleistung, die mit einer unterstellten Wohn- und Bindungsunfähigkeit wohnungsloser Menschen begründet wird, wenn sich ein Wohngesetzloser mit der Bitte um eine Wohnung an die zuständige Behörde wendet und stattdessen als Hilfeangebot in der Regel die zeitlich befristete Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft erhält. Nur wer sich „bewährt“, bekommt eine perspektivische Chance auf eine bessere Unterbringung beziehungsweise eine eigene Wohnung. Umso höher ist vor diesem Hintergrund zu bewerten, dass wohnungslose Menschen trotz ihrer elenden Wohn- und Lebenssituation Selbstorganisationsformen entwickeln und damit gängigen Klischees und Vorurteilen widersprechen.

4.2 Ignorieren von Selbsthilfe

Eine Form des Umgangs ist das Ignorieren der Selbsthilfe. Je nach wissenschaftlicher Schule wird die Lebenslage wohnungsloser Menschen auf pädagogische, soziologische, ökonomische oder andere Fragestellungen und Ergebnisse verkürzt. Geschildert wird, dass wohnungslose Menschen immer älter, schwächer, physisch und psychisch kräcker oder immer jünger, therapieresistenter, aggressiver und gefährdeter werden. Unterstellt wird eine Dynamik, die, so man sie ernst nimmt, den Betroffenen übernatürliche Fähigkeiten unterstellt, um ein Übermaß an Krankheit und Defiziten zu ertragen. Das Beschriebene entspricht konkreten Erfahrungen, doch ist zumindest zweifelhaft, ob es dem wohnungslosen Menschen gerecht wird. Denn die

Gemeinsamkeit aller Beschreibungen liegt in der Distanz zu Betroffenen, die es dem Betrachter oder der Betrachterin ermöglicht, Formen der Selbsthilfe zu übersehen.

Stationäre Einrichtungen beklagen einen Belegungsrückgang. Auf der anderen Seite verbleibt die Anzahl wohnungsloser Menschen auf einem hohen Niveau. Es ist offensichtlich, dass sich wohnungslose Menschen zum Teil effektiver mit Unterkunfts möglichkeiten versorgen als es der Stadt oder der freien Wohlfahrt möglich ist. Ähnlich verhält es sich in jüngster Zeit mit Angeboten der ambulanten Hilfen. Zurückgehende Besucher- und Beratungszahlen sind nicht nur ein Hinweis auf einen Mangel an Bedarfsorientierung, sondern auch auf zunehmende Formen sich etablierender Selbstorganisation und Selbsthilfe. Betroffeneninitiativen, lokale Initiativen oder die Bundesinitiative wohnungsloser Menschen, lange Zeit übersehen im Schatten der professionellen Hilfe, drängen zunehmend auf erkennbare Formen der Hilfe zur Selbsthilfe, von der Bereitstellung von Räumlichkeiten über Ausstattungs- und Kommunikationsmittel bis hin zu Beteiligungsformen an Entscheidungen.

4.3 Uminterpretation von Selbsthilfe

Eine weitere Form, Selbsthilfe von Betroffenen zu leugnen, ist deren Uminterpretation. Wenn sich wohnungslose Menschen aus Folien, Kisten, Hölzern etc. ihre „Platte“ bauen, sich folglich Schutz vor Regen und Kälte schaffen, wird diese Tätigkeit nicht als eine Form der Selbsthilfe verstanden, sondern als Ordnungswidrigkeit uminterpretiert, zu deren Verhinderung und Beseitigung die Ordnungsbehörde gerufen wird. In viel ausgeprägterem Maß als dies während der „guten Jahre“ der Bundesrepublik der Fall war, werden insbesondere in großen Städten die exklusiv erwünschten Besucherinnen

und Besucher der Innenstadt bei ihrer Einkaufstour mit unterschiedlichen Formen des Bettelns konfrontiert. Die Augen können vor der unbehausten Armut nicht mehr verschlossen werden. Bundesweit ähneln sich die Reaktionen auf diese Form der Existenzsicherung: Als Störende der öffentlichen Ordnung diskriminiert, werden Menschen aus den Innenstädten vertrieben. Auf der Rechtsgrundlage umstrittener, mit heißer Nadel gestrickter Sondernutzungsverordnungen zur Vertreibung von „missliebigen“ Personen werden Bettlersatzungen erlassen oder ganze Innenstadtbereiche zur privaten Zone erklärt.

Die Unterbringung von Flüchtlingen aus Katastrophengebieten in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus gilt als humanitärer Akt zur Behebung sozialer Not, selbst wenn dafür als Entschädigung zum Teil horrende Zahlungen verlangt werden. Nimmt ein ehemals Wohnungsloser einen anderen wohnungslosen Menschen auf und rettet ihm dadurch vielleicht das Leben, gilt dies als anstößig und eben nicht als konkrete Selbsthilfe, sondern wird aus dem Blickwinkel von Pädagogen und Pädagoginnen als nicht gelungene Ablösung vom Milieu betrachtet. Allen Schilderungen und Beispielen ist gemeinsam, dass sie, etwa durch die Verkürzung der Wahrnehmung, auf Distanz zu den Betroffenen gehen und Phänomene aus der Praxis übersehen oder geleugnet werden.

4.4 Verkennung von Selbsthilfe

Eine strukturelle Form, Selbsthilfe zu erkennen, liegt in der Organisation des Hilfesystems selbst begründet. Selbsthilfe setzt voraus, dass bei Betroffenen Fähigkeiten vorhanden sind, die sie in die Lage versetzen, ihre sozialen Schwierigkeiten selbst zu überwinden. Das Hilfesystem für wohnungslose Menschen sollte darauf ausgerichtet sein, Selbsthilfeformen zu unterstützen. Das Ziel der Sozialhilfe besteht unter anderem darin, die Hilfe Suchenden bei der Realisierung ihres Selbsthilfepotenzials zu unterstützen und zu beraten. Doch das Hilfesystem ist durch widersprüchliche Hilfeangebote und Botschaften mit desorientierenden Wirkungen auf die Betroffenen gekennzeichnet. Oftmals steht die organisierte Hilfe mit traditionellen Arbeiterkolonien, verwahrenden stationären Einrichtungen, Obdachlosenunterkünften, Übernachtungsheimen, Wohnheimen mit „Arbeitszwang“, sozialtherapeutischen Einrichtungen, Einrichtungen mit beginnender Selbstversorgung und Mitbestimmung von Betroffenen, Fachberatungsstellen, Teestuben, Tageswohnungen, eigenständigen Selbsthilfegruppen etc. zusammenhanglos nebeneinander. Darüber hinaus scheitert Selbsthilfe oft auch daran, dass Maßstäbe

der Selbsthilfe dem mittelschichtorientierten Denken entspringen und dabei völlig unbeachtet bleibt, dass extreme Unterversorgung und Benachteiligung vorliegen, die Selbsthilfe ohne professionelle Fremdhilfe dem Grunde nach ausschließen.

Auf Initiative und unter Federführung von drei wohnungslosen Männern wurde 1994 der Selbsthilfegerverein Arbeit und Wohnen gegründet. Neben einer Holzwerkstatt, einem durch ehemalige wohnungslose Menschen verselbständigte Trödelladen, einem Bauprojekt zur Unterbringung von Menschen in Wohnungslosigkeit sowie einer Straßenzeitung wurden Formen der Selbsthilfe entwickelt, welche nicht zuletzt von der organisierten Wohnungslosenhilfe und kommunalen Interessenvertretern und -vertreterinnen geflissentlich übersehen wurden. Das Bauprojekt zur Unterbringung wohnungsloser Menschen scheiterte schließlich nicht an der Finanzierung, die möglich war, sondern vielmehr daran, dass von den bundesweit angeschriebenen 50 Kommunen keine Bereitschaft vorhanden war, Grundstücke zur Bebauung zur Verfügung zu stellen. Ein Paradoxon, wenn man sich vor Augen führt, dass ein wesentliches Ziel der Hilfe die Hilfe zur Selbsthilfe ist. Auf der anderen Seite erwarten ebendiese Vertreterinnen und Vertreter von Betroffenen sichtbares Engagement als Selbsthilfe. Doch bevor Hilfe Suchende dauerhaft im Zuständigkeitsbereich der Kommune verbleiben, wird in Kauf genommen, dass wohnungslose Menschen auf Trab gehalten werden. Auch so lässt sich Wasser predigen und Wein trinken.

Die Beispiele zeigen, dass wohnungslose Menschen sehr wohl in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und ihre Forderungen verständlich mitzuteilen. Die Reihe der Beispiele ließe sich auch anhand der Aktionen und Publikationen der Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen beliebig fortsetzen. Die Sozialwissenschaften und sozialen Berufe haben dies jedoch nur zum Teil wahrgenommen. Die Wohnungslosenhilfe insgesamt wird sich immer drängender mit der Frage auseinandersetzen müssen, was geschehen kann und soll, wenn die Selbsthilfe der Betroffenen und das in ihr liegende Potenzial positiven Vorzeichen gesehen und deren Umsetzung ermöglicht wird. Das bedeutet, den Versuch zu unternehmen, sich in ein anderes Verhältnis zu den Betroffenen zu setzen.

5. Notwendige Handlungsschritte

Der Appell an die Selbsthilfekräfte und Selbstverantwortung muss seine Entsprechung im Angebot an Partizipationschancen und damit Einflusschancen auf politische Entscheidungen finden, die Men-

Einen 29-jährigen Landstreicher, der sich für den Winter eine Gefängniszelle erschlichen hatte, verurteilte das Essener Schöffengericht wegen Betrugs und Deliktvortäuschung zu neun Monaten Gefängnis. Der Mann hatte sich im Herbst auf einer Polizeiwache gemeldet und behauptet, er habe im Sommer auf der Autobahn zwischen Bremen und Hamburg als Anhalter einen Autofahrer überfallen und heraubaht. Prompt kam er hinter Schloß und Riegel. Schließlich gab der Landstreicher kleinlaut zu, daß er sich nur für den Winter ein sicheres Quartier beschaffen wollte. Ob er die jetzt verhängten neun Monate Gefängnis im nächsten Winter absitzen darf, wurde vor Gericht nicht gesagt.

dpa

Faksimile aus
DER WANDERER 3/1963

schen in ihrer Lebensgestaltung berühren. Wer fragt Hilfe Suchende ernsthaft danach, was und im Besonderen wie sie etwas wollen? An der Sicherstellung der Grundvoraussetzungen und deren Umsetzung wird sich die professionelle Hilfe für wohnungslose Menschen in Zukunft messen lassen müssen. Insbesondere arme Menschen beurteilen soziale Einrichtungen und vor allem die Menschen, die dort arbeiten, nach dem Nutzen, den sie sich von ihnen versprechen. Ist der Nutzen für sie nicht erkennbar, bleiben sie weg. Zu nützlichen Dienstleistungen, welche die Selbsthilfepotenziale fördern können, gehören als materielle Ressourcen zum Beispiel Räume, Kopierer, Zugang zu E-Mail, Telefon, billiges Mittagessen, Fahrten zu Ämtern etc. Als personelle Ressourcen gelten Beratung, anwaltliche Tätigkeit, Zeit haben, Zuhören etc. Infrastrukturelle Ressourcen sind zum Beispiel Orte, an denen Wohnungslose informelle Sozialbezüge aufnehmen und sich organisieren können, oder Orte, an denen sich Menschen treffen können, auch wenn sie sich „anders“ als gewohnt verhalten.

6. Anforderungen an Soziale Arbeit

Die Unterstützung von Selbsthilfeansätzen und eigener Lebensgestaltung setzt voraus:

- ▲ die Anerkennung der Fähigkeiten zum Überleben auf der Straße als Selbsthilfe;
- ▲ die Bereitstellung materieller, infrastruktureller und persönlicher Mittel und Ressourcen;
- ▲ eine kontinuierliche und überschaubare Entwicklung des Hilfesystems;
- ▲ die Sicherstellung professioneller Fremdhilfe;
- ▲ die Ablösung mittelschichtorientierter Vorstellungen zur Selbsthilfe;
- ▲ die Veränderung des defizitorientierten in einen ressourcenorientierten Blick auf das bei dem Menschen vorhandene Selbsthilfepotenzial sowie die verstärkte Einbeziehung von Ressourcen im Lebens-

umfeld Wohnungsloser, beispielsweise durch Vernetzung und Kooperation;

- ▲ die Entwicklung sozialräumlicher Konzepte, die diejenigen Quartiere verstärkt in den Blick nehmen, in denen Probleme wachsen und sich zur Wohnungslosigkeit steigern können;
- ▲ das Handeln mit und nicht für wohnungslose Menschen;
- ▲ das Achten der Ansätze von Selbsthilfe und eigener Lebensgestaltung auch dann, wenn diese Zugänge und Lösungsansätze zunächst fachlichen und formalrechtlichen Standards widersprechen;
- ▲ die Anerkennung wohnungsloser Menschen als Experten ihrer eigenen Lebenssituation und Verantwortliche für ihr Leben und ihre Entscheidungen, die selber am besten wissen, was gut und was schlecht für sie ist;
- ▲ die Achtung der Selbstbestimmung und Mündigkeit wohnungsloser Menschen in allen Lebensbereichen, sowohl bei der Definition des Hilfebedarfs als auch bei der Inanspruchnahme der Hilfen im Sinne eines Wunsch- und Wahlrechts.

Inhaltlich befindet sich die Förderung der Selbsthilfe in unmittelbarer Nähe zum Kommunitarismus. Dabei geht es um die Entwicklung neuer Verantwortlichkeiten und Nachbarschaften im Sozialraum, die Nutzung informeller Beziehungen und die Förderung von Netzwerken. Neben der Fähigkeit zur Eigenkompetenz und Selbstorganisation gilt es, vor dem Hintergrund der Selbstsorge, gestaltet als Integration und Prävention, auch die Fähigkeit zur Partizipation zu entwickeln. Diese Fähigkeiten ermöglichen zum Beispiel Arbeits- und Nachbarschaftsprojekte und vernetzen Gruppen von Armen, bis hin zur Vergabe von Kleinkrediten, die sich gegenseitig fördern und stützen. Die Rolle der professionellen Helferinnen und Helfer als Unterstützende und Begleitende wäre eine zukunftsorientierte Aufgabe.

Literatur

DER WANDERER: Hilfe für Nichtsesshafte, Straffällige, Süchtige und sonstige Gefährdete. In: Vierteljahresschrift Beilage der „Blätter der Wohlfahrtspflege“ Nr. 2, 7/1962 Neue Folge, S. 31-32

DER WANDERER: Hilfe für Nichtsesshafte, Straffällige, Süchtige und sonstige Gefährdete. In: Vierteljahresschrift Beilage der „Blätter der Wohlfahrtspflege“ Nr. 3, 8/1963 Neue Folge, S. 54

Gillich, Stefan; Nieslony, Frank: Armut und Wohnungslosigkeit: Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln 2000 (vergriffen; zu beziehen über den Autor unter stefan@gillich-darmstadt.de)

Oelschlägel, Dieter: Vernetzung und Ressourcenbündelung im Gemeinwesen. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1/2000, S. 16-20

Interkulturelle Sozialarbeit

Perspektiven der gemeinwesen-orientierten Förderung von Neuzuwandernden

Bernd Wagner

Zusammenfassung

Der Artikel stellt konzeptionelle Überlegungen zur interkulturellen Sozialarbeit mit Zuwandernden vor. Der Paradigmenwechsel zum Zuwanderungsland führt zu einer Neuausgestaltung der Integrationsmaßnahmen in Deutschland und eröffnet neue Tätigkeitsfelder. Die Soziale Arbeit als interkulturell ausgerichtete Integrationswissenschaft kann diese ausfüllen. Gemeinwesennahe Integrationsmaßnahmen, die Zuwandernde und ihre Familien unterstützen, werden vorgestellt. Hinweise für die Praxis in beratenden und unterstützenden Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit mit Zuwandernden werden erarbeitet. Die theoretischen Konzeptionen sind von Trägern der Jugend- und Familienhilfe, Kultur- und Gemeinwesenarbeit sowie Wohlfahrtspflege nutzbar.

Abstract

The article describes concepts of intercultural social work with immigrants. In the context of the paradigm change in Germany towards an immigration country and the reorganisation of integration measures new fields of social work emerge. Community-based integration measures with newcomers and their families are discussed and ideas for the practice given. The theoretical concepts can be used by public and private actors in fields of social work and welfare.

Schlüsselwörter

Einwanderer – Soziale Arbeit – Wissenschaft – interkulturell – Partizipation

Einleitung

Soziale Arbeit ist eine Handlungswissenschaft, die über Beratungs- und Fachkompetenz auf dem Gebiet der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik verfügt. Eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit zielt auf gesellschaftliche Inklusion und Partizipation, wie dies *Hamburger* (*Badawia* u.a. 2005) konzipiert hat. Ich verstehe sie in dem funktionellen Zusammenhang einer praktizierten Sozialpolitik im Sinne von *Münchmeier* (*Hering; Münchmeier* 2000). Ihre Arbeitsfelder sind unter anderem die Kinder- und Jugendhilfe sowie Erziehungs- und Familienhilfen, erwachsenenbezogene soziale Hilfen, Altenhilfe, sozialpädagogische Hilfen im Gesundheits-

system und Hilfen für Benachteiligte und Arme sowie Gemeinwesenarbeit (Chassé; Wensierski 2008). Und, wie ich in diesem Artikel darlegen möchte, in zunehmendem Maße auch gemeinwesennahe Integrationsmaßnahmen, die Zuwandernde und ihre Familien unterstützen. Die Praxisfelder benötigen für ein reflektiertes und theoretisch fundiertes Handeln passgenaue, zielgruppenspezifische Forschungsergebnisse und Theorieentwicklungen, zu denen die allgemeine Pädagogik Beiträge leisten kann.

Im Rahmen des Artikels werde ich konzeptionelle Überlegungen zur Interkulturellen Sozialarbeit mit Zuwandernden vorstellen. Dieser Tätigkeitsbereich ist im Entstehen. Integrationsbemühungen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes bieten ein Potenzial von Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit, das teilweise von Trägern der Jugend- und Familienhilfe sowie der Wohlfahrtspflege genutzt wird. Integrationsmaßnahmen für Zuwandernde zeigen internationale Perspektiven Sozialer Arbeit auf. In der Debatte um Globalisierungsprozesse werden die Auflösung und der Verlust nationalstaatlicher Souveränität im Rahmen einer *Fragmentierung* (Beck 1999) diskutiert. Auch wenn der Nationalstaat und unterschiedliche nationale Territorien im Bereich Sozialer Arbeit nach wie vor den Hauptbezugsrahmen bilden, fordern diese Entwicklungen, globale Prozesse und Verflechtungen einzubeziehen (Wagner; Lutz 2009). Wie Silvia Staub-Bernasconi in einem Aufsatz zum fachlichen Selbstverständnis Sozialer Arbeit deutlich macht, gilt es, professionelles Fremdverstehen und Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession im Rahmen globaler Fragen weiterzuentwickeln.

In diesem Kontext ist der Begriff *Zugangsgerechtigkeit* (Böhnisch u.a. 2005) entstanden, der der Sozialen Arbeit Aufgaben bei der Politikberatung zuweist. Diese Zielstellungen setzen Schwerpunkte einer Sozialen Arbeit, die sich für Partizipationsangebote und Inklusionsstrategien einsetzt. Soziale Arbeit leistet in ihren Tätigkeitsbereichen schwerpunkthaft Aufgaben der Integration, zum Beispiel von Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne Abschluss oder sozial benachteiligten Jugendlichen ins Bildungssystem. Soziale Arbeit bemüht sich, fehlende Kompetenzen, schlechte Startbedingungen und diskriminierende Stigmatisierungen zu verringern (Spies; Tredop 2006). Sie bearbeitet Fragen struktureller Ungleichheit, versucht Teilhabeangebote zu vermitteln und schafft Integrationsmöglichkeiten. Ich verstehe Soziale Arbeit als eine interkulturell ausgerichtete Integrationswissenschaft. Zur Debatte um Integrationsmaßnahmen und ein bundesweites

Integrationsprogramm kann die Soziale Arbeit Beiträge liefern, da ein grundlegender Kompetenzbereich angesprochen ist. Diese beziehen sich auf die soziale Inklusion ebenso wie auf die rechtliche Inklusion von sozial Benachteiligten und Neuankömmlingen in der Gesellschaft. Ich gehe zunächst auf die rechtliche Situation von Neueinwandernden ein.

Kompensatorisch orientierte Integrationshilfen

Die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen staatlichen Integrationsmaßnahmen beinhalten derzeit 600 bis 900 Stunden Sprachunterricht und 30 Stunden staatsbürgerlichen Unterricht, eine noch unzureichend beschriebene sozialpädagogische Betreuung und Migrationserstberatung (für Jugendliche in Form des Jugendmigrationsdienstes) sowie die Absichtserklärung für die Entwicklung eines übergreifenden, bundesweiten Integrationsprogramms. Einerseits bringt das Gesetz neue Fördermöglichkeiten für legal eingereiste Zuwandernde mit längerfristigem Bleibewunsch (in der Regel Heiratsmigration). Andererseits verschärft sich die aufenthaltsrechtliche Situation sogenannter Bestandsausländer und -ausländerinnen (BAMF 2005), die verstärkt unsichere Aufenthaltsgenehmigungen erhalten (Duldung von zumeist drei bis sechs Monaten mit Ver-



Berufsbegleitende Zertifikatskurse 2010/2011

„Care und Case Management in der Pflegeberatung und in Pflegestützpunkten“
Seminarzeitraum: 03.12.2010 - 26.11.2011

„Psychosen verstehen - psychosoziale Hilfe gestalten - interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern“
Seminarzeitraum: 17.12.2010 - 12.11.2011

„Fachberatung für Opferhilfe“
Seminarzeitraum: 01.04.2011 - 11.12.2011

„Pädagogik für Vermittlung Sozialer Kompetenzen und Gewaltprävention“
Seminarzeitraum: 01.04.2011 - 09.06.2012

„Konflikt-Mediation“
Seminarzeitraum: 08.04.2011 - 21.10.2012

„Age Management“
Seminarzeitraum: 15.04.2011 - 17.03.2012

„Social Justice und Diversity Training“
Seminarzeitraum: 27.05.2011 - 03.06.2012

Neue Einzelseminare 2011 Schwerpunkte:
Beratung/Psychosoziale Intervention, Krisen- und Konfliktintervention, Familien-, Kinder- und Jugendhilfe, Gruppenarbeit, interkulturelle Kompetenzen, Fallarbeit und Diagnostik, Recht für Soziale Berufe, Erziehung und Bildung im Kindesalter, Gesundheit

Weitere Informationen und zusätzliche Angebote unter:
www.ash-berlin.eu/zfwb

Neues Weiterbildungsprogramm ab November 2010 erhältlich.

längerungsoption). Die Entscheidungen über die längerfristige Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis sowie eine abschließende Ermessenseinbürgerung werden weiterhin in für Zuwandernde unüberschaubaren und zeitaufwendigen Einzelfallverfahren getroffen. Eine umfassende Neuregelung, die Aufenthaltssicherheit, schnelle Partizipation an staatsbürgerlichen Rechten und ein vereinfachtes Angebot der Einbürgerung (*Puskeppelit; Thränhardt* 1990) erlaubt, ist bisher ausgeblieben.

Auch die Ende der 1990er-Jahre begonnene Reform des Staatsangehörigkeitsrechts blieb auf halber Strecke stecken. Der Aufenthalt von Kindern wird, auch wenn sie in Deutschland geboren wurden, größtenteils über den Status der Eltern definiert. Für viele der schon längerfristig Zugewanderten bleibt das Abstammungsprinzip (*Ius Sanguinis*) einbürgerungsrechtliche Grundlage. Die Lebenssituation der im Rahmen von Heiratsmigration nachziehenden Ehepartner ist prekär. Die seit der Ausländerpädagogik bestehende Tradition einer starken Defizitorientierung mit kompensatorischer Erziehungsstrategie (*Jungk* 1999) der Integrationsmaßnahmen für Ausländer und Ausländerinnen ist ein Phänomen, das besonders in der Bundesrepublik Deutschland kultiviert worden ist. Die Ausländerpädagogik rekurriert auf ein Gesellschaftsmodell, das, wie *Nohl* (2006) gezeigt hat, von sozialem Zusammenhalt durch verbindliche Normen und Werte ausgeht. Diese Bewertung erschwert es, Fremdheit und Differenz zu akzeptieren, was zu einseitigen Assimilationsforderungen und einer unnötigen Verlängerung des Statusübergangs zum Neubürger beziehungsweise zur Neubürgerin geführt hat.

Soziale Arbeit kann eine Expertise zu Fragen der Integration bereitstellen, um eine adäquate Ansprache zu Beginn der Zuwanderung zu gewährleisten. Gerae die lebensweltorientierte Soziale Arbeit setzt auf Ressourcen und Potenziale von Neuzuwandern. Diese können für die Gestaltung eines kohäsiven Angliederungsprozesses genutzt werden. Die Zielgruppe benötigt eine auf ihre soziokulturellen Belange ausgelegte advokatorische Interessenvertretung (*Böhnisch* u.a. 2005). Der Ankommensprozess von Neuzuwandern, an dem die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit einsetzen kann, bietet ungenutzte Chancen für den weiteren Zuwanderungsverlauf. Dies weisen zahlreiche Studien zur Korrelation von erfolgreicher Zuwanderung und Statuszuweisung bei der Einreise nach (beispielsweise *Becker* 2001). Lebensweltorientierte Theorieentwicklungen der Sozialen Arbeit können mit migrationssoziologischen Überlegungen weitergeführt

werden, wie ich im Folgenden anhand von *Simmels* Überlegungen zum Fremdsein (*Simmel* 1992) darlegen möchte.

Fremdsein und Statuspassage

Simmel beschreibt Fremdsein als eine ganze positive Beziehung, eine besondere Wechselwirkungsform, womit kompensatorische und normative Integrationsansätze infrage gestellt werden. Fremdsein stellt nach *Simmel* ein Transformationsstadium dar, das von der Aufnahmegergesellschaft akzeptiert und in der Konzeption von Integrationsangeboten aufgegriffen werden kann. Neuzuandernde befinden sich in einem Zustand des Fremdseins, der in ihnen Potenziale zur Bewältigung des Statusüberganges freisetzt. Ein aufmerksamer, kreativer Umgang mit Fremdsein ermöglicht es, im Kontakt mit Neuzuandernden an diese wanderungsbedingten Potenziale anzuschließen. Die von *Simmel* beschriebenen Qualitäten des Fremdseins, die eine Außensicht und einen Perspektivenwechsel ermöglichen, legen den Grundstein für Integrationsangebote, die auch auf die Mehrheitsgesellschaft rückwirken. Die Wandererfahrung bleibt in den bisherigen Integrationsmaßnahmen größtenteils ungenutzt, wie bereits für die interkulturellen Kompetenzen und mehrsprachigen Ressourcen von Zuwandernden gezeigt worden ist (*Gogolin* 1994).

Um eine überzeugende, wertschätzende Ansprache von Neuzuandernden abzusichern, kann auf Bewertungen von Zuwanderung als ökonomisches Risiko (*Räthzel* 1997) und kompensatorische Erwachsenenbildungsangebote verzichtet werden. Auch einseitige Repräsentationen eines von Sprache und Kultur gestützten, ethnisch konzipierten Nationalstaates sind nicht hilfreich. Eine grundlegende Forderung für nachhaltig angelegte Förderangebote ist stattdessen, Neuzuandernden Repräsentationsmöglichkeiten in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bereitzustellen. Auch an diesem Punkt setzt die Interkulturelle Soziale Arbeit ein. Im Rahmen sozialräumlicher Kooperationen zwischen kommunalen Institutionen und Trägern der gemeinwesenorientierten Nachbarschaftsarbeit schafft die Soziale Arbeit als „intermediäre Instanz“ (*Fehren* 2008) Räume, in denen Kontakt, Begegnung und kulturelle Ausdrucksformen stattfinden können.

Deprivierende Eindrücke zu Beginn der Migration, die zur Ausbildung einer Defensivkultur (*Tan; Waldhoff* 1999) führen, sollten in Integrationsangeboten vermieden werden. Eine wertschätzende Kontakt- aufnahme und Formen persönlicher Anerkennung ermutigen Neuzuandernde, sich aktiver im Zuwan-

derungsland einzubringen. Der für die interkulturelle Pädagogik zentrale Begriff der Anerkennung ist von Honneth (1992), Auernheimer (2003), Mecheril (2004) und Stojanov (2006) ausführlich bearbeitet worden. Das Prinzip *Anerkennung* als Ausgangspunkt von Integrationsangeboten erfordert die Ablösung von Exklusionsdynamiken, die unter anderem durch ein über Ethnizität konstruiertes Nationalstaatsverständnis verstärkt werden können. An diesem Schlüsselmoment von Integrationsmaßnahmen, der Verknüpfung von personenbezogener Wertschätzung und Statusangebot setzt die Soziale Arbeit ein.

Der Umgang mit berechtigten Anerkennungsfordernungen ist eine Kernkompetenz (Hafenerger u.a. 2002), die die Soziale Arbeit einbringt. Zielgruppengemäß Inhalte, die Entwicklung kreativer Ausdrucksformen sowie die wertschätzende Anerkennung des Bleibewunsches sind Schwerpunkte von Integrationsangeboten für Neuzuandernde, die die Soziale Arbeit umzusetzen vermag. Die Stärkung von Integrationsangeboten der Citizenship Education (Gundara 2000), auch für Mitglieder der Aufnahmegerellschaft, stützt einen klugen Umgang mit Differenz (Schiffauer 2002). Ein offener Umgang mit gesellschaftlicher Heterogenität ist im Zuge des Paradigmenwechsels zum Zuwanderungsland notwendig und wird auch im Rahmen des Globalisierungsdiskurses wiederholt als Anforderung formuliert.

Unreflektierte und eindimensionale Assimilierungsfordernungen sind keine zeitgemäßen Integrationsstrategien. Wenn Integrationskonzeptionen für Neuzuandernde an der beabsichtigten Einbürgerung orientiert werden, bietet sich der Begriff der Statuspassage für die Beschreibung des Übergangs an. Dieser ist im Bereich der Migrationsforschung von Wolbert (1995) für lebenslaufbedingte Übergänge und als soziologische Kategorie des Übergangs junger Erwachsener von der Schule in den Beruf von Schittenhelm (2005) angewandt worden. Der Begriff Statuspassage kann auf den Übergang zum Neubürger beziehungsweise zur Neubürgerin bezogen und unter dem Fokus der sozialen Kohäsion, nach Luchtenberg (2004) einem Grundanliegen der Citizenship Education, betrachtet werden. Konzepte sozialer Kohäsion legen den Schwerpunkt nicht ausschließlich auf den sprachlichen Austausch, sondern berücksichtigen öffentlichkeitswirksame Repräsentationsformen.

Die Ausrichtung der Statuspassage an der beabsichtigten Einbürgerung stellt Grundannahmen der bisherigen Integrationsangebote infrage. So wird etwa die Bedeutung der gemeinsamen Sprache für den

gesellschaftlichen Zusammenhalt relativiert. Auch die Vermittlung von Kultur wird im Gesamtkontext der Statuspassage nicht als normativer Schwerpunkt der Integrationsmaßnahmen gesehen. Statt einer retrospektiven Verleihung der Staatsbürgerschaft, die an Auflagen gebunden ist und willkürlich erfolgen kann, steht im Konzept der Statuspassage ein klar strukturierter, etappenartig aufgebauter Übergang im Vordergrund, der mit gegenseitigen Versprechen einhergeht. Ein Etappenmodell mit verbindlichen Abschnitten ermutigt Neuzuandernde, einzelne Module von Integrationshilfen selbst auszuwählen und die Schritte bis zur Einbürgerung mitzubestimmen (Wagner 2007). Diese Rhythmisierung und mögliche Verkürzung des Einbürgerungsprozesses auf zwei bis drei Jahre zeigt den gegenseitigen Willen von Aufnahmegerellschaft und Neuzuandernden, das Durchlaufen der Statuspassage voranzubringen.

Das Konzept der Statuspassage zum Neubürger beziehungsweise zur Neubürgerin gewinnt im Kontext der Erstellung des bundesweiten Integrationsprogramms an Bedeutung. Im Rahmen dieses Programms sollen Erstförderung und weitere Integrationshilfen konzeptionell geordnet werden. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll ein umfassendes strategisches Konzept zur Integrationsförderung in der Bundesrepublik Deutschland präsentiert werden. In den bisherigen Veröffentlichungen zum Integrationsprogramm wird die politische Partizipation, also die nachhaltige Einbindung von Zuandernden in gesellschaftliche Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse, als Indikator für gelungene Integration hervorgehoben. Grundvoraussetzung für ein überzeugendes politisches Partizipationsangebot sind gerade diskursive Repräsentationsmöglichkeiten, die Neuzuandernde bisher nicht in ausreichendem Maße wahrnehmen können. Häufig fehlen Ausdrucksmöglichkeiten und eine gesellschaftliche Öffentlichkeit. In den Niederlanden sind bereits Erstförderungs- und Einbürgerungsmodelle erprobt worden, an denen Communities von Zuandernden und kommunale Strukturen aktiv beteiligt wurden. Mitglieder der Aufnahmegerellschaft können in den Ankommens- und Aufnahmeprozess einbezogen werden. Als flankierende Maßnahme, die Belastungssituationen in der ersten Phase der Zuwanderung und gruppenbezogenen Abgrenzungsdynamiken entgegenwirken kann, schlage ich eine formalisierte Kontaktanbahnung zwischen Neuzuandernden und Aufnahmegerellschaft vor. In der Erstförderung können Begegnungssituationen geschaffen und gemeinwesennahe Patenschaften für Neuzuandernde ermöglicht werden.

Rituelle Inszenierungen unterstützen den Zuwanderungsprozess

Fremdsein bringt eine gesteigerte Sensibilität gegenüber Konstruktionen gesellschaftlicher Wirklichkeit und den Aushandlungsprozessen gesellschaftlicher Normen und Werte mit sich (Kristeva 1990). Diese „Doppelperspektivität“ (ebd.) ist ein Potenzial von Neuzuwandernden und kann als Ausgangspunkt für Konzeptionen neuer Integrationsangebote dienen, die im Kontext einer Übergangsphase verortet werden. Grenzüberschreitungen und die kreative Erprobung von neuen Grenzziehungen sind Hauptthemen der „liminalen“ Übergangsphase (Turner 1969), in der eine besondere Form der Verbundenheit der Akteure erzeugt werden kann. In dieser für Ritualtheorien grundlegenden Phase des Übergangs (Gennep 1999) gelten alte Rollenmuster nicht mehr. Sie geht mit einem Statusverlust sowie einer abrupten Herauslösung aus dem bisherigen, gewohnten sozialen Leben einher.

Die Qualität einer solchen herausgelösten Lebensphase ist von Turner mit dem Begriff der Liminalität beschrieben worden. Dieser ungeklärte Zustand ermöglicht nicht nur den Statusübergang, sondern gleichzeitig eine besondere Form von Vergemeinschaftung und sozialer Kohäsion – von Turner mit der dialektischen Denkfigur „communitas“ bezeichnet. Liminalität kennzeichnet nach Turner einen Zustand, der durch das Fehlen, die Umkehrung oder Verfremdung von Regeln soziale Ordnungsstrukturen neu zusammenstellt und verbindlich werden lässt. Dies muss in Szene gesetzt und dramatisiert werden.

Der ungeordnete Übergangsraum der liminalen Phase, der mit dem Begriff Antistucture bezeichnet wird, schafft eine unterschiedslose Gemeinschaft der Teilnehmenden und bereitet nach Turner einen Statuswechsel vor. Das Ritual selbst ist dann als ein Wechselspiel zwischen strukturgebenden Momenten und antistrukturrellem Aufbrechen zu verstehen. Das liminale „Zwischenstadium als unabhängige Domäne kreativen Handelns“ (Turner 1995) kennzeichnet den Prozess des Aufbrechens bekannter Strukturen, wie er auch in der Phase des Ankommens von Zuwandernden stattfindet.

Die pädagogische Ritualforschung beschäftigt sich mit Grundanliegen der Sozialen Arbeit. Es geht um performative Gruppenbildungs- und Aushandlungsprozesse sowie die Frage nach sozialer Kohäsion. Meines Erachtens können diejenigen Anteile von rituellen Inszenierungen, die eine Gemeinschaft fördern und die Inklusion stärken, in Praxisfeldern

der Sozialen Arbeit aufgegriffen und in Theoriebildungen weiterentwickelt werden. Qualitative Forschungsergebnisse zu Ritualen sind im Rahmen mehrerer DFG-Projekte veröffentlicht worden. Die ethnographischen Untersuchungen beschäftigen sich mit der Bedeutung von Ritualen als lebensweltliche Scharniere und Differenzen bearbeitende Elemente (Wulf 2006) sowie ihrem performativen Charakter (Inszenierung, Aufführung, Rolle). Diskutiert werden mimetische Prozesse der Aneignung von Ritualen. Das Potenzial von Ritualen für die Erzeugung von sozialer Kohäsion und die Gestaltung eines Übergangs wird betont.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Rituale Institutionen performativ öffnen und in diesen (pädagogische) Inhalte platzieren können. Meines Erachtens ist dies eine wichtige Qualität, die für Institutionen und Träger der Sozialen Arbeit nutzbar gemacht werden kann. Diese stehen nicht selten vor der Problematik, ihre Leitungs- und Alltagskultur in Kongruenz zu den sich stellenden Aufgaben zu setzen. Rituale, die performativ umgesetzt werden, können Arbeitsabläufe vereinfachen, inhaltliche Schwerpunkte setzen und zur interkulturellen Öffnung von Institutionen beitragen. Auch ungeklärte Statusfragen können im Rahmen ritualisierter Begegnungen aufgefangen werden. Da in Ritualen komplexe, mehrdeutige Inszenierungen (Wulf u.a. 2004) aufgeführt werden, sind sie geeignet, ambivalente (Migrations-)Erfahrungen auszudrücken und zu bearbeiten. Neuzuwandernde befinden sich per se in einer Übergangsphase, die mit rituellen Inszenierungen weitergeführt und schließlich in Form einer Einbürgerungsfeier abgeschlossen werden kann.

Ein auf die Einbürgerung hinzielendes Gesamtkonzept

Mein Vorschlagbettet Integrationsangebote der Erstförderung in das Gesamtkonzept einer Statuspassage ein, das eine prospektiv angelegte Brücke zur Einbürgerung bietet. Communities von Zuwandernden sind eingeladen, an der Gestaltung des Übergangs zum Neubürger und zur Neubürgerin mitzuwirken. Mit den Vorschlägen zur Einbeziehung von Ressourcen und Potenzialen von Neuzuwandernden möchte ich einen Beitrag zur bildungs- und migrationspolitischen Beratung leisten. Es geht darum, staatliche Integrationshilfen, die einen eigenen Diskurs und ein gewachsenes, pädagogisches Praxisfeld bilden, an relevante Theorieentwicklungen anzuschließen und von kompensatorischen Strukturen zu lösen. Die Statuspassage zum Neubürger beziehungsweise zur Neubürgerin ist eine praxisnahe, theoriegebundene Konzeption, die aus Verknüpfun-

gen von allgemeiner Pädagogik und Sozialer Arbeit entstanden ist und weitere Forschungen im Praxisfeld hervorbringt.

Die Konzeption einer Statuspassage erweitert vorhandene Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit, etwa im Bereich der sozialräumlich gestalteten Vermittlung und Begleitung von Patenschaften oder der gemeinwesenorientierten Organisation von Ausstellungen zu den Migrationserfahrungen. Auch interkulturelle Qualifizierungsarbeit auf institutioneller und personaler Ebene (Eppenstein; Kiesel 2008) in Zusammenarbeit mit Communities von Zuwandern kann von der Sozialen Arbeit gestaltet werden. Soziale Arbeit als Integrationswissenschaft setzt sich für die Berücksichtigung von wanderungsbedingten Potenzialen ein und gestaltet mit Zuwandernden den Übergang zum Neubürger beziehungsweise zur Neubürgerin. Wenn Integrationsangebote weiterhin kompensatorisch ausgelegt sind und einseitige Assimilationsforderungen transportieren, werden vorhandene Abgrenzungsdynamiken und Exklusionsprozesse zementiert. Der Ausbau Interkultureller Sozialer Arbeit stärkt Integration und kann einen wesentlichen Beitrag zu den Integrationsprogrammen des Bundes und der Länder leisten.

Literatur

- Auernheimer, Georg:** Einführung in die interkulturelle Pädagogik. Darmstadt 2003
- Badawia, Tarek; Hamburger, Franz; Humrich, Maike (Hrsg.):** Bildung und Migration – Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden 2005
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:** Konzeption für einen bundesweiten Integrationskurs. Nürnberg 2005
- Beck, Ulrich:** Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main 1999
- Becker, Franziska:** Ankommen in Deutschland. Berlin 2001
- Böhniisch, Lothar; Schröer, Wolfgang; Thiersch, Hans:** Sozialpädagogisches Denken. Wege zur Neubestimmung. Weinheim/München 2005
- Chassé, August; Wensierski, Hans Jürgen:** Praxisfelder der sozialen Arbeit. München 2008
- Eppenstein, Thomas; Kiesel, Doron:** Soziale Arbeit Interkulturell. Theorien – Spannungsfelder – reflexive Praxis. Stuttgart 2008
- Fehren, Oliver:** Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediäre Instanz. Berlin 2008
- Gennep, Arnold van:** Les Rites de Passage. Frankfurt am Main 1999
- Gundara, Jagdish (Hrsg.):** Inclusion and Exclusion in Europe. Ashgate 2000
- Gogolin, Ingrid:** Der monolinguale Habitus der multilingua-len Schule. Münster 1994
- Hafenerger, Benno; Henkenborg, Peter; Scherr, Albert (Hrsg.):** Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder. Bad Schwalbach im Taunus 2002
- Hering, Sabine; Münchmeier, Richard:** Geschichte der Sozialen Arbeit. München 2000
- Honneth, Axel:** Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1992
- Jung, Sabine:** Angekommen in der multikulturellen Gesellschaft? Interkulturelle Kompetenz als Paradigma der Weiterbildung. In: Lernchancen 10/1999, S. 22-26
- Kristeva, Julia:** Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt am Main 1990
- Luchtenberg, Sabine:** Ethnic diversity and citizenship education in Germany. In: Banks, J.: Diversity and citizenship education. San Francisco 2004, S. 245 ff.
- Mecheril, Paul:** Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel 2004
- Nohl, Arnd:** Konzepte interkultureller Pädagogik. Kempten 2006
- Puskeppleit, Jürgen; Thränhardt, Dietrich:** Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Freiburg im Breisgau 1990
- Räthzel, Nora:** Deutsche Nation und Bilder von Anderen. Frankfurt am Main 1997
- Schiffauer, Werner:** Migration und kulturelle Differenz. Studie für das Büro des Ausländerbeauftragten. Berlin 2002
- Schittenhelm, Karin:** Soziale Lagen im Übergang. Wiesbaden 2005
- Simmel, Georg:** Soziologie, Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung. Band II. Frankfurt am Main 1992
- Spies, Anke; Tredop, Dietmar:** Risikobiographien. Benachteiligte Jugendliche zwischen Ausgrenzung und Förderprojekten. Wiesbaden 2006
- Staub-Bernasconi, Silvia:** Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit – Wege aus der Bescheidenheit: Soziale Arbeit als Human Rights Profession. In: Wendt, Rainer (Hrsg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses – Beruf und Identität. Freiburg im Breisgau 1995
- Stojanov, Krassimir:** Bildung und Anerkennung. Soziale Voraussetzungen von Selbst-Entwicklung und Welt-Erschließung. Wiesbaden 2006
- Tan, Dursun; Waldhoff, Hans-Peter (Hrsg.):** Globalisierung, Migration und Multikulturalität. Frankfurt am Main 1999
- Turner, Victor:** The Ritual Process – Structure and Anti-Structure. Chicago 1969
- Turner, Victor:** Vom Ritual zum Theater. Frankfurt am Main 1995
- Wagner, Bernd:** Die Erstförderung von Neuzuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland – Perspektiven von Fremdsein und Statuspassage. Frankfurt am Main 2007
- Wagner, Leonie; Lutz, Ronald (Hrsg.):** Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. Wiesbaden 2009
- Wolbert, Barbara:** Der getötete Paß. Rückkehr in die Türkei. Eine ethnologische Migrationsstudie. Berlin 1995
- Wulf, Christoph:** Anthropologie kultureller Vielfalt – Interkulturelle Bildung in Zeiten der Globalisierung. Bielefeld 2006
- Wulf, Christoph u.a.:** Innovation und Ritual. Wiesbaden 2004

Auf dem Weg zu Lernlandschaften

Konrad Hummel

Zusammenfassung

Immer mehr Berufsgruppen und Institutionen haben mit dem Handlungsfeld Erziehung und Bildung zu tun. Das gemeinsame, notwendige Ziel der auch bundespolitisch aufwendig geförderten Reformgesamtlandschaft kann nicht eine Institution sein, sondern muss in der lokalen Indienstnahme aller Partner für die erfolgreiche Bildung ganzer Generationen bestehen. In Form von Lernlandschaften und Lernregionen müssen alle Fähigkeiten zur „urban governance“ und zur milieugestützten integrierten Stadtentwicklung genutzt werden, um den Zerfall integrierter, sozial gerechter und breiter Bildung durch den Schulterschluss von Eltern und Fachkräften zu verhindern.

Abstract

A growing number of professional groups and institutions in Germany is engaged in the common field of education and teaching. The mutual and necessary focus of the whole range of reforms which are strongly supported by the government shall not be reduced to a single institution, but should rather lie in the mobilisation of all local partners in an effort to provide successful education for entire generations. All capacities for the promotion of learning environments and learning regions, for urban governance, and for a milieusensitive approach to integrated urban development must be exploited to prevent the dissolution of integrative, equitable, and comprehensive education by creating solidarity between parents and professionals.

Schlüsselwörter

Bildung – Reform – Methode – Organisation

Die Beteiligten

Schule und Erziehung waren bis vor wenigen Jahren keine Domäne Sozialer Arbeit, sondern fest in der Hand von Lehrerschaft und Erzieherinnen sowie Erziehern. Seit einigen Jahren werden Brücken zwischen Unterricht, Betreuung und Erziehung sowohl im Kindesalter als auch bei der Ganztagsesschulentwicklung und bei allen Fragen der Inklusion behinderter oder sozial schwieriger Schüler und Schülerinnen in den Unterrichtsablauf gebaut. In die Schulen hinein wirken über Jugendhilfemaßnahmen seit kurzer Zeit nicht nur einzelne Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, sondern ganze Heerscharen von Schulsozialarbeiterinnen und Arbeitern, die heute zum Bestand-

teil aller Schulformen gehören. Im Umfeld von Kindergarten, Schule und Berufsbildung treten soziale Berufsträger als Experten in Sachen Elternbildung auf. Sie gestalten Beratungsstellen, Bildungsbüros und leiten praktische Ausbildungsteams. Soziale Arbeit ist mit der Öffnung und Politisierung des Bildungsthemas dessen notwendiger Bestandteil geworden, ohne dass bisher erforderliche Rollenabstimmungen, Spielregelfestlegungen und beschlossene Gesamtziele miteinander vereinbart worden wären.

Die Dynamik der bildungspolitischen Reformbaustellen ist so groß, dass weder das Verhältnis der Eltern zur Lehrerschaft noch deren Verhältnis zur Sozialarbeit und auch nicht das Verhältnis zum technischen und neuerdings hauswirtschaftlichen Personal (Menschen, Ganztagesbetriebe, Schülerfirmen) hinreichend im Kontext der Ziele besprochen worden wäre. Das fehlende Stimmrecht dieser Gruppen in Schulkonferenzen ist ein Symptom für das Problem, uneinheitliche Fortbildungs-, Arbeitszeit- und Kommunikationsformen sind weitere Symptome für die vielen Bruchstückreparaturen.

Diese Probleme innerhalb des Systems Schule lösen zu wollen greift zu kurz, weil sie dort nur wie ein Nullsummenspiel oder ein Verdrängungswettbewerb wahrgenommen werden. Sinnvoll wird die Neuverteilung von Rollen nur, indem der Bogen weiter gespannt wird, etwa als „Landschaften des Lernens“. Damit werden formale, informelle (Beziehungsstrukturen) und nonformale Formen (außerhalb des Unterrichts) des Lernens gleichermaßen angesprochen und die vermeintlichen Grenzen von „Unterricht und Freizeitbetreuung“, von „Erziehung und Bildung“ durchlässiger gemacht.¹

Bei Kommunen und freien Trägern brechen immer mehr Einzelprobleme auf, die alle zusammen unter das vermeintlich nationale und gesamtstaatliche Thema „Erziehung und Bildung“ gehören, aber nicht mehr in einem Fachressort zu lösen sind. Die Debatte reicht sozusagen „unterhalb“ der bundesdeutschen Politikdiskussion über eine volle Themenbreite, die von der Wohn- und Stadtentwicklung bis zu den kommunalen Gesamthaushalten geht. Allein diese Themen- und Schnittstellenfülle (Krippen, Kindergärten, Bedarfe, Tarife, Schulliegenschaften, Vereine, Jugendhilfe, Arbeitsmarktqualifizierungsprogramme, Seniorenkultur, Migrantenkurse, Spielflächen, Bildungsmonitoring, Quartiers- und Kulturvernetzung, Gewaltpräventionskurse etc.) rechtfertigt es, von einer Landschaft von Lernanlässen und Institutionen zu sprechen. Eine systematische Politik für

Lernlandschaften wird notwendig, die quer zu den städtischen Ressort- und staatlichen Zuständigkeiten geht.

Die Allzuständigkeit des Themas

Lernlandschaften beschreiben die systematische Verknüpfung von Erziehung, Betreuung, Bildung, Lernen und Qualifizierung aller Generationen im lokalen Raum und greifen damit weit in den Bereich der Stadt- und Wohnungsentwicklung ein. Die Institutionen staatlicher und nicht staatlicher Art kooperieren und stimmen ihre Maßnahmen nicht nur bezüglich der Verbesserung ihrer Ergebnisse, sondern auch unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen ab, die sich aus größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen auf das Lernklima ergeben. Damit sind sie dafür verantwortlich, ob und in welcher Form und Qualität sowohl die Ausbildungs- und Betreuungsverpflichtung (Schulpflicht und Kindergartenplatzanspruch) als auch die Sicherung des Kindes- und Jugendwohls (Jugendhilfe) und die Ausbildungs- und Qualifizierungsnotwendigkeit im beruflichen und zivilgesellschaftlichen Bereich gelingt. Das informelle (Elternschaft) und formale Lernen der Erziehenden und Lehrenden gehört genauso dazu wie etwa das Lernen derer, die Wissen und Verhalten weitergeben: von der Gesundheit über Energieprävention und Seniorenbildung bis hin zum Führerschein.

Mit dem Begriff „Orte für Bildung“ beschreibt es der Bund, mit „Bildungslandschaften“ der Städetag in seiner Aachener Erklärung und in späteren Thesen beim Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge. Er verknüpft dabei sein Anliegen mit dem unmittelbaren Erfolg der schulischen Bildungspolitik. Dabei wird der Anspruch erhoben, dass das Lernen selbst zum Gegenstand sozialräumlicher politischer Strategien wird. In diese Diskussion muss mit einfließen, dass die Grundlagen lokaler Demokratie, demokratischer Teilhabe und kommunaler Selbstverwaltung keine angeborenen Grundrechtskompetenzen sind, sondern gelernt werden müssen. Je weniger dies in bisher tradierten Formen und Regeln des Lernens der Fall ist, umso mehr bedarf es lokaler Lernimpulse.

Die Fähigkeit zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Ethnien in unseren Städten hängt damit zusammen, dass Werte wie Toleranz oder Antifundamentalismus, Empathie oder Umgang mit multiplen Identitäten nicht nur gelernt, sondern in wechselweise aufeinander bezogenen Erziehungs-, Vertrauens- und Erfahrungsprozessen erprobt werden. Dies erfolgt nur zum Teil in Schul-

räumen, in jedem Fall aber im offenen Raum der Plätze, Viertel, Wohnquartiere und Institutionen. In den Brennpunktquartieren der Städte gilt es, die negativen Lernspiralen aufzubrechen. Die Zuständigkeit für solche Aufgabenstellungen wird von der Bürgerschaft zur Politik, von Projekten zu Schulinhalten, von Modellprogrammen zu Erziehungsappellen an Familien und von Quartiersmanagerinnen und -managern zu Wohnungsunternehmen herumgereicht, sozialräumlich verortet und verantwortet sind sie jedoch nicht in hinreichendem Maße. Die Institution Schule soll schwierige Nachbarschaften stabilisieren (*Department for Communities and Local Government 2007*). Gleichzeitig benötigt Schule mehr denn je die Unterstützung aller anderen zivilgesellschaftlichen Akteure.

Die Nachhaltigkeit und eine integrierte Lernpolitik

Mit dem Hinweis auf eine generelle, öffentlich notwendige Lernkultur wird zwar ein weites Feld eröffnet, im globalen Kontext aber die zentrale Frage nach unseren volkswirtschaftlich spezifischen Rohstoffen gestellt. Deutschland wird seinen Wohlstand global, demographisch (rückläufige Schülerzahlen) und technologisch nur mit einem umfassenden Qualitätssprung in der Frage erfolgreicher Lernlandschaften halten können. Die gängigen Schätzungen sprechen allein bei der Zahl höherer Schulabschlüsse von der Notwendigkeit einer Verdoppelung (*Priddat 2006*). Die Dynamik gilt auch für die außerschulische Weiterbildung, für Sozialkompetenz und Mehrsprachigkeit im Schulvorfeld, für Kompetenzen in einer alternden Gesellschaft. Damit kommt dieser Frage die gleiche gesellschaftliche Brisanz zu wie dem Klimaschutz gegen die Klimakatastrophe – abgesehen davon, dass die Bewältigung ökologischer Aufgabenstellungen unmittelbar mit kollektiven Lernprozessen verbunden ist. Letztendlich geht es bei der Effektivität von Lernkulturen um die Nachhaltigkeit unseres Staatswesens.

Eine ähnlich zwingende Verbindung sucht *Hans Uwe Otto* mit der Verknüpfung von Lernen und der Befähigung zum Handeln (*Otto; Ziegler 2010*). Es liegt nah, die Fähigkeit zu aktiver Demokratie durch Engagement mit gelingenden Lernstrukturen zu verknüpfen. Im Rahmen einer Migrantenmilieu-analyse (*Beck 2009a*) wurde deutlich, dass wichtige Grundwerte antifundamentalistischen, nicht autoritativen und toleranten Verhaltens direkt mit dem Nachweis bestimmter Schulbesuche verknüpft werden können, vielleicht weniger des Wissensstoffes wegen, sondern aufgrund der sozialisierenden Wirkung.

Die Integration und die Lernpolitik

Zu Lernlandschaften gehört aber auch das Integrationspotenzial dieser Gesellschaft. Bleiben im schulischen Bereich die Segregationstendenzen des Bildungssystems erhalten, ist ein Drittel bis die Hälfte sowohl der nachwachsenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch der sozial schwachen Jugendlichen lebenslänglich abgehängt. Schon jetzt spaltet dies die Zuwandernden in extrem erfolgreiche, mehrsprachig gewandte Kosmopoliten und in entwurzelte, dem Autoritarismus und der unkontrollierten Gewalt nahestehende, lebenslange Transferempfangende. Die Kosten solcher und weiterer Spaltungsvorgänge, etwa die der Jugendhilfesondermaßnahmen, der gesonderten Beschulung behinderter Kinder und der Nachqualifikation von Menschen auf dem Arbeitslosenmarkt, sind enorm und werden in der Regel nicht im Zusammenhang mit der Bildungsdebatte wahrgenommen, sondern als kommunale Folgekosten verbucht (Vogel 2010).

Migranten und Migrantinnen der dritten Generation und ihre Schulen gelten inzwischen als fast exterritoriale Problemsituation, Standortnachteil und emanzipationsfreie Zone (Leston 2010). Mit großer Mühe kämpfen offen integrative Kindergärten und Schulen gerade auch beim sogenannten „Mittelstand“ um den Erhalt des Vertrauens. Zurückgebliebene Schulen tun sich außerordentlich schwer, das Vertrauen von Eltern, Nachbarn und deren Selbsthilfe- und Gemeinschaftspotenziale zu gewinnen. Gelegentlich müssen hierzu die Polizei und Rechtsanwälte bemüht werden. Auch viele, beispielsweise konfessionelle Träger tun sich schwer, ein interkulturelles, ethnisch gemischtes Sozial- und Lehrpersonal einzustellen.

Der soziale Wandel kann in der Lernpolitik nicht außen vor bleiben

Zu Lernlandschaften gehört der soziale Wandel der Familien und Lebensweisen. Die Veränderung der weiblichen Erwerbsbiographien führt neben der veränderten Kinderzahl zu anderen Vorstellungen von Kinderbetreuung, Ganztageseinrichtungen und in der Folge des gesamten klassischen Vereinswesens. Kommunen als reine Schulliegenschaftsträger „rüsten ständig nach“, das heißt, sie bauen an Schulen an oder bauen diese um und stehen vor neuen Herausforderungen, ihre Infrastruktur (Jugendberatungsstellen, Sportflächen, Förderung von Jugendverbandsarbeit) in Richtung einer Modernisierung anzupassen, die letztlich die gesamte Jugendbiographie und Stadtentwicklung verändern wird. Ohnehin „rüsten“ die Kommunen seit Jahren ständig mit Schulsozialarbeit nach, um auf die verän-

derte Welt in und um die Schule zu reagieren. Dies geschieht selten auf der Grundlage eines Konzeptes von Lernlandschaften, sonst würde es zu anderen Lösungen kommen, für die geregelte, zielorientierte Kooperation bis in die Tiefe der Organisationen statt einer „Aufrüstung der Systeme“ notwendig wäre.

Das gilt zwischen den Schulformen, besonders wenn sie sogar noch dreiteilig sind wie im Süden der Republik, oder auch zwischen Schulen, freien Trägern und Vereinen in der Ganztagesentwicklung. Den Hauptschulen laufen die Kinder beziehungsweise deren Eltern davon, den schwierigen Standortschulen die Privatschulkunden, den gemischten Kindergruppen die muttersprachlich Interessierten zu spezifisch kulturell ausgerichteten Kindereinrichtungen. Es findet Entmischung statt und die Schulen betätigen sich als „Einkäufer“ von Betreuungsleistungen durch dritte Träger, selten als Träger von Koproduktions- und Selbsthilfeinteressen. Zur zerstückelten Lebenswelt gehört es, dass hier ein Essen (subventioniert) bezahlt werden soll, dort ein Hort, woanders ein Verein, während eine Ganztagesbetreuung womöglich kostenlos ist. Der „Markt“ ist unübersichtlich.

Die Stadtentwicklung und Lernlandschaften

Hierzu gehört die Stadtentwicklung, die bisher auf Kinder-, Jugend- und Ausbildungsfragen rein demographisch-empirisch und nachfragegestützt reagierte. Bei wachsenden Zahlen galt es, genügend Einrichtungen bereitzuhalten. Qualitativ ändert sich das seit Längerem im tertiären Bildungssektor. Dieser gilt als derart technologie-, wachstums- und prestigeträchtig, dass interessante Hochschuleinrichtungen und Institute mit allen Mitteln anzusiedeln sind. Dem Leistungssport und seinen Arenen schaut eine hoch technologisierte Industrie die Erkenntnis ab, dass weiterführende Bildung nicht ohne Grundlagenbildung und die gelingende Verzahnung von Kinder-, Jugend-, Schul- und Vereinsförderung nachhaltig sein kann, also den „Breitensport“ braucht. Entsprechend gibt es zahlreiche Schnittstellenmodelle zwischen Kindergarten, Schule und Arbeitswelt. Selten basieren sie auf der Grundlage von Lernlandschaftskonzepten, sonst würde man nicht die jeweiligen Kerngeschäfte unberührt lassen und sich stattdessen durch Zusatzpersonal und Sondermaßnahmen defizitorientiert um die schon definierten Problemfelder kümmern. Hier bewegt sich auch das jüngste bundespolitische Programm „Lernen vor Ort“ des Bundesforschungsministeriums mit einer Schnittstelle für lokale Bildungsberatung.

Mit diesem Programm gelingt es zwar, mit Bundesgeldern Kommunalpersonal bezahlen zu lassen und für mehr Übersichtlichkeit zu sorgen, aber die verbindliche zielorientierte Arbeit und die neue Rollenabstimmung sind in keiner Weise garantiert. Es wird an mutigen Stadtverwaltungen, Rektoren, Rektorinnen oder freien Trägern liegen, „Leadership“ zu übernehmen, Führung und Verantwortung zur Erreichung konkreter Leistungsziele in genau definierten Lernregionen. Das Arbeitsmarktinstrumentarium kennt diese punktgenauen Leistungsvorgaben, die erst seit den PISA-Befragungen überhaupt in die Schulwelt eingezogen sind und die auch sehr viel qualitativer, kooperativer, lokal orientierter und demokratischer über alle Datenschutzgrenzen hinweg zur Anwendung kommen müssen. Kommunale Mitwirkung kann möglicherweise mit einer aktiven Wohnungspolitik rund um die Schulen wirksamer als mit einer Projektfinanzierung sein. Unternehmen können mit Ausbildungsplätzen mehr verändern als mit Sponsorung und Spenden. Eltern können als Experten und Expertinnen in eigener Sache (als Fachmann, Mutter, Senior etc.) in Praxisprojekten mehr beitragen als auf ihre Elternabendsrollen beschränkt. Insgesamt geht es um ein trisektorales Vorgehen von Wirtschaft, Staat und Bürgergesellschaft, um das Lernen rund um die Schule zu ermöglichen

Die Schule neu denken

Ein Anzeichen für die Notwendigkeit von Lernlandschaften sind auch die Aufbruchbewegungen in der Bürgerschaft. Die Ungeduld und damit der Zug bestimmter Gruppen in den Privatschulsektor wachsen. Die Ungeduld wächst ebenso bei Bewohnerinnen und Bewohnern bestimmter Stadtviertel, in denen die Menge oder Qualität vieler Institutionen und „Lernpartner“ zu wünschen übrig lassen. Wohnungsgeellschaften reagieren darauf und kümmern sich aktiv um die Qualität von Kindereinrichtungen, Spielplätzen und Schulen, um Mieterinnen und Mieter zu halten. Die Ungeduld wächst auch in den Milieus, die in den länderzentrierten Bildungsreformen Abstiegsgefahren für ihre Kinder befürchten, statt Verbesserungen zu erwarten. Zwischen den Fronten bewegt sich eine kleine Zahl von Verbänden, die fordern, „Schule neu zu denken“, vorneweg der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin und Hessen. Sie fordern, dass Kommunen die Schulen übernehmen und von unabhängigen Trägern betreiben lassen. Letztlich trauen sie sich besser zu, durch die Vielfalt ihrer Kontakte und Dienste Lernlandschaften entstehen zu lassen. Trägerstrukturen dürfen kein Tabu sein. Es sind ebenfalls neue Zweckgemeinschaften möglich, Fördervereine und Genossenschaften für bessere Bildung.

Ernst-Wilhelm Luthe weist in Gutachten zu Bildungslandschaften darauf hin, dass Kommunen sich aus ihrer Zuständigkeitsfessel durch die Bildung von Zweckverbänden, durch Sozialraumbudgets, ortsbezogene Kooperationen und trägerübergreifende Zentren lösen könnten (Luthe 2009). Das Schicksal der gemeinsamen Arbeitsmarktbehörden von Bund und Kommunen im Zuge der Arbeitsmarktreformen lehrt, die Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kommunen besser, im Zweifel sogar radikaler zu gestalten. Den Ländern und Kommunen käme primär nicht die Qualitätskontrolle, sondern die Ausführung zu, eine Lösung, die Kommunen bei Kindergärten, Jugendhilfeeinrichtungen, in der Erwachsenenbildung oder bei Beratungsstellen längst kennen. Derzeit erweitern Schulen ihre Aufgaben durch die Beauftragung oder Ankoppelung von Trägern für die Ganztagesbetreuung, das Essen, Freizeitaktivitäten etc. Im Zweifel wird diese Leistungskoppelung nach ökonomischen Wettbewerbsausschreibungskriterien vollzogen und nicht nach qualitativer Kooperationsbereitschaft und Offenheit.

Neue Kooperationen – alte Unterschiede

Viele Schulen bemühen sich sehr engagiert und können doch so wenig ändern, wenn die Entwicklung des umgebenden Wohnquartiers, ihre Verbändestruktur, ihre Verfahrensvorschriften oder ihre Methoden dazu nicht geeignet sind. Im Zweifel brauchen Lernlandschaften konsequentes individuelles Fallmanagement, um den Lernweg schwieriger Jugendlicher erfolgreich zu gestalten (vergleiche Freudenberg-Stiftung). Dies ist aber nicht mit der Schulklassenlogik kompatibel und nur schwer unter Berufsgruppen vereinbar, die in ihrer Einzelfallverantwortung mit völlig unterschiedlichen Ausbildungs-, Vergütungs- und Arbeitszeitlogiken aufeinandertreffen. Andererseits hat sich das Verhältnis zwischen den Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft stillschweigend ebenso radikal verändert wie etwa das Verhältnis zwischen Schule und Polizei.

Aus klar getrennten Sektoren, die einander die gegenseitige Einmischung verbieten, sind Partner mit Kooperationsprogrammen und Beauftragten geworden. Unternehmen appellieren an die Politik, Bildungsreformen zügiger und radikaler voranzutreiben. Sie sind den Kommunen in ihrer Standortpolitik näher als die Bundespolitik und greifen mit Einzelmaßnahmen wie PC-Ausstattungen oder Öffnungsmaßnahmen etwa in Form des Angebots an Ausbildungsplätzen ein. Die Polizei verlagert Präventionsmaßnahmen weit in die Schule hinein, denn auch sie ist kommunal orientiert.

Alle Veränderungen sind Ausdruck einer Neujustierung des Verhältnisses von Staat, Bürgern, Bürgerinnen und Wirtschaft. Noch erwartet die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger die Sanierung der Bildungspolitik vom Staat. Das Vertrauen in den Föderalismus ist ohnehin erschüttert (vergleiche die umfassenden Befragungen des Dortmunder Schulinstitutes), aber gewichtige Gruppen greifen längst ein. Lesepaten und -patinnen und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, meist aus den besser ausgebildeten Leitmilieus, drängen in Schulen, um selbst an der Erziehung zu den Grundfertigkeiten des Lesens und Schreibens, Kommunizierens und Begegnens mitzuwirken. Stiftungen bieten sich an, entwerfen bessere Schulen, wie etwa die Montagstiftung, loben Preise aus (Hertie etc.) oder führen Reformwillige zusammen, wie die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und die Universität Halle an der Saale begleiten Wohnungsgesellschaften und Stadtentwickler und -entwicklerinnen in Richtung der Lernlandschaften.

Solange Lehrerinnen und Lehrer den Stress der „Zwangsschulkasse“, die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter den Stress der „Einzelfallverantwortung“, die Eltern den Stress der „Ohnmacht in der Pubertät“, die Erzieherinnen und Erzieher den Stress der generierten Multitaskmütter und -väter jeweils allein aushalten müssen, reagieren sie wenig kooperativ. Es wird Antworten für kooperativere Berufsstrategien geben müssen.

Lebensstile und Bildungserfolg

Die Position der Bürgerschaft zu Bildung und Lernlandschaften spiegelt das Verhältnis, das der einzelne Bürger zur Verantwortungsteilung zwischen ihm, dem Staat und der Arbeitswelt im Zusammenhang mit der Erziehung zu sozialer und kognitiver Kompetenz hat. Wird das „Lernobjekt“ beziehungsweise „-subjekt“ als privates Gut angesehen, das ohne zu viel Einfluss von außen einer gewissen Perfektion zuzuführen ist (etabliertes Milieu), haben sich öffentliche Investitionen auf Angebote ausgewählter Art zu beschränken. Als bedrohtes Gut (Beck 2009b), etwa durch Entwertung Dritter (bürgerliches Milieu), haben die Institutionen deutliche Abstände zu Angehörigen anderer Gruppen herzustellen und Zertifizierungen des Gelernten zu sichern. Als notwendiges und nur durch gemeinsame kreative Anstrengung herzustellendes Gut (postmaterielles Milieu) haben öffentliche Institutionen so integrativ und offen wie möglich zu sein. Hedonistische und materialistische Milieus benötigen – freilich aus anderen Motiven, etwa mangels eigener

Ressourcen – integrative Angebote. Moderne Performer und Performerinnen wollen zwar ebenfalls moderne öffentliche Angebote, die damit einhergehende integrative Gesamtfunktion des Bildungswesens auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist für sie aber zweitrangig, weil es ihnen durchaus auch um die Herausbildung von Eliten geht (Grundmann u.a. 2006, Liebwein 2008).

Den Milieus entsprechend vielfältig ist das Verhalten von Eltern im Zusammenhang von Kindergarten, Schule und Beratung und vordergründig ist deshalb manche Debatte um Schulnoten. Eigentlich geht es um die jeweiligen Positionen, die aus dem erwachsenen, was Lernen kurz- und langfristig ermöglicht. Insgesamt geben moderne Milieus dem Lernen als solchem einen höheren Eigenwert. Auch dies wird den Stellenwert der Lernkultur in Zukunft „automatisch“ erhöhen. Eine breite gesellschaftliche Debatte um Lernlandschaften berührt nicht nur die Debatte um Effizienz und vermeintlich bessere oder schlechtere Lernergebnisse. Sie bemüht Wertvorstellungen und die Vorstellung, ob die Ergebnisse, letztlich die eigenen Kinder, als „privates Gut“ oder als „Gut in gemeinsamer Verantwortung“ angesehen werden.

Die im europäischen Vergleich späte deutsche Diskussion um Ganztagesschulen und Vorschulen spiegelt diese Problematik. Für viele ist die Ganztagesschule nur dort nötig, wo beide Elternteile arbeiten müssen. Sie wird weniger als ein Element gemeinsamer, ganzheitlicher Lernvorgänge angesehen. Ebenso wird das Lernen, je älter die Betreffenden sind, als eine private Motivation betrachtet und entsprechend organisiert.

Wo Menschen arbeitslos sind, reduziert sich Lernen oft auf ein öffentliches Gut, das nur wenig selbstbestimmt „anzueignen“ ist. Die Institutionen sind sogar baulich durch ihre Lernkultur geprägt: von privatisierend-informell (Räume privater Bildungsträger) bis zu abweisend-formal (Anstaltscharakter). Ebenso prägend sind die Regeln. Eine gelebte Verantwortungsgemeinschaft der Lernenden, wie sie ansatzweise der Kindergarten und die Jugendhilfe kennen (auch mit Einzelfallvereinbarungen), reduziert sich im Lernvollzug auf innere Klassengemeinschaften, Jahrgänge, Internatsgruppen und schottet sich von der Gesellschaft als Ganzes ab.

Eine Politik der Lernlandschaften muss die Bürgerschaft bei genau diesen Wertvorstellungen von Bildungsgütern, Erziehungswelten, Verantwortung und Integration in die Gesellschaft mitnehmen. Die Folgen für die Berufsbilder im Erzieher- und Lehrer-

beruf, die Folgen für institutionelle Regelungen und für kooperative Elternstrategien sind bisher nur in Anfängen diskutiert und erörtert worden. Deutlich wird das bei Migranten und Migrantinnen, deren Einstellungen und Lebensstile durch Prägungen der Lernkulturen ihrer Herkunftsänder determiniert sind. Die Autoritätsrolle von Schule, Lehrerinnen und Lehrern in der Türkei oder in Russland beeinflusst die Erwartungen an das hiesige Schulsystem. Noch stärker sind es Erziehungsbrüche, die sich auftun, wenn junge Migrantinnen und Migranten eine eigene Identität suchen, aber im eigenen Umfeld nicht erfolgreich erproben, überprüfen und entwickeln können. So entstehen Subkulturen und Entfremdungen von erheblichem Ausmaß.

Die Migrantenmilieustudie bringt den Widerspruch zutage, dass gesellschaftliche Grundwerte zwar akzeptiert werden, nicht aber die institutionellen Anforderungen: Leistung wird als Prinzip der Gesellschaft akzeptiert, eigene Anstrengungen werden in der Schule jedoch nicht erbracht. Zwischen einigen Migrantenmilieus und dem Bildungssystem ist die Passung gründlich verloren gegangen und es wird beidseitig großer Anstrengungen bedürfen, um Milieugruppen wieder eine Heimatinstitution zu geben.

Perspektiven

Lernlandschaften sind eine politische Botschaft, eine Art Kommunikationsversprechen, dass überall gelernt werden kann und soll und das jedem zugänglich ist. Damit dies nicht mehr nur Sache eines Ressorts und einer staatlichen Ebene oder Berufsgruppe bleibt, sondern zum umfassenden politischen Thema wird und die Wechselwirkungen weit in die gesamte Stadtentwicklung hineinreichen, müssen sich die Zugänge zum Thema ändern. Fünf Schritte sollen dafür aufgelistet werden:

▲ **Klärung:** Eine Politik der Lernlandschaften definiert im ersten Schritt, welche Handlungsräume und Institutionen angesprochen werden sollen und wer dafür jeweils zuständig ist. Die betroffenen Partner treten nicht aus Gründen der besseren Vernetzung zum Selbstzweck zusammen oder um ein allgemeines Problembewusstsein zu erzeugen. Sie treten in Kontakt, um vereinbarte Ziele zu erreichen. Umso hilfreicher ist es, wenn sowohl motivierte Reform- oder Modellinstitutionen als Promotoren als auch entsprechende Zahlen und Ausgangsdaten, einschließlich einer milieuorientierten Kenntnis der Bevölkerung, bei den Stadtentwicklern und -entwicklerinnen vorhanden sind. Zu den Zielen kann bei Lernlandschaften nie nur ein reiner Leistungsoutput zählen. Sie würden für ein ausschließlich

funktionales Effizienzverständnis stehen und den qualitativen Aspekt des Lernklimas und der demokratischen Teilhabe vernachlässigen. In jedem Fall braucht es von Anfang an eine Verankerung in allen drei Sektoren der Zivilgesellschaft.

▲ **Demokratisierung:** Im zweiten Schritt sind operationale Ziele lokaler Demokratie zu benennen. Wie und in welchem Maße lassen sich stark eingebundene Institutionen, wie beispielsweise Schulen, privatisierte Institutionen, wie zum Beispiel der Erwachsenenbildung, oder selektive Institutionen, wie Beratungsstellen, stärker vergesellschaften? Wie können realistische, über das übliche Renovieren der Kindergartenräume hinausgehende Partizipationsschritte organisiert werden? Wie können selektive Interessen, zum Beispiel einer Musikschule, mit integrativen Interessen, wie etwa dem Musikunterricht für alle, zusammengebracht werden? Wie kann Lernlandschaft das Betroffenheitsghetto überwinden, dass dies alles nur eine Sache von Eltern, Lehrern, Lehrerinnen, Schülerinnen und Schülern ist? Wie können Aufgaben und Mandate, beispielsweise die Besetzung von Rektoraten, demokratischer Selbstverwaltung zugeführt werden?

▲ **Aushandlung:** Entsprechend wird der dritte Schritt deutlich: Wie können spezielle, diverse und differenzierende Interessen (Einzelfälle, Gruppen, Eliten ...) mit integrativen gesamtstädtischen Entwicklungsprozessen zusammengedacht werden? Wie können diese Spezialisierungen und die Generalisierungen von Baustein zu Baustein in den Lernlandschaften auf den Punkt gebracht werden? Geschieht dies durch Zusitzung zur entscheidungsfähigen Alternative?

▲ **Vielfalt:** Ähnliches muss im vierten Schritt gelingen: der Passung von Milieus und den Angeboten. Je differenzierter die Milieus sind, desto komplexer ist die Lernlandschaft, und auch dieses hat Grenzen, die zu bewältigen sein müssen. Die Bildungswege haben ein Maß an Vielfalt erreicht, das kaum noch zu vermitteln ist und dennoch an grundlegenden lebensweltlichen Wünschen von Milieugruppen vorbeigeht. Wenn das so ist, wird der falsche Weg von Diversität eingeschlagen.

▲ **Kompetenz:** Schließlich bedarf es im fünften Schritt der Methoden, die für alle zugänglich und erlernbar sein sollen. Dass Schule heute das Lernen lehren soll, wurde zwar schon lange beschrieben, es hat aber kaum Auswirkungen etwa auf Elternarbeit, Gebäudemangement, Kooperationen, Unternehmenspartnerschaften oder Curricula. Fallmanagementmethoden sind zwischen Lehrpersonal und Verwaltung ungeübt Gegenstand sektoraler Fortbildung. Befähigung, Animation, Mediation und Gruppenmethoden gelten im Normalfall als einzukaufende

Methoden von außen oder noch bizarre als Bau- steine der Organisationsentwicklung, die jedes System selbst vorhält, also Schul- und Jugendämter, Wohnungswirtschaft, Planer, Kirchen etc.

Wessen Aufgabe ist nun die Anregung, Steuerung und Verantwortung von Lernlandschaften? Ein der- art komplexes Programm kann zwar nicht von einer Seite allein und nie nur von oben gesteuert, aber durchaus angestoßen werden! Im Sinne von „urban governance“ braucht es zügig Regelungsstrukturen, um den Entwicklungsvorgang breit und aufeinander abgestimmt voranzutreiben. Es könnte die Stunde der Kommunen und freien Träger gemeinsam sein.

Anmerkung

1 Vergleiche die neueren Erziehungs- und Bildungspläne früh- kindlicher Arbeit in den Ländern.

Literatur

- Beck, Sebastian:** Migranten-Milieus: Ein Kompass für die Stadt- gesellschaft. vhw-Schriftenreihe 1. Berlin 2009a
- Beck, Sebastian:** Milieus und Bildung. In: Urbane Landschaf- ten I: Lernlandschaften durch das Engagement von Stadt, Unternehmern (CSR) und Bürgerschaft. vhw-Tagungsband. Berlin 2009b
- Department for Communities and Local Government:** What works in community cohesion. London 2007. Deutsche Kurzfassung von Konrad Hummel: Erfolgskriterien für den Zu- sammenhalt unserer Städte. In: Forum Wohnen und Stadtent- wicklung 2/09, S. 130-134
- Grundmann, Matthias u.a.:** Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz. Münster/New York 2006
- Leston, Tanja:** Guck nach unten, Frau. In: Berliner Zeitung, Magazin 37/2010, S. 1-2
- Liebwein, Sylvia:** Erziehung und soziale Milieus. Elterliche Erziehungsstile in milieuspezifischer Differenzierung. Wies- baden 2008
- Luthe, Ernst-Wilhelm:** Kommunale Bildungslandschaften – Bildung als Integrationswert der örtlichen Gemeinschaft. In: DL – Der Landkreis 12/2009, S. 613-619
- Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger (Hrsg.):** Capabilities – Hand- lungensbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erzie- hungswissenschaft. Wiesbaden 2010
- Priddat, Birger P.:** Gemeinwohlmodernisierung: Social capi- tal, Moral, Governance. Marburg 2006
- Vogel, Hans-Josef:** Einmischen in die eigenen Angelehenhei- ten: Bildung ist heute Stadtentwicklung. In: Konrad-Adenauer- Stiftung, Arbeitskreis Kommunalpolitik (Hrsg.): Kommunale Verantwortung für und in Schulen. Sankt Augustin/Berlin 2010

Freiwilligenarbeit über das Internet

Ein neuer Weg für das freiwillige Engagement

Hannes Jähnert

Zusammenfassung

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist ohne Ehrenamt und freiwilliges Engagement nicht denkbar. Diese Erkenntnis wird aus gutem Grund in politischen Sonntagsreden gern referiert, denn freiwilliges Engagement stärkt eine aktive Zivilgesellschaft, trägt zum sozialen Frieden bei und bietet vor allem Möglichkeiten des lebenslangen Lernens. Doch in Zeiten steigender Flexibilitätsansprüche vor allem an junge Menschen ist vielen ein Freizeitengagement nur noch sporadisch möglich. Aus diesem Grund muss der Aufruhr zu Partizipation und Mitgestaltung um Überlegungen zu neuen Wegen des Engagements ergänzt werden. Im vorliegenden Beitrag soll mit dem Online-Volunteering, der Freiwilligenarbeit über das Internet, ein zeitgemäßer Zugang zum freiwilligen Engagement beschrieben werden.

Abstract

Without volunteer work an active civil society is un- thinkable. This notion is stated by politicians over and over for good reasons. Voluntary work promo- tes an active civil society, it contributes to social co- herence, and it opens the chance of life long learn- ing. But in times growing demands of flexibility especially toward young people voluntary engage- ment becomes more and more sporadically. There- fore the appeal for participation and cooperation in social matters have to be complemented by the planning of alternative ways to civil engagement and volunteering. In the following article online- volunteering as voluntary work via the internet shall be suggested as a modern way of volunteerism in Germany.

Schlüsselwörter

Zivilgesellschaft – Ehrenamt – Internet – Vernetzung

Vom alten Ehrenamt zur individuellen Freiwilligenarbeit

Freiwilliges Engagement und Ehrenamt haben in Deutschland eine lange Tradition. Besonders das Ehrenamt der Bürgerinnen und Bürger Elberfelds, nach dessen Vorbild ab der Mitte des 19. Jahrhun- derts die traditionelle Armenpflege in deutschen Industriestädteln nach und nach abgelöst wurde, wird als Ausgangspunkt eines deutschen Sonder-

weges der Freiwilligenarbeit angesehen (so beispielsweise in *Zimmer; Priller 2007*). Nicht etwa, weil es in anderen Kulturreihen keine freiwilligen Armenpflegerinnen und -pfleger gab, sondern weil das Ehrenamt eines Elberfelder Armenpflegers nicht unbedingt dessen Freiwilligkeit bedurfte. Der Begriff „Ehrenamt“ bezeichnete damals ein Amt, das seinem Träger zum Erhalt oder der Mehrung seiner bürgerlichen Ehre diente. Im § 201 der preußischen Kommunalverwaltungsreform heißt es gar, dass derjenige, der sich aus unerheblichen Gründen eines vorgesehenen Amtes verweigert „unwürdig [ist], an den Ehrenrechten eines Bürgers weiter Theil zu nehmen“. Rudimente derlei gesetzlich verordneter Freiwilligkeit finden wir auch heute noch, beispielsweise im Ehrenamt des Schöffen oder der Schöffin, das nur unter bestimmten Umständen abgelehnt werden darf (§ 35 Gerichtsverfassungsgesetz).

Die Verpflichtung zu staatlich abgeleiteten Tätigkeiten, wie *Annette Zimmer* (2006, S. 170) das „alte Ehrenamt“ umschreibt, ist heute aber, wenngleich nicht vollkommen verschwunden, so doch sehr selten geworden. Eher anzutreffen ist das „neue Ehrenamt“, das vor allem dem Selbstverständnis älterer Freiwilliger zu entsprechen scheint und das *Zimmer (ebd.)* als Form des freiwilligen Engagements beschreibt, welches stärker auf die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger zielt. Aus diesem Ehrenamt lassen sich letztendlich auch Tätigkeiten ableiten, die nicht unbedingt mit staatlichen Interessen konform gehen müssen. Es ist also ein Engagement gemeint, das die Organisation von Protestaktionen genauso zulässt wie die Veranstaltung von Galababenden, die Interessenvertretung in Bürgerinitiativen oder die formelle Tätigkeit als Vorstandsmitglied eines Vereins; ein Amt also, an das die Freiwilligen – nicht selten durch Wahl oder Berufung – relativ lange gebunden sind und das häufig auch die vollständige satzungsmäßige Basis für eine Organisation bildet.

Auf dieser konzeptionellen Basis ehrenamtlicher Tätigkeit entwickelt sich schon seit einigen Dekaden eine lebendige Kultur des freiwilligen Engagements in Deutschland, das mit dem Begriff des Ehrenamtes allerdings nicht mehr in seiner ganzen Breite zu fassen ist. Kann das freiwillige Engagement aus den Tagen der Frauen-, Selbsthilfe-, Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung vielleicht noch als „Ausdrucksform einer mit-bürgerlichen Solidarität“ (*Olk 2005, S. 179*) verstanden werden, die sich gegen die entmündigenden Tendenzen eines expandierenden Wohlfahrtsstaates richtete, weist die Freiwilligenarbeit heutiger Tage stärkere individualistische Ten-

denzen auf. Die für den aktuellen Freiwilligensurvey befragten Bürgerinnen und Bürger gaben an, vor allem Spaß an ihrer Tätigkeit zu erwarten. Sie wollen etwas für das Gemeinwohl tun, dabei mit anderen Menschen zusammenkommen, ihren Horizont erweitern und nicht zuletzt auch anerkannt werden (*BMFSFJ 2010, S. 26*). Das freiwillige Engagement heutiger Tage also an den ehrenamtlich getragenen Ambitionen gesellschaftspolitischer Großprojekte der 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahre messen zu wollen, wäre sicherlich nicht angebracht. In unserer individualistischen Gesellschaft ist es wohl niemandem zu verbüren, zuerst die eigenen Neigungen und Interessen zu verfolgen und dabei – quasi nur nebenher – dem Gemeinwohl einen Dienst erweisen zu wollen.¹

So kann es nicht verwundern, dass bei Weitem nicht alle 23 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland ein Ehrenamt bekleiden. Würde im Freiwilligensurvey nur nach Ehrenämtern gefragt, fiele die Engagementquote wohl wesentlich niedriger aus (*BMFSFJ 2010, S. 17*). Die definitorische Reichweite des Engagementbegriffs im Freiwilligensurvey spricht dafür, dass sich ein Gros der Freiwilligen in Deutschland eher themenbezogen und mitunter nur sporadisch für eine Organisation engagiert. Den fünf klassifizierenden Kriterien freiwilligen Engagements der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ folgend werden auch im Freiwilligensurvey Ehrenämter ebenso wie kurzweilige Freiwilligenengagements eingeschlossen. Dementsprechend ist freiwilliges Engagement

- ▲ freiwillig (nicht erzwungen, verordnet oder verhängt);
- ▲ unentgeltlich (nicht auf materiellen Gewinn gerichtet);
- ▲ öffentlich (nicht ausschließlich in familiärem oder wirtschaftlichem Rahmen beziehungsweise in ausschließlichem Bezug zur öffentlichen Verwaltung);
- ▲ gemeinschaftlich beziehungsweise kooperativ (das heißt mit anderen und mit gemeinschaftlichem Bezug);
- ▲ gemeinwohlorientiert (mit grundsätzlichem Anspruch auf Gemeinnützigkeit und im Rahmen des Grundgesetzes)² (*Deutscher Bundestag 2002, S. 38 f.*)

Die hier nun kurz umrissene Entwicklung der Freiwilligenarbeit in Deutschland, von einer bürgerlichen Verpflichtung zu quasi-staatlicher Aufgabenfüllung (altes Ehrenamt) über die Selbstorganisation entmündigter Bürgerinnen und Bürger (neues Ehrenamt) hin zu einer informellen und teilweise nur sporadischen Freiwilligenarbeit (freiwilliges Engagement), zeigt deutliche Tendenzen einer

Dynamisierung und Individualisierung freiwilligen Handelns. Da das freiwillige Engagement hierdurch mehr denn je einer beständigen Basis bedarf, sind es vor allem etablierte Organisationen des sogenannten dritten Sektors (zum Begriff siehe *Zimmer, Priller 2007, S. 15 ff.*), die diesen Tendenzen gerecht werden sollten. Weite Teile des gemeinnützigen Sektors in Deutschland sind ohne das Engagement Freiwilliger kaum vorstellbar. Ohne Freiwillige, die sich beispielsweise für die verschiedenen Rettungsdienste engagieren, könnten viele Veranstaltungen, wie zum Beispiel Volksfeste, nicht durchgeführt werden. Ohne ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer wäre kein Breitensport möglich und Naturschutz hätte ohne das Engagement Freiwilliger wohl auch nur wenig Sinn.

Tatsächlich erschöpfen sich die Vorteile des freiwilligen Engagements und Ehrenamtes aber nicht in der kompensatorischen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand nicht (mehr) angeboten werden können. Es lassen sich auch andere wünschenswerte Effekte ausmachen, von denen hier drei genannt sein sollen:

▲ Freiwilliges Engagement stärkt die Zivilgesellschaft. Es bildet das Rückgrat freiwilliger Vereinigungen und Assoziationen, die der Sozialphilosoph *Jürgen Habermas* (1992) als Kern und potenzielle Anstoßgeber für gesellschaftlich relevante Irritationen beschreibt (*ebd.*, S. 399 ff.).

▲ Freiwilliges Engagement fördert die Bildung sozialen Kapitals, was im Sinne des Sozialkapitalkonzeptes *Robert D. Putnams* (2001) als Förderung des sozialen Friedens, im Sinne des Sozialkapitalkonzeptes *Pierre Bourdieus* (1987) als Förderung individueller Ressourcen zu verstehen ist.

▲ Freiwilliges Engagement befördert informelle Lernprozesse. Es hilft nicht nur, sogenannte „Soft-skills“ (Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Selbstbewusstsein) zu verbessern, sondern stärkt auch demokratische Kompetenzen (Durchsetzungsfähigkeit, Partizipations- und Kompromissbereitschaft).

Freiwilliges Engagement wird also zu Recht als wichtigste Ressource einer aktiven Bürger- oder Zivilgesellschaft verstanden, die politisch gewollt ist und gefördert werden soll.³ Doch der seit den 1980er-Jahren zu verzeichnende Anstieg der Zahl derer, die sich ehrenamtlich engagieren, stagniert seit 2004. War in den vergangenen Jahren noch von einem beachtlichen Anstieg – von 25,1 Prozent im Jahr 1985 auf 27,6 Prozent im Jahr 1992 (*Ok 2005, S. 180*) und 34 Prozent im Jahr 1999 auf 36 Prozent im Jahr 2004 (*BMFSFJ 2005, S. 18*) – die Rede, heißt

es heute, das freiwillige Engagement sei eine „stabile und belastbare Größe, die allerdings seit 2004 insgesamt nicht mehr zugenommen“ habe (*BMFSFJ 2010, S. 41*).

Heute ist eher von Verschiebungen innerhalb der Gruppe von Engagierten die Rede. Während sich ältere Menschen zunehmend engagieren, ist das Engagement der 14- bis 24-Jährigen seit Jahren rückläufig. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass das Engagementpotenzial junger Menschen so hoch ist wie nie zuvor. 16 Prozent der Jugendlichen geben an, „bestimmt“, und immerhin 33 Prozent „eventuell“ zu einem freiwilligen Engagement bereit zu sein (*BMFSFJ 2010, S. 28*). *Thomas Gensicke*, hauptverantwortlicher Autor der Publikationen zum Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erklärt diese Diskrepanz mit der zunehmenden Inanspruchnahme junger Menschen in Bildung, Ausbildung und Berufseinmündung (*ebd.*, S. 29) und spricht damit jene Notwendigkeit zur Dynamisierung und Flexibilisierung der Freiwilligenarbeit an, die oben bereits angedeutet wurde.

Freiwilligenorganisationen müssen den Bedürfnissen potenzieller Freiwilliger – und damit sind nicht nur Jugendliche gemeint – gerecht werden, um das freiwillige Engagement in Deutschland weiter zu befördern. Dazu gehört aber nicht nur der quantitative Ausbau von Engagementangeboten; vonnöten ist ebenso die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, also eine „gute Organisation“ (*Kegel 2002, S. 89 ff.*) und der Ausbau alternativer Zugangswege zum Engagement. Ich möchte im Folgenden die Freiwilligenarbeit über das Internet, sogenanntes Online-Volunteering, als eine zeitgemäße Möglichkeit vorstellen, Alternativzugänge zum freiwilligen Engagement zu eröffnen. Dabei sei hier gleich darauf verwiesen, dass die Online-Freiwilligenarbeit nur eine Möglichkeit der Eröffnung neuer Zugänge ist. Andere Möglichkeiten sehe ich beispielsweise im Ausbau der Service-Learning-Angebote an allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sowie in der verstärkten Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Ein möglicher Weg:

Freiwilliges Online-Engagement

Dem aktuellen (N)Onliner-Atlas der Initiative D21 folgend nutzen bereits 69,1 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren das Internet, wobei die Tendenz steigend ist. In der Altersgruppe der 14 bis 29-Jährigen sind es sogar 94,5 Prozent (*Initiative D21, 2009, S. 10*). Der Trend ist seit Jahren nicht

zu übersehen: Das Internet wird mehr und mehr zum integralen Bestandteil unserer Alltagskommunikation. Und das nicht nur bei jungen Menschen! Auch die Nutzungsquoten älterer Jahrgänge nehmen seit Jahren kontinuierlich zu, zuletzt am stärksten bei den 60- bis 69-Jährigen (*ebd.* 2009, S. 14).

Dabei ist mit der Internetnutzung nicht nur die Nutzung des sogenannten Web 2.0 gemeint. Als häufigste Aktivitäten werden in der jährlichen gemeinsamen Online-Studie von ARD und ZDF die Nutzung von Suchmaschinen und der Versand von E-Mails genannt, gefolgt vom gezielten Aufsuchen bestimmter Online-Angebote, dem Surfen im Internet, dem Online-Banking und dem Instant-Messaging (ARD; ZDF 2009). Zwar scheint die Kommunikation über Social-Networking-Dienste wie Facebook, Xing oder die VZ-Netzwerke an Bedeutung zuzunehmen, doch bilden E-Mail-Dienste wie auch das Instant-Messaging nach wie vor wesentliche Drehscheiben der Online-Kommunikation.

Der Anstieg der Internetnutzungsquoten lässt sich im Übrigen ebenso erklären wie die Abnahme jugendlichen Engagements. So führen *Ebersbach* u.a. (2008, S. 198 ff.) die hohe Akzeptanz gegenüber den sozialen Medien des Web 2.0 auf die Isolationstendenzen fragmentierter Industriegesellschaften zurück. Die Autorin und ihre beiden Co-Autoren schreiben, dass durch die fortschreitende Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und die damit einhergehende Mobilitätsanforderung klassische Familien- und Sozialstrukturen zurückgedrängt werden. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass sich immer mehr Menschen der Online-Kommunikationsmöglichkeiten bedienen, um bestehende Netzwerke zu pflegen und auszubauen mit eben dem Ergebnis, dass die Internetnutzungsquoten aller Altersgruppen steigen und das World Wide Web zum Kommunikationsmedium Nummer eins avanciert.

In Anbetracht der Tatsache, dass in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Computer zum Arbeitsalltag gehört, sind soziale Organisationen zumindest technisch angeschlussfähig.⁴ Das sollten sie nutzen! Warum nicht Interessierten die Möglichkeit bieten, sich über das Internet zu engagieren? Warum nicht das technische Know-how, die Finesse oder die besonderen Fähigkeiten engagierter Internetnutzerinnen und -nutzer einbeziehen? Freiwillige müssen keine Laien sein. Tatsächlich sind sie es recht selten! Besonders im Bereich digitaler Datenverarbeitung (Bildbearbeitung, HTML-Formatierung etc.) dürfte so mancher Jugendliche über hervorragende Fähigkeiten verfügen.

Wie sich bis hierher schon angedeutet hat, ist der Gedanke, freiwilliges Engagement über das Internet zu ermöglichen, ein rationaler Schluss aus den vorliegenden Untersuchungen zur Internetnutzung und Freiwilligenarbeit in Deutschland. Vorreiterinnen auf diesem Gebiet flexibler Online-Engagementangebote waren die US-amerikanischen Non-Profit-Expertinnen *Susan J. Ellis* und *Jayne Cravens*, die von 1996 bis 1998 das erste Pilotprojekt zum Online-Volunteering durchführten. In ihrem „Virtual Volunteering Guide Book“, das aus diesem Projekt entstand, definieren sie die Online-Freiwilligenarbeit als „volunteer tasks completed, in whole or in part, via the Internet and a home or work computer“ (*Ellis; Cravens* 2000, S. 1) wobei ich hier noch ein zeitgemäßes „von unterwegs“ hinzufügen möchte.

Die oben bereits genannten klassifikatorischen Kriterien freiwilligen Engagements müssen also lediglich um das Kriterium des ortsunabhängigen Zugangs zum Internet ergänzt werden, um die Online-Freiwilligenarbeit ausreichend zu definieren. Freiwilliges Online-Engagement bezeichnet somit eine nicht erzwungene, unentgeltliche Tätigkeit, die nicht ausschließlich im Bereich der Familie, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ausgeübt wird, Anspruch auf Gemeinnützigkeit erheben kann und nach außen gerichtet, in Kooperation mit anderen, teilweise oder komplett über das Internet vom heimischen Computer, vom Arbeitsplatz oder von unterwegs aus geleistet wird.

Welche Aufgaben können online engagierte Freiwillige übernehmen? Das Internet bietet zwar diverse Kommunikationsmöglichkeiten, doch ist mit freiwilligem Engagement ja nicht nur das Gespräch gemeint, sondern vor allem die Übernahme bestimmter Aufgaben, wie beispielsweise der Auf- und Abbau bei einem Sommerfest oder die gelebentliche Betreuung einer Bibliothek. Wie kann die freiwillige Aufgabenerfüllung qualitativ eingeschätzt oder kontrolliert werden, wenn die Freiwilligen nicht oder nur selten vor Ort in der Organisation anzutreffen sind? Kann die Freiwilligenarbeit über das Internet womöglich nur als freiwilliges Engagement um seiner selbst willen realisiert werden? Sicher nicht!

Zum einen gibt es natürlich nicht ausschließlich die Freiwilligenarbeit am Ort einer Organisation, *Ellis* und *Cravens* schreiben „on-site volunteering“, und über das Internet. Vielmehr sollten diese beiden Formen als Pole verstanden werden, zwischen denen es vielerlei Mischformen gibt. Denken wir beispielsweise an Freiwillige im Gartenverein, die von zu

Hause aus die Website des Vereins pflegen. Erfahrungsgemäß sind Freiwillige häufig bereit, Aufgaben, die sie zu Hause besser oder schneller bearbeiten können, auch vom heimischen Computer aus zu erledigen. Oft steht Freiwilligen zu Hause oder am Arbeitsplatz eine bessere Ausstattung, als in ihrer Freiwilligenorganisation zur Verfügung und manchmal fehlt engagierten Menschen auch schlicht die Lust oder die Möglichkeit, das Haus zu verlassen. Zum anderen lassen sich auf die Fragen nach Qualität und Kontrolle freiwilligen Online-Engagements folgende Gegenfragen formulieren: Wie wird denn die Qualität freiwilligen On-Site-Engagements kontrolliert? Wie wird denn üblicherweise verhindert, dass Freiwillige wichtige Interna preisgeben oder der Organisation, die sie eigentlich unterstützen wollen, anderweitig schaden? Das freiwillige Engagement über das Internet unterscheidet sich tatsächlich weniger von der Freiwilligenarbeit vor Ort als es vielleicht auf den ersten Blick scheint. Auch Online-Freiwilligenarbeit ist Freiwilligenarbeit und erfordert ebenso wie das Engagement am Ort der Organisation Leitlinien, Regeln und Qualitätskontrollen.

Zurück zur Frage nach den Aufgaben, die Online-Engagierten übertragen werden können. Das Internet schränkt die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements und der Kommunikation ein. Wie die Körpersprache und nonverbale Symbole in den meisten Fällen nicht über das Internet zu übertragen sind (außer vielleicht im Video-Chat), kann auch der Brand im Verantwortungsbereich einer freiwilligen Feuerwehr nicht über das Internet gelöscht werden. Um eine Jugendmannschaft auf ein Fußballturnier vorzubereiten, reicht es mit Sicherheit nicht, ausschließlich das neuste Fußball-Weltmeisterschaftsspiel über das Internet zu spielen, und Baumpflanzaktionen bei Farmville oder Second-Life⁵ sind keine Maßnahmen der Renaturierung.

Und dennoch: Seit ich mich mit der Freiwilligenarbeit über das Internet beschäftige, stoße ich immer wieder auf Organisationen, die freiwilliges Engagement über das Internet ermöglichen. Weiter unten will ich drei Beispiele kurz vorstellen und aufzeigen, was Freiwillige vom heimischen Computer, vom Arbeitsplatz oder von unterwegs aus leisten können. Zunächst möchte ich aber ganz allgemein zwischen drei Aufgabengebieten unterscheiden, denen Freiwillige auf der ganzen Welt über das Internet nachgehen:

▲ Online-Volunteers erledigen Aufgaben, deren Ergebnis ein kopierbares Gut in digitaler Form ist. Hierunter fällt vor allem die Verarbeitung bestehen-

der Daten, aber auch die Erstellung von Texten, Bildern, Musik oder Videos. Wichtig hierbei ist, dass die erstellten Güter nicht nur technisch, sondern auch rechtlich kopierbar sein müssen. Datenschutzbestimmungen spielen hier ebenso wie Persönlichkeits- und Urheberrechte eine Rolle. Beispielhaft für diesen Aufgabenbereich freiwillig Online-Engagierter ist die Enzyklopädie Wikipedia, in der Autorinnen und Autoren seit dem Jahr 2001 ehrenamtlich bereits über eine Million Artikel in deutscher Sprache unter einer offenen Lizenz (creative commons) erstellt haben.

▲ Online-Volunteers stehen in direktem Kontakt zu den Mitarbeitenden, der Klientel oder Kundschaft einer Organisation. Im Vordergrund dieses Aufgabenbereiches steht eine Dienstleistung, die durch Freiwillige über das Internet erbracht wird. Freiwillige beraten beispielsweise Mitarbeitende bei technischen Schwierigkeiten oder betreuen an bestimmten Tagen sogenannte Sorgenchats. Auch Mentorenprogramme wie beispielsweise das Programm Cyper-Mentor der Universität Regensburg, in dem Abiturientinnen als Mentees an freiwillige Mentinnen aus dem MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften) vermittelt werden, fallen unter dieses Aufgabengebiet.

▲ Online-Volunteers organisieren über das Internet gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen. Hierunter fällt nicht nur die Organisation von Flash- und Smartmobs,⁶ sondern auch die Vorbereitung regelmäßiger Netzwerk- oder Bildungsveranstaltungen wie beispielsweise die Berliner SocialBar. Zu dieser kommen monatlich zwischen 50 und 120 Interessierte aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Social-Media-Kontexten zusammen, um aktuelle Projekte, Vorhaben und Überlegungen zu diskutieren.

Beispiele für freiwilliges Online-Engagement

Auch wenn es häufig nicht als Online-Freiwilligenarbeit wahrgenommen wird, gibt es in Deutschland bereits einige Beispiele internetgestützten freiwilligen Engagements, wie ich es oben definierte. Online-Volunteering ist tatsächlich keine neue Erfindung, sondern fast so alt wie das Internet selbst. Das älteste mir bekannte Beispiel eines Online-Freiwilligenprogramms ist das „Project Gutenberg“, das bereits 1971 von dem US-Amerikaner Michael Hart gegründet wurde, um allen Menschen lizenfreie Bücher und Texte über das Internet zur Verfügung zu stellen. Bis zum Februar 2009 haben Engagierte aus der ganzen Welt über 32 500 lizenfreie Bücher eingescannt und zur freien Nutzung eingestellt (Lebert 2009).

Ein anderes, ebenso beeindruckendes Projekt neuerer Zeit wurde oben bereits genannt: die Wikipedia. Sie ist das wahrscheinlich größte Online-Volunteering-Programm der Welt mit dem ambitionierten Ziel, „die größte Enzyklopädie aller Zeiten zu schaffen [...], in der das gesamte Wissen der Welt versammelt und allgemein verständlich erklärt wird“ (Fiebig 2005, S. 9). Abgesehen von solch beeindruckenden Großprojekten, stellt sich natürlich die Frage, wie Engagementprogramme in sozialen Organisationen aussehen können, die eine Freiwilligenarbeit von zu Hause, vom Arbeitsplatzrechner oder sogar von unterwegs aus möglich machen. Ohne weiter ins Detail gehen zu wollen, möchte ich im Folgenden kurz drei Organisationen vorstellen, die derartige Freiwilligenengagements ermöglichen:

▲ MacDonald Youth Services (www.mys.ca): Als eine der größten Kinder- und Jugendhilfeorganisationen Kanadas arbeitet MacDonald Youth Services seit nunmehr zehn Jahren mit Freiwilligen über das Internet. *Waltraut Seifert* berichtet in ihrer Diplomarbeit aus dem Jahr 2006 von verschiedenen Aufgabenangeboten, in denen sich Freiwillige für den MYS engagieren können (Seifert 2006, S. 27 f.). Gemäß der obigen Unterscheidung möglicher Engagementbereiche können Freiwillige als Mentorinnen und Mentoren gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen über das Internet arbeiten oder kopierbare Güter in digitaler Form erstellen. So entstand beispielsweise in freiwilligem Engagement vom heimischen Rechner aus das Imagevideo des MYS zu dessen 75-jährigem Jubiläum, das auch im kanadischen Fernsehen ausgestrahlt und auf der Website eingebunden wurde. Es ist bis heute im Internet zu finden.⁷

▲ 2aid.org (www.2aid.org): Die erst im Sommer 2009 gegründete Charity-Organisation 2aid.org akquiriert Spenden für Wasserprojekte in Afrika. Unter dem Motto „Erlebe deine Hilfe“ versuchen die ehrenamtlichen Mitglieder über Social Networking Dienste wie Facebook, Twitter und die VZ-Netzwerke sowie über ihre eigene Website und ihren Weblog (www.2aid.org) mit Unterstützerinnen und

Unterstützern in Kontakt zu treten und in Kontakt zu bleiben. Zwar gibt es in Deutschland bereits wesentlich größere Charity-Organisationen, die ähnlich auftreten, doch scheint mir 2aid.org wegen ihres sehr professionellen, kreativen und proaktiven Einsatzes von Social Media besonders erwähnenswert. Für die Konzeption, das Layout und die Umsetzung der Website arbeitet 2aid.org mit Freiwilligen und Agenturen aus ganz Deutschland zusammen, die den Verein pro bono von ihren Arbeitsrechnern aus über das Internet unterstützen.

▲ The Extraordinaries (www.theextraordinaries.org): The Extraordinaries ist ein 2009 in den USA gegründetes zivilgesellschaftliches Unternehmen. Das außergewöhnliche Anliegen dieser Organisation ist es, freiwilliges Engagement so weit zu flexibilisieren, dass es über Mobiltelefone geleistet werden kann („micro-volunteering“). Auf der Website der Extraordinaries ist dazu zu lesen: „Most of us don't have a Saturday to give to something we're passionate about, but we do have spare moments [...] lots of them. Despite busy schedules, we often find ourselves with idle time: waiting for the metro, in line for a haircut, at the doctor's office, bored at work, or when a friend is late to dinner.“

Amy Sample Ward vom Netsquared-Blog berichtete im Februar 2010 von einem Projekt dieser Organisation, das ich besonders beeindruckend finde: Nach dem katastrophalen Erdbeben auf Haiti im Januar dieses Jahres startete die Organisation ein Micro-Engagement-System, um vermisste Personen auf Haiti ausfindig zu machen. Über das Mobil-Web engagierten sich tausende Freiwillige für dieses Vorhaben. *Sample Ward* beschreibt das System als dreigliedrig: Zunächst galt es, die Bilderflut aus dem Katastrophengebiet zu kategorisieren, anschließend mit Bildern vermisster Personen zu vergleichen und schließlich zusammenpassende Bilder in eine Datenbank einzuspeisen, in der Fahnderinnen und Fahnder vor Ort die Bilder wiederum suchen konnten. Mittels dieses Systems und des hochflexiblen Micro-



Engagements der Freiwilligen konnten 24 Familien über den möglichen Verbleib ihrer Angehörigen informiert werden – ohne dieses außergewöhnliche Engagement wären die Angehörigen wohl noch lange Zeit vermisst geblieben.

Resümee

Diese und weitere Beispiele aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich im In- und Ausland zeigen deutlich, dass freiwilliges Engagement über das Internet nicht nur denkbar, sondern auch hilfreich ist. Im Zuge einer immer weiter fortschreitenden Dynamisierung und Individualisierung freiwilligen Tuns bietet das Online-Volunteering einen zeitgemäßen Weg der Partizipation und Mitgestaltung, über den nun auch in Deutschland aktiv nachgedacht werden sollte. Die Aufgabe tradiert Denkmuster, beispielsweise vom altruistischen Inhaber eines Ehrenamts, der sein Amt, wie immer es auch aussehen mag, dereinst sogar seinen Kindern vermacht, wäre sicherlich ein guter Anfang.

Ganz pragmatisch lässt sich festhalten, dass das Angebot, sich auch von zu Hause aus, vom Arbeitsplatz oder sogar von unterwegs für soziale Zwecke zu engagieren, den Aktionsradius zivilgesellschaftlicher Organisationen erweitert und helfen kann, mehr Menschen den Zugang zu einem freiwilligen Engagement zu ermöglichen. Vor allem hoch qualifizierte Freiwillige, wie sie beispielsweise für 2aid.org, den kanadischen MYS, die Wikipedia und viele andere Organisationen tätig sind, können mit flexiblen Engagementangeboten sehr gut erreicht werden. Durch die verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Beruf und freiwilligem Engagement könnte sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu Verbesserungen beigetragen werden. Doch auch das Online-Volunteering als eine Form der Freiwilligenarbeit ist ohne entsprechende Investitionen nicht zu realisieren. Eine gute Organisation ist immer die Voraussetzung, denn auch die Online-Freiwilligenarbeit ist so wenig kostenlos wie sie umsonst ist. Um es mit den Worten von *Ellis* und *Cravens* zu sagen: „There is nothing virtual about that“ (*Ellis; Cravens 2000, S. 9.*)

Anmerkungen

1 Natürlich waren auch nicht alle Aktiven in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren derart ambitioniert. So schreibt beispielsweise Sven Reichert (2008, S. 118 f.), dass die Anziehungskraft eines hedonistisch orientierten linken Milieus das Engagement vieler junger Menschen maßgeblich beeinflusst haben dürfte.

2 Ein Anspruch auf Gemeinnützigkeit kann auch dann erhoben werden, wenn gegen geltendes Recht verstößen wird (Hausbesetzungen, ziviler Ungehorsam etc.). Das könnte un-

ter Umständen auch für Engagements gelten, die im Rahmen der Menschenrechte gegen die Verfassung eines Staates gerichtet sind, wie beispielsweise die Engagements von Reporter ohne Grenzen oder Amnesty International.

3 Eine Übersicht der im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgehaltenen Vereinbarungen bezüglich freiwilligen Engagements veröffentlichte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Wahljahr 2009.

4 Diese Vermutung entstammt zunächst meinen eigenen Beobachtungen und Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der IT-Report für die Sozialwirtschaft, den die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt seit 2007 regelmäßig zur IT-Infrastruktur im deutschen Sozialbereich herausgibt, bestätigt diese Vermutung.

5 Sowohl Second Life als auch Farmville sind Online-Simulationsspiele mit unterschiedlicher Qualität. Während in Second Life dem Namen entsprechend die ganze Welt (als zweites Leben) simuliert werden soll, agieren die Spielenden bei der Facebook-Anwendung Farmville auf einem virtuellen Bauernhof.

6 Als Flashmob wird eine für Außenstehende scheinbar spontane Aktion mehrerer Menschen bezeichnet, die meist im urbanen Raum (aber nicht nur dort) stattfindet. Im Falle eines Smartmobs steht hinter dieser Aktion eine politische Motivation.

7 Das Video ist unter <http://www.youtube.com/watch?v=Q0i8oSZRGQg> abrufbar.

Literatur

- ARD; ZDF** (Hrsg.): ARD-ZDF-Onlinestudie; 2009. In: <http://bit.ly/9w54SH> (Abruf am 16.6.2010)
- BBE** – Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Übersicht über den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode mit dem Schwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“ 2009. In: <http://bit.ly/1aka6CD> (Abruf am 16.6.2010)
- BMFSFJ** – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. München 2005. In: <http://bit.ly/dA8zbz> (Abruf am 16.6.2010)
- BMFSFJ** – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Monitor Engagement. Ausgabe 2. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. München 2010. In: <http://bit.ly/d7UsMz> (Abruf am 16.6.2010)
- Bourdieu**, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 1987
- Deutscher Bundestag** (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunfts-fähige Bürgersellschaft. Opladen 2002. In: <http://bit.ly/bv6KmT> (Abruf am 16.6.2010)
- Ebersbach**, Anja; Glaser, Markus; Heigl, Richard: Social Web. Köln, Weimar, Wien 2008
- Ellis**, Susan J.; Cravens, Jane: The Virtual Volunteering Guidebook. How to Apply the Principles of Real-World Volunteer Management to Online Service. Palo Alto 2000. In: <http://bit.ly/9pr6pR> (Abruf am 16.6.2010)
- Fiebig**, Henriette: Wikipedia. Das Buch. Berlin 2005. In: <http://bit.ly/aRF9P8> (Abruf am 16.6.2010)
- Habermas**, Jürgen: Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politi-

scher Öffentlichkeit. In: Habermas, J.: Faktitität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt am Main 1992, S. 399-468
Initiative D21 (Hrsg.): (N)Onliner Atlas 2009. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. 2009. In: <http://bit.ly/cDyhJ> (Abruf am 16.6.2010)

Kegel, Thomas: Gute Organisation vorausgesetzt. Aufgaben für das Management von Volunteers. In: Rosenkranz, Doris; Weber, Angelika (Hrsg.): Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München 2002

Lebert, Marie: History of Project Gutenberg. 2009. In: <http://bit.ly/ctbSrF> (Abruf am 16.6.2010)

Olk, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim/München 2005, S. 179-182

Putnam, Robert D.: Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh 2001

Reichert, Sven: Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre. In: *Forschungsjournal NSB* 3/2008, S. 118-130

Sample Ward, Amy: The Social Media Response to Disaster in Haiti. 2010. In: <http://bit.ly/ahlTB8> (Abruf am 16.6.2010)

Seifert, Waltraut: Online-Volunteering und Freiwilligenmanagement. Wie gemeinnützige Organisationen über das Internet neue Ressourcen erschließen. Diplomarbeit im Fachgebiet Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Berlin 2006

Zimmer, Annette: Bürgerschaftliches Engagement im gesellschaftlichen Wandel. In: Böllert, Katrin u.a. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den Sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Münster 2006, S. 169-186

Zimmer, Annette; Priller, Eckhard: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritt-Sektor-Forschung. Wiesbaden 2007

Rundschau

► Allgemeines

DZI veröffentlicht Spendenbericht Deutschland 2010.

Hrsg. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Selbstverlag. Berlin 2010, 143 S., EUR 39,80 *DZI-D-9796* Mit dem „Spendenbericht Deutschland 2010“ veröffentlicht das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) eine aktuelle und neuartige Bestandsaufnahme des Spenderverhaltens hierzulande. 53 Abbildungen und Tabellen werden von Analysen erschlossen. Wissenschaftlich fundiert informiert der Bericht zum Beispiel über das Spendenvolumen und die individuelle Spendenhöhe, das Maß der Spendenebeteiligung oder auch soziodemographische Merkmale der Spenderinnen und Spender. Ein Exkurs untersucht das Spenderverhalten von Migranten und ein eigener Abschnitt ist den Erkenntnissen zu Unternehmensspenden gewidmet. Zusätzlich enthält das Buch fünf Fachbeiträge weiterer Experten und Wissenschaftler zur Spendeforschung. Obwohl das Spenden von Geld und Gütern eine jahrhundertealte Tradition hat und im Sinne bürgerschaftlichen Engagements zugleich hoch aktuell ist, befindet sich die Spendeforschung in Deutschland erst am Anfang. Der Spendenbericht zeigt Wege für den Aufbau einer regelmäßigen Spendenberichterstattung in Deutschland auf und versteht sich selbst als wichtigen ersten Schritt zu diesem Ziel. Bestellanschrift: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, E-Mail: verwaltung@dzi.de

Neuer Indikator zur Messung der Armut. Nach Auffassung der Bundesregierung soll sich der Einsatz gegen Armut insbesondere auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit als eine der wesentlichen Ursachen von Armut konzentrieren. Eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt flankiere die Sozialpolitik am besten. Dies schreibt die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die sich nach der Strategie 2020 und dabei insbesondere nach dem Ziel erkundigt hatte, die Zahl der Europäer und Europäerinnen, die unter der Armutsgrenze leben, um 25 % zu senken. Im Zentrum des Interesses der Grünen stand die Frage nach geeigneten Indikatoren zur Messung der Armut. Die Bundesregierung schreibt, dass sie sich auf EU-Ebene für einen Indikator einsetzen werde, der den Aspekt der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit berücksichtige. Die Armutsriskoquote wird definiert als die Zahl der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Durchschnitts der Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung je 100 Personen. Bei der Armutsriskoquote gerieten die unterschiedlichen Ursachen und Ausprägungen von Armut aus dem Blick, schreibt die Regierung. Eine nachhaltige Bekämpfung von Armut soll insbesondere Maßnahmen zur Aktivierung beinhalten, die sich in diesem Indikator nicht widerspiegeln. Quelle: *Heute im Bundestag* Nr. 278 vom 25.8.2010

Studie zur Selbstbestimmung im Alter. Nach Angaben des im November 2009 in Berlin eröffneten Zentrums für Qualität in der Pflege nimmt die altersbezogene Lebensplanung in Deutschland einen höheren Stellenwert als noch vor fünf Jahren ein. Rund 1000 volljährige Personen wurden in computergestützten Telefoninterviews im Januar, Mai und Juni dieses Jahres zu entsprechenden Standpunkten, Maßnahmen und Absichten befragt. Wie die Ergebnisse zeigen, haben zirka 40 % der Männer und 27 % der Frauen den Wunsch, später über die Rentenaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Wichtig seien für die meisten neben finanzieller Unabhängigkeit auch enge Kontakte zu ihrer Umwelt. Ein Drittel der Befragten stelle sich auf Armut ein, zwischen 30 und 40 % auf Pflegebedürftigkeit oder schwere Erkrankungen, wobei der Wunsch bestehe, Angehörige zu entlasten und den gesundheitlichen Risiken eigenverantwortlich zu begegnen. Überwiegend erwarte man für das eigene Alter einen im Vergleich zu heutigen Rentnerinnen und Rentnern niedrigeren Lebensstandard. *Quelle: Presseinformation des Zentrums für Qualität in der Pflege vom 28.6.2010*

Hotline zum Pflegemindestlohn. Zur Überprüfung der vor Kurzem in Kraft getretenen Mindeststundenlöhne im Pflegesektor, die nun bei 8,50 Euro (alte Bundesländer und Berlin) beziehungsweise 7,50 Euro (neue Bundesländer) liegen, schaltete die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Hotline, deren Auswertung ergab, dass die neue Bestimmung massiv untergraben werde. Tricks wie die Umlegung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Schichtzulagen, Fahrgeldern und Leistungsprämien auf den Stundenlohn dienten der Verdeckung des fortgesetzten Dumpings. Zu beobachten sei auch, dass die Fahrten nicht mehr wie bisher üblich als Arbeitszeit gelten, sondern nur noch die Pflege vor Ort. Ver.di empfiehlt, die Lohnabrechnungen Ende August genau zu überprüfen und bietet vom 6. bis 8. September erneut eine Hotline zur Beantwortung offener Fragen an. *Quelle: Presseinformation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom 12.8.2010*

Umfrage zum Thema Religion. Einer Umfrage des Instituts für Zukunftsfragen in Hamburg zufolge, an der 2000 Personen ab 14 Jahren teilnahmen, hat die Religion im Leben vieler Deutscher in den letzten acht Jahren einen Bedeutungsverlust erlitten. Zurückzuführen sei dies auf den demographischen Wandel. Da ältere Menschen in besonderer Weise auf Kontakte angewiesen seien, nehme für diese die Relevanz von Freundschaften auf Kosten des Glaubens zu. Oberste Priorität genieße die Gesundheit, gefolgt von Freunden, der Familie, der Natur, der Freizeit und dem Beruf. Das Interesse an Geld und Konsum liege an vorletzter Stelle vor demjenigen an der Religion. *Quelle: idea Spektrum 28/29.2010*

Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2010, 42 S., kostenlos *DZI-D-9198*
Der seit dem Jahr 1999 alle fünf Jahre im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erhobene Freiwilligensurvey liefert umfassende und detaillierte Daten zum bürgerschaft-

lichen Engagement der deutschen Zivilgesellschaft, die vom TNS Infratest Sozialforschung telefonisch ermittelt werden. Diese Broschüre fasst die wichtigsten Trends und Entwicklungen der dritten Befragung in Kurzform zusammen und beschreibt den Anteil der ehrenamtlich tätigen Menschen an der Bevölkerung, bevorzugte Tätigkeitsfelder, geschlechtsspezifische Unterschiede sowie prozentuale Veränderungen in der Arbeit verschiedener Altersgruppen. Im Ergebnis benennt der Bericht erste Handlungsempfehlungen für eine zukünftige Engagementförderung. *Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de*

IAQ beobachtet Ausweitung des Niedriglohnsektors. Wie das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer Studie feststellte, hat sich die Anzahl der unter der bundeseinheitlich bei 9,06 Euro pro Stunde angesetzten Niedriglohnschwelle arbeitenden Menschen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 162 000 auf 6,55 Mio. erhöht, wobei vier von fünf der Betroffenen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügten. Im gleichen Jahr hätten mehr als 2 Mio. dieser Geringverdienenden weniger als 6 Euro pro Stunde erhalten, was in Ostdeutschland auf 12,8 % und im Westen auf 5,4 % der Beschäftigten zutreffe. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung werden vor allem in der Baubranche und der Gebäudereinigung die gesetzlichen Mindestlöhne häufig missachtet. Die Studie des IAQ findet sich im Internet unter http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report_2010-06.pdf. *Quelle: SoVD Berlin-Brandenburg 9.2010*

► Soziales

Die ersten „Sechs-Monate-Zivis“ traten den Dienst an. Zivildienstleistende, die ihren Dienst am 1. Juli angetreten haben, werden als erste nur noch sechs Monate bis Ende Dezember dienen müssen. Nach dem Wehrrechtsänderungsgesetz können Zivis, die bis 31. Dezember bereits sechs Monate abgeleistet haben, entlassen werden. Spürbar werden die Neuregelungen bei der Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). So hat beispielsweise die gemeinsam von der Caritas und dem BDKJ im Bistum Münster getragene FSJ-Gesellschaft reagiert und kurzfristig die Kapazitäten erhöht. Allerdings wird vor der Annahme gewarnt, das FSJ könne den Zivildienst ersetzen, da dies kein Ersatzdienst, sondern eine Bildungsmaßnahme sei. Die Caritas hofft, dass der Zivildienst insbesondere als wichtiges Lernfeld für junge Männer im sozialen Bereich erhalten bleibe. Schon die auf neun Monate verkürzte Zeit ließ allerdings nicht mehr den Einsatz in allen Arbeitsfeldern zu, zumal durch verpflichtende Bildungskurse und Urlaub tatsächlich nur ungefähr sieben einhalb Monate übrig blieben. Deswegen wird bei der weiteren Verkürzung mit möglicherweise einem Drittel weniger Zivildienstleistenden im kommenden Jahr gerechnet. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 28.7.2010*

Neuregelung zur Rentenversicherung. Laut Informationen der Deutschen Rentenversicherung Westfalen wurde der Kreis der zur freiwilligen Rentenversicherung Berechtigten gesetzlich erweitert. Damit können ab sofort auch

versicherungsfreie oder von der Versicherungspflicht befreite Personen freiwillig Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen. Von Interesse ist die Bestimmung beispielsweise, wenn bisher für einen Rentenanspruch nicht genügend Versicherungsjahre vorhanden waren und eine Erstattung der Einzahlungen nicht in Betracht kam. Unter bestimmten Voraussetzungen sei nun eine Sondernachzahlung möglich, um die erforderlichen Monatsbeiträge für eine Regelaltersrente zu erreichen. Zu beachten gelte jedoch, dass ein Anspruch auf eine gesetzliche Rente zur Kürzung anderweitiger Versorgungsleistungen führen könnte. Quelle: *Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Westfalen vom 12.8.2010*

Transferausgaben des Landes Berlin in den Sozialrechtsgebieten des SGB XII, SGB II (kommunaler Träger), AsylbLG, LPfLGG in den Jahren 2005 bis 2008. Sozialstatistisches Berichtswesen. Statistische Kurzinformation. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2010, 30 S., kostenlos *DZI-D-9207*

Diese Informationsbroschüre beschreibt die Zusammensetzung der Transferausgaben des Landes Berlin in den Sozialrechtsgebieten des Sozialgesetzbuches (SGB) XII, des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), des Landespflegegeldgesetzes (LpfLGG) sowie des kommunalen Trägers gemäß § 6 SGB II und die Aufwendungen gemäß § 264 SGB V für das Jahr 2008. Darüber hinaus wird die Entwicklung dieser Leistungen seit der neuen Sozialgesetzgebung im Jahr 2005 dargestellt und in Form von Kurzbeschreibungen und graphischen Übersichten zusammengefasst. Bestellschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28 12 66, E-Mail: Melanie.Wegener@senguv.berlin.de

Mehr Rechte für Menschen in Berliner Heimen. Mit dem am 1. Juli 2010 in Kraft getretenen Wohnteilhabegesetz (WTG) erhalten ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen in Berlin, die in Einrichtungen oder betreuten Wohngemeinschaften leben, mehr Schutz und mehr Rechte. Beispielsweise sind Kontrollen durch die Aufsichtsbehörden vorgesehen, deren Ergebnisse in anonymisierten Prüfberichten veröffentlicht werden müssen. Neben einer Meldepflicht für Pflegewohngemeinschaften werden die Leistungserbringenden angehalten, Informationen über Art, Inhalt, Umfang und Preis ihrer Angebote allgemein zugänglich zu machen. Darüber hinaus regelt das WTG als Nachfolgegesetz des bisherigen Heimgesetzes qualitative Anforderungen sowie Mitsprache, Teilhabe und Beschwerderechte der Bewohnerinnen und Bewohner. Auf Initiative des Sozialwerks Berlin e.V. haben sich ältere Berlinerinnen und Berliner bereit erklärt, ehrenamtlich die Wohn- und Lebenssituation in Einrichtungen der Altenpflege zu evaluieren. Quelle: *Paritätischer Rundbrief Juli 2010*

► Gesundheit

Mehr Krankenhausaufenthalte. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stieg die Anzahl der in Krankenhäusern aufgenommenen Menschen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 290 000 (+ 1,6 %) an. Insgesamt seien 17,8 Mio. Patientinnen und Patienten stationär versorgt

worden, wobei sich die durchschnittliche Verweildauer von acht Tagen und die Betteneauslastung von etwa 77 % nicht wesentlich verändert hätten. Eine geringfügige Erhöhung war bei den im Krankenhaus beschäftigten Vollkräften sowohl im ärztlichen (1,6 %) als auch im nicht ärztlichen (2,7 %) Dienst zu beobachten. Obwohl nach wie vor die meisten Plätze in öffentlichen Krankenhäusern zur Verfügung stünden, hätten die Kapazitäten der privaten Kliniken zugenommen. Im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation seien private Anbieter zwar stark überrepräsentiert, doch habe sich hier die Verteilung zugunsten der öffentlichen Einrichtungen verschoben. Quelle: *Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.8.2010*

Höhere Anforderungen in der Heilerziehungspflege. Gemäß einer vom Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen (NRW) verabschiedeten Personalvereinbarung zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) sind in NRW seit Anfang dieses Jahres Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger auch als Pflegefachkräfte in Einrichtungen der Eingliederungshilfe anerkannt. Ausgangspunkt war eine Rechtsunsicherheit bezüglich der Aufgabenbereiche, die dazu führte, dass dort im Zweifelsfall Angehörige anderer Berufsgruppen bevorzugt eingestellt wurden. Um die fachliche Qualifikation zu garantieren, erfolgte eine Ausweitung des Ausbildungscurriculums um die Lernbereiche „Gesundheit/Pflege“ und „Psychiatrie“. Darüber hinaus ist ein achtwöchiges Praktikum in einem Tätigkeitsfeld mit pflegerischem Schwerpunkt vorgesehen. Quelle: *BeB Informationen August 2010*

Aktionswoche Alkohol 2011. Mit rund zehn Litern reinem Alkohol pro Kopf trinken die Deutschen durchschnittlich etwa viermal soviel wie gesundheitlich noch vertretbar wäre. Dieser Alkoholkonsum zählt ebenso zur Weltspitze wie alkoholbezogene Krankheits-, Unfall-, Todes- und Verbrechensraten. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren (DHS) für die kommende Aktionswoche das eindeutige WHO-Motto gewählt: „Alkohol? Weniger ist besser!“ Unter diesem Slogan findet die Aktionswoche Alkohol vom 21. bis 29. Mai 2011 statt. Seit Kurzem ist die neue Homepage der Aktion online: <http://www.aktionswoche.alkohol.de>. Bereits jetzt können Veranstaltungen angemeldet werden, zu denen die DHS vorgefertigte Plakate zur Verfügung stellen wird. Quelle: *DHS-Newsletter vom 7.9.2010*

Pflege-Thermometer 2009. Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (dip) in Köln unternahm Ende letzten Jahres zum fünften Mal eine Studie im Rahmen der „Pflege-Thermometer-Reihe“, einer die Gesundheitsberichterstattung des Bundes ergänzenden Untersuchung. Mehr als 10 000 in Krankenhäusern beschäftigte Pflegefachkräfte beantworteten Fragen hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen und der Patientenversorgung. Im Mittelpunkt standen Themen wie die Anzahl der betreuten Personen, die geleisteten Überstunden, das Einspringen an Wochenenden und Feiertagen sowie Korrelationen zwischen starker Stressbelastung und Mängeln in der Patientensicherheit. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass in Krankenhäusern mit einer engen Personalsituation verstärkt Probleme bei der fachgerechten Ausführung von Pflegeleistungen auftreten. Aufgrund von Budgetzwängen waren

im Zeitraum 1996 bis 2008 rund 50 000 Vollkraftstellen (14,2 %) in der Krankenhauspflege gestrichen worden. Die gesamte Studie steht im Internet unter www.dip.de zum Download bereit. Quelle: *PEP 3.2010*

Ausbau der Palliativversorgung in Berlin. Anknüpfend an die nach § 37 b des Sozialgesetzbuches V seit dem Jahr 2007 bestehende gesetzliche Verpflichtung zur Versorgung schwerkranker Menschen in ihrem häuslichen Umfeld schlossen am 1. Juli dieses Jahres die Berliner Krankenkassen, der „Home Care Berlin e.V.“ und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin den bundesweit ersten Vertrag zur flächendeckenden spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Für die Betreuung von Personen mit onkologischen Erkrankungen oder einer HIV-Infektion bietet das seit Anfang der 1990er-Jahre bestehende Berliner Modellprojekt Home Care einen wichtigen Anlaufpunkt. Interessierte Pflegefachkräfte können sich in einem 160-stündigen Lehrgang qualifizieren. Voraussetzungen für eine ärztliche Tätigkeit in der SAPV sind eine Weiterbildung in Palliativmedizin, die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen, ein Nachweis von mindestens 75 selbstständig ambulant versorgten Palliativ-Patientinnen oder -Patienten in den letzten drei Jahren und die Sicherstellung einer 24-Stunden-Ruf-Bereitschaft. Quelle: *report berlin Juli 2010*

Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema Gesundheit. Anlässlich des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung wandte sich die Linksfraktion am 16. Juni in einer Großen Anfrage (17/2218) an die Bundesregierung. Hierin erkundigt sie sich unter anderem danach, wie viele Beziehende von Arbeitslosengeld II gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen, inwiefern Kinder und ältere Menschen aus einkommensschwachen Schichten gesundheitlich benachteiligt sind und welche Maßnahmen zur Überwindung der festgestellten Schieflage geplant sind. Weitere Themen der Anfrage waren die Situation behinderter Menschen, interkulturelle und geschlechtsspezifische Aspekte der medizinischen Versorgung und der Einfluss der Praxisgebühr auf die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen. Die Linke spricht sich dafür aus, soziale Ungleichheiten zu verringern und unterprivilegierten Menschen den Zugang zum Gesundheitssystem zu erleichtern. Quelle: *Das Parlament 30/31.2010*

► Jugend und Familie

13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2009, 316 S., kostenlos *DZI-D-9104*

Der seit dem Jahr 1965 in jeder Legislaturperiode von der Bundesregierung herausgegebene Kinder- und Jugendbericht dokumentiert die Situation junger Menschen in Deutschland, die von einer eigens dazu beauftragten Expertenkommission untersucht wird. Im Mittelpunkt dieses aktuellen Berichts stehen die Themen Gesundheitsförderung und Prävention. Dargestellt werden die Entwicklungsbedingungen von Gesundheit und Krankheit bei verschiedenen Altersgruppen sowie gesundheitsbezogene Aufgaben, Leistungen und Projekte der Jugendhilfe. Weitere Schwerpunkte sind die Eingliederungshilfen für Menschen

mit Behinderung und die Suchtkrankenhilfe. Auf Grundlage der Ergebnisse erfolgen Empfehlungen für die Fachpraxis der Sozialen Arbeit und die Sozialpolitik. Bestellschrift: *Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de*

Kapazitäten für Kinderbetreuung reichen nicht aus. Nach Informationen des Deutschen Städtetages lässt sich der ab dem Jahr 2013 vorgesehene Rechtsanspruch auf eine Betreuung von Kindern zwischen ein und drei Jahren trotz enormer Anstrengungen zum Krippenbau voraussichtlich nicht realisieren. Zu erwarten sei daher eine Prozesslawine mit erheblichem Verwaltungsaufwand. Auch der beim Krippengipfel 2007 als Etappenziel vereinbarte Versorgungsgrad von 35 % liege noch außerhalb der Reichweite. Um den Bedarf für den Rechtsanspruch zu decken, müssten wahrscheinlich noch über 500 000 zusätzliche Plätze eingerichtet werden, für die bislang weder das Geld noch das nötige Fachpersonal zur Verfügung stünden. Jedoch gebe es in einer Reihe von westdeutschen Großstädten bereits Plätze für weit über 20 % der Kinder. Den größten Teil der für die Kinderbetreuung im Zeitraum 1998 bis 2008 auf rund 14,5 Mrd. Euro angestiegenen Bruttoausgaben leisteten die Kommunen. Quelle: *Mitteilung des Deutschen Städtetages vom 31.8.2010*

Online-Portal für Eltern. Die im Jahr 2002 von der AOK Hessen in Kooperation mit der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen und den hessischen Fachstellen für Suchtprävention eingerichtete Internet-Plattform starke-eltern.de bietet Eltern umfassende und gut verständliche Informationen zu Fragen der Erziehung und der Suchtprävention. Beispielsweise seien selbstbewusste, selbstständige und seelisch gesunde Kinder weniger gefährdet, später ein Suchtverhalten zu entwickeln. Das Web-Angebot beinhaltet unter anderem „Sieben Regeln gegen die Sucht“, Hinweise zu Gefährdungsmerkmalen, Ergebnisse aus der Wissenschaft und die Möglichkeit zum direkten Austausch mit anderen Eltern sowie Fachkräften der Suchtprävention. Darüber hinaus gibt das Portal mit interaktiven Tests und Spielen Aufschluss über den eigenen Wissensstand und persönliche Einschätzungen. Quelle: *G+G Gesundheit und Gesellschaft 7-8.2010*

Projekt für wohnungslose Jugendliche in Nordrhein-Westfalen. Als Träger des dreijährigen, vom nordrhein-westfälischen Familienministerium geförderten Projekts „WohnPerspektiven – Wohnungsnotfallnetzwerke für junge Menschen im ländlichen Raum“ plant der Caritasverband für die Diözese Münster, Daten zur Anzahl der von Wohnungsnot betroffenen oder durch sie gefährdeten Jugendlichen zu erheben, um auf dieser Grundlage die Vernetzung vorhandener Angebote der Wohnungsnotfallhilfe und weiterer Einrichtungen, wie zum Beispiel dem Jugendamt und der Arbeitsagentur, zu optimieren. Obwohl für die unter 21-Jährigen eigentlich die Jugendhilfe zuständig ist, wenden sich viele von ihnen an die Wohnungsnotfallhilfe, weshalb nun die Jugendhilfe und die Wohnungsnotfallhilfe an einen Tisch geholt werden sollen. Die im Rahmen des „Aktionsprogramms Obdachlosigkeit verhindern“ angesiedelte, wissenschaftlich begleitete Initiative basiert auf einer Kooperation mit dem Cari-

tasverband Kleve, dem Caritasverband Moers-Xanten und dem Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen. Zugleich erprobt die Diakonie in Duisburg die Verknüpfung der Hilfen in einer städtischen Region. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse in einem Leitfaden für andere Kreise und Regionen aufzubereiten. Quelle: Mitteilung des Caritasverbands für die Diözese Münster e.V. vom 19.8.2010

Personalbemessung der Jugendämter in Bayern (PeB). Projektbericht und Handbuch. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt. München 2010, 116 S., kostenlos *DZI-D-9136* Das Bayerische Landesjugendamt hat gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag, der Stadt Nürnberg, dem Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung, den Kreisjugendämtern Fürstenfeldbruck sowie Neumarkt in der Oberpfalz ein Personalbemessungskonzept entwickelt. Darin wurden für die wichtigsten fallbezogenen Leistungsbereiche der Jugendämter Standards und Zeitbedarfe für Arbeitsprozesse ermittelt und in ein Verfahren zur Personalbedarfsbemessung zusammengeführt. Als Ergebnis dieses Projekts ist ein Handbuch für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Bayern entstanden. Es enthält die Beschreibung der grundlegenden Konzeption der Personalbemessung und eine detaillierte Darstellung der Kern- und Teilprozesse der fallbezogenen Leistungen für die sozialen Dienste in den Jugendämtern. Ergänzt wird das Handbuch durch eine CD, die tabellarische und graphische Übersichten sowie ein Rechentool enthält. Bestellanschrift: Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-24 41, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de

Unternehmensleitfaden für Familienfreundlichkeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, entwickelte das rheinland-pfälzische Arbeitsministerium einen Praxisleitfaden für kleine und mittelständische Unternehmen. Dieser enthält Informationen zur Arbeitszeitgestaltung, zu Hilfen beim Wiedereinstieg und zu Angeboten vor und während der Elternzeit. Anhand von Checklisten können die Betriebe ihre Familienfreundlichkeit selbst überprüfen und weiterentwickeln. Darüber hinaus enthält die Handreichung Kontaktdata von Ansprechpersonen für die persönliche Beratung. Zu beobachten sei, dass trotz des Rollenwandels entsprechende Maßnahmen noch immer primär für Frauen konzipiert seien, während Männer mit dem Wunsch nach einer aktiveren Partizipation an der Erziehung häufig auf Unverständnis trafen. Der Leitfaden und ein Videoclip mit Positivbeispielen aus der Arbeitswelt stehen unter www.viva-familia.de/121.html im Internet. Quelle: Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 12.8.2010

► Ausbildung und Beruf

Neuer Masterstudiengang „Alternde Gesellschaften“. Die TU Dortmund bietet ab dem diesjährigen Wintersemester den neuen Masterstudiengang „Alternde Gesellschaften“. Dieser wendet sich an Studierende unterschiedlicher, vornehmlich sozialwissenschaftlicher Disziplinen, die befähigt werden sollen, Herausforderungen im Hinblick auf den demographischen Wandel zu erkennen, um

diesen in Forschung und Praxis fachkompetent begegnen zu können. Das engmaschig mit der Ruhr-Universität Bochum abgestimmte Angebot versteht sich als Fortführung einer über zehnjährigen hochschulinternen Tradition der Ausbildung in sozialer Gerontologie. Quelle: Mitteilung der TU Dortmund vom 20.7.2010

Sozialversicherung im dualen Studium. Die sozialversicherungsrechtliche Einordnung dualer Studiengänge wurde im Juli dieses Jahres in einem Rundschreiben der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung verbindlich geregelt, wobei für ausbildungsintegrierte, berufsintegrierte, berufsbegleitende und praxisintegrierte Studienformen sowie Praktika im Rahmen der klassischen Hochschulausbildung jeweils unterschiedliche Bestimmungen gelten, die im Internet unter www.aok-business.de über den Link „Service/Rundschreiben 2010“ einsehbar sind. Quelle: praxis aktuell 3.2010

Standards in der Sozialen Arbeit. Von Flemming Hansen. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin 2010, 180 S., EUR 19,70 *DZI-D-9038*

Vor dem Hintergrund der seit den 1990er-Jahren beobachtbaren Ökonomisierung der Sozialen Arbeit steht diese immer mehr unter dem Druck, die Wirksamkeit ihrer Interventionen zu belegen. Die dafür formulierten Qualitätsstandards dienen dem Zweck, die Effektivität einzelner sozialer Dienstleistungen zu messen und auf diese Weise eine größtmögliche Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen. Doch wie viel Standardisierung verträgt die Soziale Arbeit? Wie ist es möglich, fallbezogenen Besonderheiten weiterhin gerecht zu werden? Um diesen und weiteren Fragen nachzugehen, entwirft der Autor nach einer Definition des Begriffs Standard und der entsprechenden Steuerungsfunktionen eine Systematisierung einzelner in der Praxis angewandter Standards, ergänzt durch eine Beschreibung der im Jahr 1992 in Großbritannien entwickelten „Codes of Practice“. Darüber hinaus werden Spannungsfelder aufgezeigt, wie sie durch Widersprüchlichkeiten zwischen Fall, Norm und Theorie und dem Spagat zwischen Kontrolle und Selbstregulierung entstehen können. In Anbetracht dieser Ambivalenzen bedürfe es eines alternativen Steuerungsparadigmas mit Raum für situationsgebundene Aushandlungsprozesse und die theoretische Reflexion der Praxis. Bestellanschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

Hessen wirbt für Erzieherberuf. Nach einer Mitteilung des Hessischen Familienministeriums beginnt in diesem Herbst eine Kampagne für den Erzieherberuf. In Anbetracht des auf Februar angesetzten Anmeldetermins für die Fachschulen für Sozialpädagogik müsse frühzeitig damit begonnen werden, Jugendliche in Hessen mittels Plakaten und Infoständen in Schulen über das Berufsbild und die Möglichkeiten einer Bewerbung zu informieren, denn der Fachkräftebedarf werde sich wegen der ab dem Jahr 2013 vorgesehenen Betreuungsgarantie für Kinder unter drei Jahren signifikant erhöhen. Die Rekrutierungsinitiative diene unter anderem dem Zweck, die Werbung für das Arbeitsfeld der Tagespflege zu intensivieren und die Potenziale der Teilzeitarbeit effektiver zu nutzen. Da-

über hinaus werde man die Kindergärten durch ein Konzept zur besseren Schulvorbereitung qualitativ weiterentwickeln. Aufgrund der im „Bildungsbericht 2010“ konsolidierten niedrigeren Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund sei geplant, gezielt Schulabsolventinnen und Schulabsolventen aus Migrationskontexten anzusprechen, um die Kommunikation mit den betreffenden Familien zielgruppenorientiert gestalten zu können.
Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 4.8.2010

BGW Forum 2011. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) in ihrer Funktion als gesetzliche Unfallversicherung für die nicht staatlichen Einrichtungen in der Behindertenhilfe ruft dazu auf, Fachbeiträge für das vom 5. bis 7. September nächsten Jahres in Hamburg stattfindende BGW Forum 2011 bis zum 22. Oktober 2010 anzumelden. Auf dem Programm stehen folgende Themen: Strategien für das Management und für die Bewältigung psychischer Belastungen, Arbeitsschutz, Arbeiten im Alter, Kommunikation und soziale Beziehungen, Organisation und, als besonderer Schwerpunkt, die sichere Mobilität von Menschen, die einen Rollstuhl nutzen. Für diese Bereiche erwartet die BGW innovative Ansätze und Modellprojekte, die sich direkt in die Praxis umsetzen lassen. Fragen beantwortet Corinna Bleckmann, Tel.: 040/202 07-32 12, E-Mail: bgwforum@bgw-online.de
Quelle: Nachricht der BGW vom 12.7.2010

Fachverbände plädieren für Zusammenführung von Ausbildungsgängen im Pflegesektor. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier formulieren das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. und andere Fachverbände Vorschläge für die Zukunft der Pflegeberufe. Diese umfassen eine Generalisierung der bisher getrennten Ausbildungsgänge für die Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege, eine Durchlässigkeit zum allgemeinen Bildungssystem und die Schaffung entsprechender Bildungskonzepte und Studiengänge. Hierbei sei es wichtig, die bisherige Kombination aus Theorie und Praxis beizubehalten und den europäischen Qualifikationsrahmen auf nationaler Ebene umzusetzen. Das Eckpunktepapier befindet sich auf der Webseite www.devap.de.
Quelle: Devap impuls 2.2010

Tagungskalender

4.-5.11.2010 Berlin. Fachtagung: Jugendliche und junge Volljährige – eine Randgruppe in der Kinder- und Jugendhilfe? Information: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-461, E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

6.11.2010 Berlin. Tagung: Mit Autismus in die Arbeitswelt. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, E-Mail: info@autismus.de

6.-7.11.2010 Köln. Praxistage der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT). Information: Bundesgeschäftsstelle der DGVT, Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 070 71/99 34-0, E-Mail: dgvt@dgvt.de

10.-11.11.2010 Berlin. 16. DVLAB Bundeskongress. Pflegeheime zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Information: Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Pflegeheimen (DVLAB) e.V., Alt-Tempelhof 32, 12103 Berlin, Tel.: 030/38 30 38-30, E-Mail: info@dvlab.de

11.11.-13.11.2010 Frankfurt am Main. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) e.V.: Sozialpsychiatrie: Menschenrechte verwirklichen – Gesellschaft gestalten! Information: DGSP-Bundesgeschäftsstelle, Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de

18.11.2010 Berlin. Fachtagung: Arbeit als Resozialisierungsfaktor. Information: Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V., Bundesallee 42, 10715 Berlin, Tel.: 030/864 713 50, E-Mail: schuller@sbh-berlin.de

19.-21.11.2010 Berlin. 44. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik „HEILPÄDAGOGISCH HANDELN – Mutig gegen Ausgrenzung!“ Information: Bundesgeschäftsstelle des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/406 050 60, E-Mail: info@bhponline.de

22.-23.11.2010 Frankfurt am Main. Bundeskongress: Psychosoziale Interventionen in der Suchthilfe – Perspektiven der Sozialen Arbeit in Zeiten knapper Ressourcen. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe e.V., c/o Wolfgang Rometsch, LWL-Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 27, 48133 Münster, Tel.: 02 51/591 47 10, E-Mail: info@dg-sas.de

24.-26.11.2010 Hamburg. ASD-Bundeskongress 2010: Anspruch und Alltag verbinden – der Super-ASD. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

Bibliographie

Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

Aichele, Valentin: Behinderung und Menschenrechte: Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 23, S. 13-19

DZI-3059

Stichs, Anja: Muslimische Verbände in Deutschland aus der Sicht der muslimischen Bevölkerung. - In: ZAR-Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 30, 2010, Nr. 4, S. 127-133.

DZI-2682

Wieler, Joachim: Zum 100sten Geburtstag von Irena Sendler, der Mutter der Holocaustkinder (1910-2008). - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 42-43.

DZI-0264z

2.01 Staat/Gesellschaft

Akhtar, Aasim Sajjad: (Post)koloniale Politik in den Stammesgebieten Pakistans. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 21/22, S. 10-15. *DZI-3059*

Binggeli, Ursula: Gottes Lohn allein reicht nicht mehr aus: Kirchliche Sozialarbeit und freiwilliges Engagement. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 8-10. *DZI-2220z*

Dernbach, Andrea: Kosmetikkurse, Kaffee und Männer, die weinen: Das Deutsch-Arabische Zentrum in Berlin betreut jugendliche Straftäter und ihre Familien. - In: Diakonie Magazin ; 2010, Sonderheft 1, S. 18-19. *DZI-0039z*

Gamm, Susanne: Ein Vorteil für den Arbeitnehmer? Teilzeit- und Befristungsgesetz. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 359-361. *DZI-0528z*

Ghaus, Khalida: Impressionen aus dem Alltag in Pakistan: Zwei Gespräche. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 21/22, S. 24-27. *DZI-3059*

Hummer, Cristina: „Mit ihren Augen sehen und mit ihren Ohren hören“: Aufgaben und Grundsätze der ehrenamtlichen Begleitung in ambulanten Kinder-Hospizdiensten. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 20-22. *DZI-2193z*

Hundt, Dieter: Wozu braucht die Wirtschaft das Soziale? - In: Bayerische Sozialnachrichten ; 2010, Nr. 3, S. 18-19. *DZI-0155z*

Münch, Sybille: Zirkuläre Migration zwischen neuem Policy-Paradigma und „Autonomie der Migration“. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010,

Nr. 2, S. 118-124. *DZI-2675z*

Wieler, Joachim: Global denken, lokal handeln - aber bitte auch umgekehrt. - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 14-17.

DZI-0264z

Wiese, Inken: Das Engagement der arabischen Staaten in Afghanistan. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 21/22, S. 35-40. *DZI-3059*

Wittkowski, Joachim: Stress am Sterbett? Psychische Belastungen von ehrenamtlichen HospizhelferInnen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 344-346. *DZI-0528z*

2.02 Sozialpolitik

Bauer, Adolf: Herausforderungen der Gesundheitspolitik: Die Bedeutung von Sozialer Arbeit im Gesundheitswesen aus Sicht eines Sozialverbandes. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 23-25. *DZI-2193z*

Bösl, Elsbeth: Die Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik aus Sicht der Disability History. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 23, S. 6-12. *DZI-3059*

Kraus, Sibylle: Ergebnisse einer Expertise zur rechtlichen Verankerung Sozialer Arbeit. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 32-34.

DZI-2193z

Kreile, Renate: Fragil und umkämpft - Frauenrechte im neuen Afghanistan. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 21/22, S. 41-46. *DZI-3059*

Marckmann, Georg: Kann Rationierung im Gesundheitswesen ethisch vertretbar sein? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 398-405. *DZI-2944*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Albers, Peter: „Auf in den Süden!“ Auslandsaufenthalte während des Studiums. - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 26-28. *DZI-0264z*

Beucke-Galm, Mechthild: Coaching als Entwicklungsprozess. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 2, S. 181-194.

DZI-3036

Hübner, Gerrit: Deutsche MigrantInnen in der Türkei: Eine empirische Untersuchung der Migrationsmotive und Lebenssituationen deutscher Einwanderer in der Provinz Mula. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 135-141. *DZI-2675z*

Pauli, Andrea: Sozialräumliche und gesundheitsbezogene Implikationen des Klimawandels im Kontext von Klimaschutz und Klimaanpassung. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 313-329.

DZI-2944

Pfahl, Lisa: Draußen vor der Tür: Die Arbeitsmarktsituation von Menschen

mit Behinderung. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 23, S. 32-38.

DZI-3059

Samartzis, Georgios: Neutralitätspflichten der Bundesagentur für Arbeit und der zugelassenen kommunalen Träger bei Arbeitskämpfen. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 62, 2010, Nr. 6, S. 130-134. *DZI-0167*

Vahl, Barbara-Maria: „Zeit für die Patienten!“ - In: Diakonie Magazin ; 2010, Sonderheft 1, S. 28-31. *DZI-0039z*

Vetter, Joachim: Vermögenswerte langfristig erhalten: Facility Managementstrategien. - In: Altenheim ; Jg. 49, 2010, Nr. 2, S. 50-53. *DZI-1449*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Alické, Tina: AWO-ISS-Studie – junge HauptschulabsolventInnen mit Migrationshintergrund am Übergang in Ausbildung. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 142-146.

DZI-2675z

Cieslar, Ursula: Palliative Care geht alle an: Palliativversorgung implementieren. - In: Altenheim ; Jg. 49, 2010, Nr. 2, S. 32-33. *DZI-1449*

Ertl, Viktoria: Die SRH Hochschule Heidelberg: Staatlich anerkannte Fachhochschule. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 33-35. *DZI-2597*

Geck, Thorsten: Doppelspitzen in der öffentlichen Verwaltung: Unterstützung durch Coaching. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 2, S. 195-206.

DZI-3036

Gretsch, Sophie: Soziale Arbeit im Zeitalter des DRG-Systems: Auswirkungen auf den Sozialdienst der somatischen Kliniken in Akutkrankenhäusern. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 27-30. *DZI-2193z*

Hüppe, Hubert: „Es besteht dringender Handlungsbedarf auf allen Ebenen“. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 38-40. *DZI-3047*

Mavroudis, Alexander: Der Ganztag in Nordrhein-Westfalen – aktueller Stand. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 35-37. *DZI-3055*

Maykus, Stephan: „Integration vor Ort“ – Implementierung sozialer Programme in Kommunen: Exemplarische Ergebnisse einer Evaluation kommunaler Prozesse der Programmimplementierung – Konsequenzen für Soziale Arbeit als intermediäre Instanz - Teil 2. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 90, 2010, Nr. 5, S. 224-229.

DZI-0044

Messer, Melanie: Besondere Anforderungen an Pflegende in Palliativstationen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 372-373. *DZI-0528z*

Okoniewski, Albert: Die Krise professionell gemeistert: Pflegezentrum am Schlosspark, Gelsenkirchen. - In: Altenheim ; Jg. 49, 2010, Nr. 2, S. 46-49.
DZI-1449

Schmitz, Ulrich: Familienbildung und Familienzentren: Kooperationen, Partnerschaften und Know-how. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 18-20.
DZI-3055

Werner, Sylke: Humanes Sterben bedeutet Begleitung: Multiprofessionelle und interdisziplinäre Palliativversorgung im Pflegeheim. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 341-343.
DZI-0528z

Wider, Diana: Ein Gesetz ist nur so gut wie seine AnwenderInnen: Behördenorganisation im neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht – was die Kantone wie umsetzen können. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 19-22.
DZI-2220z

4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

Jurgschat-Geer, Heike: Entlastung statt Belastung. - In: Altenpflege ; Jg. 35, 2010, Nr. 5, S. 33-35.*DZI-2594*

Klingelhöfer-Noe, Jürgen: Weniger Leistungsverlust – mehr Zeit für die Kunden: Der Nutzen mobiler Datenerfassungstechnik in der ambulanten Pflege. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 44-46.*DZI-3060*

Kolbeck, Cornelia: Integrierte Versorgung: Die zweite Generation. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 412-414.
DZI-2944

Molicki, Manfred: Sichere Wege in den Zeitinfarkt: Über Risiken und Nebenwirkungen des Zeitmangels in sozialen Berufen. - In: Thema Jugend ; 2010, Nr. 2, S. 2-4.*DZI-2975*

Schiprowski, Katrin: Eine Befragung unter Pflegenden zur Arbeitsmigration: Die Situation von Pflegekräften im WM-Land Südafrika. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 332-335.
DZI-0528z

Vangermain, Dirk: Die (Reform)Diskussion des Psychotherapeutengesetzes nach seinem ersten „runden Geburtstag“: Ist das deutsche Psychotherapeutengesetz konkurrenzfähig und zukunftssicher? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 444-455.*DZI-2944*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Kendlbacher, Elisabeth: Komplexität der Wahrnehmung: Pilotprojekt zur Evaluation des Schmerzmanagements bei Kindern und Jugendlichen in einem österreichischen Universitätsklinikum. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 350-353.*DZI-0528z*

Kruckenberg, Peter: Perspektiven der Krankenhausbehandlung: Was macht das zukünftige Entgeltsystem aus den Kliniken für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 427-431.*DZI-2944*

Meybohm, Ute: „Es ist wichtig, dass die Kinder Kinder bleiben können“: Jugendliche können sich selbst oft nicht vor Überforderung schützen. - In: Diakonie Magazin ; 2010, Sonderheft 1, S. 16-17.*DZI-0039z*

5.03 Psychologie

Engelke, Ernst: Anerkennung und Selbstbewusstsein der Sozialen Arbeit – wovon hängen sie ab? - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 37-38.
DZI-0264z

Frohn, Elke: Tisch-Inszenierungen aus dem Ressourcenkoffer: Szenisches Arbeiten mit Objekten in Therapie, Beratung und Supervision/Coaching. - In: Familiedynamik ; Jg. 35, 2010, Nr. 3, S. 220-229.*DZI-2585*

Haarhaus, Friedrich: Die Würde des Menschen – im Leben und im Sterben: Überlegungen zur Begleitung Sterbender aus theologischer Sicht. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 336-337.*DZI-0528z*

Hecht, Martin: So tun, als ob – über die Macht der Heuchelei. - In: Psychologie heute ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 28-33.
DZI-2573

Klein, Ulf: Das Spiel mit der Komplexität: Zu den systemischen Grundlagen szenischer Arbeitsformen. - In: Familiedynamik ; Jg. 35, 2010, Nr. 3, S. 196-209.*DZI-2585*

Schaeffer, Doris: Bewältigung chronischer Erkrankungen: zur Theoriediskussion. - In: Public Health Forum ; Jg. 18, 2010, Nr. 66, S. 6-8.*DZI-3000*

5.04 Erziehungswissenschaft

Brockmann, Melanie: Plädoyer für einen dreidimensionalen Spracherwerb und eine kindgerechte Bildung im frühkindlichen Alter. - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 23-25.*DZI-0264z*

Gebert, Bärbel: Innovation in der Familienbildung: Eine Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 11-14.
DZI-3055

Giehl, Larissa: Familie – Land – Idylle – alles bestens: Dezentrale und alltagsnahe Angebote können traditionelle Familienbildung ergänzen. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 14-18.
DZI-2597

Krczizek, Regina: Teamkompetenz im Studium Sozialer Arbeit. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 6, S. 221-228.
DZI-0470

Molicki, Manfred: Schule in der Be-

schleunigungsfall: Plädoyer für eine neue ZEIT-Kultur als Voraussetzung für echte Bildung. - In: Thema Jugend ; 2010, Nr. 2, S. 15-16.*DZI-2975*

Müller-Arnold, Lisa: Aufstieg durch Bildung – wirksame Armutsprävention vor Ort: Chancen des Mentorenprojekts Lernpatenschaften. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 22-23.*DZI-3055*

Schröer, Wolfgang: Transmigration und Soziale Arbeit – ein öffnender Blick auf die Alltagswelten im Kontext von Migration. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 91-97.*DZI-2675z*

Schruth, Peter: Rechtliche Grenzen strafender Pädagogik im staatlichen Auftrag. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 5, S. 181-188.*DZI-3026z*

Stöppeler, Thomas: Ja zur Vielfalt (sonder)pädagogischer Angebote. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 23, S. 19-24.*DZI-3059*

Strobel, Bettina: Das präventive Lern- und Spielprogramm Opstapje: Ein Erfahrungsbericht. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 19-23.
DZI-2597

Walkenhorst, Philipp: Zeit und pädagogisches Handeln. - In: Thema Jugend ; 2010, Nr. 2, S. 4-7.*DZI-2975*

Wasner, Maria: Palliative Care als Lehrfach für Soziale Arbeit. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 13-14.*DZI-2193z*

5.05 Soziologie

Frühauf, Theo: Von der Integration zur Inklusion: Ein Überblick. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 13-17.

DZI-3047

Rodenberg, Birte: Verletzlichkeit, Anpassung und Widerstandsfähigkeit: Zu den geschlechtspezifischen Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 2, S. 299-311.*DZI-2944*

Tekin, Ugur: Die Geschichte der „Gastarbeiter“ neu schreiben. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 98-102.*DZI-2675z*

Wacker, Elisabeth: Inklusion: Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen für alle, (noch) Neuland der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 7-12.*DZI-3047*

Wocken, Hans: Über Widersacher der Inklusion und ihre Gegenreden. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 23, S. 25-31.*DZI-3059*

5.06 Recht

Bierther, Isabel: Die Erholung darf nicht gefährdet sein: Arbeitsrecht – Erwerbstätigkeit des Arbeitnehmers im Urlaub. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 42-43.*DZI-3060*

Cirullies, Michael: FamFG und Vollstreckung. - In: Zeitschrift für Kindrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 5, S. 174-180. *DZI-30262*

Geiger, Udo: Keine Beschwerde bei Ablehnung von Prozesskostenhilfe (PKH) wegen fehlender Erfolgsaussicht? - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 2, S. 69-73. *DZI-2907*

Germann, Anna: Zwischen Integrationszwang und Eigeninitiative: Theorie und Praxis von Integrationskonzeption. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 11-13. *DZI-2220z*

Haussmanns, Sibylle: Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen als Grundlage und Messlatte von Bildungs- und Behindertenpolitik. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 34-37. *DZI-3047*

Hoffmann, Anja: Der gemeinsame Haushalt entscheidet: Urteil – Ausschluss des Anspruchs auf Häusliche Krankenpflege. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 40-41. *DZI-3060*

Klerks, Uwe: Die neue „Härtefallregelung“ des Bundesverfassungsgerichts zum SGB II: Inhalt und Konsequenzen. - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 2, S. 56-63. *DZI-2907*

Spindler, Helga: Sechs Jahre Ringen um das Existenzminimum – und keine Ende: Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010. - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 2, S. 51-55. *DZI-2907*

Zeitler, Stefan: Der verspätete Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltsverlaubnis. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 30, 2010, Nr. 4, S. 133-137. *DZI-2682*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Pundt, Marianne: Sozialarbeit mal anders – aus türkischer Perspektive. - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 28-30. *DZI-0264z*

Wasner, Maria: „Ist das nicht meine Aufgabe?“ Zur Rolle der Sozialen Arbeit im multiprofessionellen Palliative Care Team. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2010, Nr. 2, S. 6-8. *DZI-2193z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Graf, Eva-Maria: Qualitativ-diskurs-analytische Erforschung von Coaching-Gesprächen. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 2, S. 133-149. *DZI-3036*

Gregorius, Thomas: Segen der Selbstbestimmung – oder Fluch der Individualisierung? Instrumente der Vorsorge

in Deutschland. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 36-37. *DZI-2220z*

Hassen, Susanne: „Die ganze Welt will Geld von dir“: Mit Handy und Partymachen können Jugendliche schnell in die Schuldenspirale geraten – die Schuldenberatung zeigt Auswege. - In: Diakonie Magazin ; 2010, Sonderheft 1, S. 20-21. *DZI-0039z*

Ostheimer, Jochen: „Gemeinwesenarbeit“ in Zeiten spätromischer Dekadenz. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 36-49. *DZI-2597*

Schmidbauer, Wolfgang: Die Kultur des Wegschauens. - In: Psychologie heute ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 40-43. *DZI-2573*

Schreyögg, Astrid: Ist Coaching reine Prozessberatung oder sind hier auch andere Beratungsmodelle relevant? - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 2, S. 119-132. *DZI-3036*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Clarke, Karen: Children's Centres and parental engagement: Lessons from the English experience. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 108-112. *DZI-0518*

Cölln, Ira von: „Bei der Planung und Umsetzung das Quartier mit einbeziehen“: Kooperationspartner Wohnungswirtschaft – Chancen für Pflegedienste. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 18-19. *DZI-3060*

Hargens, Jürgen: Wertschätzung zeigen und die Fähigkeiten betonen: Lösungs- und Kompetenzorientierung in der Jugendarbeit. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 44-46. *DZI-2220z*

Jüttner, Ann-Kathrin: Investitionen in Kinder: Familienzentren und Children's Centres im Vergleich. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 103-107. *DZI-0518*

Kostrzewska, Stephan: Palliative Care Mapping einführen: Palliative Care Konzept in der stationären Altenhilfe. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 362-363. *DZI-0528z*

Leuthold, Anna: Kinderschutzbund Köln – Kalker Netzwerk für Familien: Ein Beispiel aus der Praxis. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 122-124. *DZI-0518*

Liebscher-Schebiella, Patricia: Auf dem Weg zu neuen Wegen: Das Modellprojekt Erziehungspartnerschaft in Sachsen. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 24-29. *DZI-2597*

Stöbe-Blossey, Sybille: Familienzentren in Nordrhein-Westfalen: Neue Wege in der Erbringung und Steuerung sozialer Dienstleistungen. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 113-118. *DZI-0518*

Tummes, Carsten: Häusliche Pflege Trendbarometer. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 16-17. *DZI-3060*

6.03 Rechtsmaßnahmen / Verwaltungsmaßnahmen

Häfeli, Christoph: Professionalität, Selbstbestimmung und massgeschneiderte Massnahmen: Vom Vormundschaftsrecht zum modernen Kindes- und Erwachsenenschutz – die wichtigsten Neuerungen. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 14-18. *DZI-2220z*

6.04 Jugendhilfe

Blandow, Jürgen: Neues Manifest zur Pflegekinderhilfe. - In: PFAD ; Jg. 24, 2010, Nr. 2, S. 45-50. *DZI-2632z*

Gilles, Christoph: Vorrang der Jugendhilfe: Effektive Präventionspolitik in NRW – Abschlussbericht der Enquete-Kommission III. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 27-28. *DZI-3055*

Heintz, Doris: Es ist normal, verschieden zu sein! Die integrative Kindertagesstätte Pusteblume in Speyer am Rhein. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 42-43. *DZI-3047*

Hofer, Urs: Die Synergien zwischen Recht und Sozialer Arbeit: Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 42, 2010, Nr. 4, S. 23-25. *DZI-2220z*

6.05 Gesundheitshilfe

Keupp, Heiner: Befähigungsgerechtigkeit als Ziel der Gesundheitsförderung Heranwachsender: Die Basisphilosophie des 13. Kinder- und Jugendberichts. - In: Familiendynamik ; Jg. 35, 2010, Nr. 3, S. 240-248. *DZI-2585*

Mutz, Michael: Strategien zur Einbindung von Migrantinnen in den vereinsorganisierten Sport: Erkenntnisse aus der Evaluation des DOSB-Programms „Integration durch Sport“. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 146-152. *DZI-2675z*

Schleider, Karin: Berufschancen im Bereich Gesundheitsförderung: Eine empirische Bestandsaufnahme. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 6, S. 229-234. *DZI-0470*

7.01 Kinder

Albers, Timm: Inklusion in der frühen Kindertagesbetreuung: Anforderungen an eine inklusive Frühpädagogik. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 24-28. *DZI-3047*

Breithecker, Dieter: Vom Zutrauen und Vertrauen: Das wichtige Spiel der Kinder mit ihren Grenzen. - In: Unsere Kinder ; Jg. 65, 2010, Nr. 3, S. 5-8. *DZI-2181*

Elsner, Klaus: Evaluation der Behandlung sexuell übergriffiger strafunmündiger Jungen. - In: Kindesmisshandlung

und -vernachlässigung ; Jg. 13, 2010, Nr. 1, S. 20-43. *DZI-3051*

Kunze, Friedericke: Leibliche Kinder in Pflegefamilien. - In: PFAD ; Jg. 24, 2010, Nr. 2, S. 43-45. *DZI-2632z*

Schmidt, Paul B.: Über die Schattenseiten des Charisma: Wie können Kinder und Jugendliche besser vor Grenzverletzungen und Missbrauch durch übergriffige Pädagogen geschützt werden? - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 2, S. 207-215. *DZI-3036*

Smith, Teresa: Evaluating Children's Centres in England: Integrated services for young children. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 118-122. *DZI-0518*

7.02 Jugendliche

Binner, Sandra: Kinder- und Jugendförderplan 2010 bis 2014 der Landeshauptstadt Düsseldorf. - In: Jugendhilfreport ; 2010, Nr. 2, S. 43-45.

DZI-3055

Lehmann, Eva: Chancen und Grenzen in der Begleitung von jugendlichen Müttern, ihren Partnern und Babys: Eine Kasuistik. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 5, S. 359-371. *DZI-0521*

7.03 Frauen

John, Katja: Brustkrebskranke Mütter und ihre Kinder. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 5, S. 333-358. *DZI-0521*

Schultz-Zehden, Beate: Das Mammographie-Screening schafft neue Qualitätskultur im Gesundheitswesen Prävention. - In: Public Health Forum ; Jg. 18, 2010, Nr. 66, S. 10-12. *DZI-3000*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Beer, Franziska: Wenn Kinder ihre Eltern schlagen: Elternmisshandlung. - In: Kindesmisshandlung und -vernachlässigung ; Jg. 13, 2010, Nr. 1, S. 44-61.

DZI-3051

Dernbach, Andrea: Gut, dass Mama noch so jung ist! - In: Diakonie Magazin ; 2010, Sonderheft 1, S. 22-25.

DZI-0039z

Frank, Rainer: Keine Zweitadoption des von einem Lebenspartner angenommenen Kindes durch den anderen Lebenspartner: Anmerkung zum Beschluss des OLG Hamm vom 1. Dezember 2009. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 5, S. 197-198. *DZI-3026z*

Keitel, Petra: Angehörige durch Pflegekurse stärken: Mehr Kundenbindung durch individuelle Einzelschulungen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 368-370. *DZI-0528z*

Kiese-Himmel, Christiane: Der Eltern-

fragebogen ELAN zur Wortschatzentwicklung im frühen Kindesalter im Urteil der Eltern. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 59, 2010, Nr. 5, S. 372-388. *DZI-0521*

Münder, Johannes: Anrechnung von „Erziehungshonoraren“ beim Alg II: die Kosten für die Erziehung nach § 39 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII als Einkommen nach § 11 SGB II? - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2010, Nr. 5, S. 195-197. *DZI-3026z*

Schacht, Waltraud: Gemeinsame Vermittlung von Geschwistern in Pflegefamilien im Licht weiterer Aspekte. - In: PFAD ; Jg. 24, 2010, Nr. 2, S. 41-43. *DZI-2632z*

Trottenberg, Heike: KitaStart®: Eine neue Chance für gelungene Erziehungspartnerschaft. - In: Jugendhilfe-Report ; 2010, Nr. 2, S. 15-18.

DZI-3055

Zehnder Grob, Sabine: Familie, Rituallisierungen und Wohlbefinden von Eltern und Kindern. - In: Familiendynamik ; Jg. 35, 2010, Nr. 3, S. 250-259.

DZI-2585

7.05 Migranten

Baak, Cem: Türkisches Deutschlandgefühl: Ein Gespräch mit dem Psychoanalytiker Cem Baak. - In: Sozialmagazin ; Jg. 37, 2010, Nr. 5, S. 30-32.

DZI-2597

Becker, Charlotte: Das SOLWODI-Rückkehrprojekt zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Frauen. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 131-134.

DZI-2675z

Lenk-Neumann, Britta: „Mit Migranten für Migranten“: Ein Modellprojekt zur interkulturellen Gesundheitsförderung und Prävention. - In: Bayerische Sozialnachrichten ; 2010, Nr. 3, S. 20-21. *DZI-0155z*

Okeke, Christina: Einwanderungsellschaft und sexualisierte Gewalt – „Das ist bei denen so“. - In: Kindesmisshandlung und -vernachlässigung ; Jg. 13, 2010, Nr. 1, S. 70-81. *DZI-3051*

Treber, Monika: Die Ressource Bildung in der Sozialen Arbeit mit jungen Flüchtlingen. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 6, S. 214-220. *DZI-0470*

7.06 Arbeitslose

Zehetbauer, Susanne: Eine Frage der Würde: Wie kann der Sozialstaat Armut wirksam bekämpfen? - In: KDFB Engagiert ; 2010, Nr. 5, S. 16-19. *DZI-0503z*

7.07 Straffällige / Strafentlassene

Lindner, Christoph: Anspruch auf umfassenden Schutz vor Menschenhandel nach Art. 4 EMRK. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpoli-

tik ; Jg. 30, 2010, Nr. 4, S. 137-142.

DZI-2682

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Berendonk, Charlotte: Vom Bauchgefühl zum Pflegekonzept: emotionales Wohlbefinden von Menschen mit Demenz gezielt fördern. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 63, 2010, Nr. 6, S. 355-358. *DZI-0528z*

Jerg, Jo: Inklusion von Anfang an: Entgrenzungen als Herausforderung für eine inklusive Gestaltung von Kindertagesstätten. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 2, S. 29-33. *DZI-3047*

Kaminski, Ralf: Der Schlüssel zur richtigen Pflegestufe: Regelmäßiges Pflegestufenzontrolling führt zur Erlössteigerung im Pflegedienst. - In: Häusliche Pflege ; Jg. 19, 2010, Nr. 6, S. 47-48.

DZI-3060

Keck, Andreas: Tagesstätten als Wegweiser der Integration psychisch kranker Menschen: Ein Plädoyer. - In: Forum Sozial ; 2010, Nr. 2, S. 44-46.

DZI-0264z

Saak, Armin: Das Gifhorner Netz – ganzheitlich und effektiv: Spezialisierte ambulante Palliativversorgung. - In: Altenheim ; Jg. 49, 2010, Nr. 2, S. 34-37. *DZI-1449*

Scheidt-Nave, Christa: Chronische Erkrankungen: Epidemiologische Entwicklung und die Bedeutung für die öffentliche Gesundheit. - In: Public Health Forum ; Jg. 18, 2010, Nr. 66, S. 2-4. *DZI-3000*

Watters, Ethan: Die Amerikanisierung von psychischen Erkrankungen. - In: Familiendynamik ; Jg. 35, 2010, Nr. 3, S. 230-238. *DZI-2585*

7.12 Besondere Arbeitnehmergruppen

Glorius, Birgit: Die neuen Sachsgänger: Pendelmigration polnischer Erntehelfer nach Deutschland. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 32, 2010, Nr. 2, S. 110-117. *DZI-2675z*

7.13 Alte Menschen

Hodek, Jan-Marc: Zusammenhang von gesundheitsbezogener Lebensqualität und Multimorbidität bei älteren Personen. - In: Public Health Forum ; Jg. 18, 2010, Nr. 66, S. 8-10. *DZI-3000*

DZI-2573

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.

Telefon 030/83 90 01-13

Fax 030/831 47 50

E-Mail bibliothek@dzi.de

Schulverweigerung – neue Ansätze und Ergebnisse aus Wissenschaft und Praxis. Hrsg. Josef Faltermeier. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin 2009, 196 S., EUR 18,20
DZI-D-9036

Wer bisher angenommen hat, es sei in den Schulen klar, wie viele Jungen und Mädchen der Schule fern bleiben, wird mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, wie schwierig es sich darstellt, das Ausmaß und die Erscheinungsformen von Schulabsentismus eindeutig zu erfassen. Bildungsverantwortliche müssen sich fragen lassen, wer hier was verweigert: die Schülerinnen und Schüler die Teilnahme oder die Schule den ihnen angemessenen Unterricht? Welche Herausforderungen entstehen, macht dieses Sammelwerk ebenso deutlich wie die menschlichen und sozialen Nachteile für die Betroffenen und die absehbaren Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Einige Beiträge bieten Erklärungsansätze im Hinblick auf die Mängel des allgemeinbildenden Schulwesens. Darüber hinaus wird mit den falschen Kausalitäten der öffentlicher Debatte über „die Migranten“ aufräumt, die häufig schon im Elternhaus mit Bildungshindernissen wie Gewalt und Gehorsamsforderun-

gen konfrontiert seien. Sinnvoll sei hier das Einbeziehen der Mütter in die Bildungsprozesse bereits in der Grundschule. Zum Gelingen der Bildungsplanung im Allgemeinen bedürfe es eines besseren Praxisbezugs zur Arbeitswelt, einer individuellen Förderung von Jungen und Mädchen, einer besseren pädagogischen Qualifizierung der Lehrkräfte und einer effektiveren Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Jugendhilfe. Man könnte versucht sein, bei dieser Liste der Postulate zynisch von einem Mantra der guten Absichten zu sprechen, wären da nicht die vielen praktischen Ansätze, die aus dem wissenschaftlich begleiteten ESF-Bundesmodellprogramm „Schulverweigerung – die zweite Chance“ dokumentiert werden, mit dem in den Jahren 2006 bis 2008 mehr als 3 000 Jugendliche erreicht wurden, die nachhaltig die Schule verweigerten. Diese Ansätze zeigen das Gelingen individueller Förderung im Rahmen des Case Managements. Ein Kurzportrait der beschriebenen Projekte macht es Interessierten möglich, sich für eigene Reformen kundig zu machen und vielleicht direkt Kontakte aufzunehmen, um mehr zu erfahren. Wenn pädagogischer und kommunalpolitischer Wille vorhanden sind, steht der Nachahmung der erfolgreichen Beispiele nichts mehr im Wege.

Monika Simmel-Joachim

Resilienz. Von Klaus Fröhlich-Gildhoff und Maike Rönnau-Böse. Ernst Reinhardt Verlag. München 2009, 98 S., EUR 9,90 *DZI-D-9009*

Als Antonym zur Vulnerabilität bezeichnet der in den 1950er-Jahren von Jack Block in die Psychologie einge-

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

führte Begriff der Resilienz die Fähigkeit, trotz widriger Bedingungen, Belastungen oder Traumata die seelische Gesundheit zu bewahren. Verstärkt seit den 1990er-Jahren ist die Bedeutung des Konzepts auch in der Pädagogik gestiegen. Das Buch vermittelt einen Einblick in aktuelle Definitionen der Resilienz und erläutert Prozesse der Wechselwirkung zwischen Risiken und Ressourcen wie zum Beispiel soziale Kompetenz oder konstruktive innerfamiliale Kommunikation. Darüber hinaus erfolgt eine Darstellung empirischer Ergebnisse, auf deren Grundlage schließlich einige Programme zur Resilienzförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche vorgestellt werden. Ein Glossar mit Erklärungen der Fachtermini erleichtert den Zugang. Zielpublikum sind Studierende sowie Fachkräfte der Elementarpädagogik und der Sozialen Arbeit.

Kindheit in Pflegefamilien. Schriftenreihe der Gilde Soziale Arbeit Band 1. Hrsg. Rita Braches-Chyrek und andere. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2010. 168 S., EUR 19,90 *DZI-D-9046*

Eine Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien wird vom Jugendamt dann vorgenommen, wenn die biologischen Eltern nicht in der Lage sind, einen schützenden familialen Rahmen zu bieten. Da die Situation von Pflegekindern bisher kaum erforscht wurde, betrachten die Autorinnen und Autoren dieses Bandes deren Problemlagen und Konfliktbereiche und arbeiten diese sowohl theoretisch und praxisnah auf. Die Beiträge befassen sich unter anderem mit Themen wie Biographiearbeit, Mutterschaft, Geschwisterbeziehungen, Kindheitsforschung, Chancengleichheit und der Qualifizierung von Pflegefamilien. Ziel der Veröffentlichung ist es, unter Berücksichtigung der kindlichen Perspektive die Problematiken im Spannungsfeld Pflegefamilie, Jugendhilfe und Kindeswohl zu benennen und zu diskutieren. Das Buch wendet sich an Pflegeeltern sowie Lehrende, Studierende und Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Jugendhilfe.

Praxis der Schemapädagogik. Schemaorientierte Psychotherapien und ihre Potenziale für die psychosoziale Arbeit. Von Marcus Damm. ibidem-Verlag. Stuttgart 2010, 238 S., EUR 24,90 *DZI-D-9108*

Die ausgehend von der Schematherapie nach Jeffrey E. Young vom Autor dieses Buches entwickelte Schemapädagogik vereint Erkenntnisse aus mehreren Disziplinen wie zum Beispiel Neurobiologie, Psychoanalyse, Bindungsforschung, Transaktionsanalyse und kognitiv-behaviorale Therapie. Zugrunde gelegt wird die Annahme, dass psychische und kommunikative Probleme auf hinderlichen Wahrnehmungsmustern beruhen, die es zu durchbrechen gelte. Der Autor beschreibt die wissenschaftliche Fundierung der Schemapädagogik und deren Potenziale für psychosoziale Arbeitsfelder wie Schulsozialarbeit, Paarberatung, Einzelfall- und Familienhilfe, Erziehungsberatung, Bewährungshilfe sowie Streetwork. Die Publikation bietet einen umfassenden Einblick für Betroffene und Fachkräfte sozialer Berufe.

Personalarbeit in Organisationen Sozialer Arbeit. Theorie und Praxis der Professionalisierung. Von Andrea Friedrich. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 146 S., EUR 14,95 *DZI-D-9051*

Die zunehmende Professionalisierung des Personalma-

gements stellt Organisationen der Sozialen Arbeit in ihrer Personalarbeit vor Herausforderungen, die in zweierlei Richtungen weisen. Zum einen ist die Praxis irritiert in Bezug auf die betriebswirtschaftliche Ausrichtung des Personalmanagements, zum anderen verursacht die Praxis wiederum eine Irritation der Fachdiskussion, ausgelöst durch die Vielfalt an Ausgestaltungen des Personalmanagements. Dieser Band bildet beide Perspektiven ab und beinhaltet Interviews mit Führungskräften aus der Sozialen Arbeit sowie Beiträge von psychologischen, sozialpädagogischen und ökonomischen Fachkräften. Dargestellt werden die Grundlagen der Personalarbeit und ausgewählte Gestaltungsfelder wie Personalplanung, -bindung, -auswahl, -führung und -entwicklung, ergänzt durch einen Einblick in Fragen der Organisationskultur und Hinweise zur Differenzierung von Mitarbeitenden.

Dasselbe in grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit. Hrsg. Kurt Möller. Juventa Verlag. Weinheim 2010, 270 S., EUR 23,- *DZI-D-9052*

An der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege der Hochschule Esslingen fand im Juni 2007 ein Symposium statt, um den fachlichen Austausch zwischen der Polizei und der Sozialen Arbeit zu unterstützen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie eine gedeihliche Koproduktion von Sicherheit, Ordnung, Gewaltfreiheit und Wohlergehen im Zusammenwirken von polizeilichen Behörden und sozialen Einrichtungen hergestellt werden kann. Die in diesem Band dokumentierten Beiträge untersuchen die Beziehung zwischen den beiden Berufsgruppen und beleuchten Themen wie zum Beispiel Fußballrandale, Rechtsextremismus, häusliche Gewalt, Drogen, Intensivtäterschaft, Prostitution und die Jugendberatung bei der Polizei. Unter Berücksichtigung aktueller Bezugspunkte der interprofessionellen Kooperation nähern sich die Aufsätze den genannten Problemfeldern jeweils aus sozialarbeitspraktischer, polizeipraktischer und wissenschaftlicher Perspektive.

Wie aus Kindern Risikoschüler werden. Fallstudien zu den Ursachen von Bildungsarmut. Hrsg. Wilfried Breyvogel. Brandes & Apsel. Frankfurt am Main 2010, 272 S., EUR 24,90 *DZI-D-9109*

Von Oktober 2003 bis März 2007 wurde im Ruhrgebiet das Forschungsprojekt „Krisenhafte Schülerbiografien. Praktische Schülerhilfe und pädagogische Praxisforschung“ durchgeführt, das als Praxisübung für Studierende des Diplomstudiums Erziehungswissenschaft und der unterschiedlichen Lehrämter konzipiert war. Mittels problemzentrierter und narrativer Interviews von Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen sollten Rückschlüsse auf die Ursachen der Entstehung von Bildungsarmut getroffen werden. Die Befragung erstreckte sich auf insgesamt zehn Jugendliche, von denen sechs einen libanesischen oder türkischen Migrationshintergrund aufwiesen. Neben diesen Fallstudien enthält das Buch theoretische Beiträge zur Migration im Rahmen der Globalisierung und zur Stadtteil- und Schulentwicklung. Empfohlen wird als Fazit die Abschaffung der Hauptschule, um sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Be-

nachteiligung. Von Patrick Sachweh. Campus Verlag. Frankfurt am Main 2010, 326 S., EUR 37,90 *DZI-D-9112*
Vor dem Hintergrund der sich seit den 1990er-Jahren verstärkenden Einkommensschieflage in Deutschland untersucht der Autor in seiner Dissertation die Fragen, wie soziale Ungleichheit subjektiv wahrgenommen wird, welche Deutungsmuster zu ihrer Erklärung und Legitimation herangezogen werden und wie sich verschiedene soziale Gruppen hinsichtlich dieser Sichtweisen unterscheiden. Die Datenbasis besteht aus zwanzig leitfadengestützten Interviews mit Menschen aus privilegierten und benachteiligten sozialstrukturellen Lagen, wobei die Mittelschicht aus theoretischen Gründen keine Berücksichtigung fand. Die Ergebnisse zeigen, dass Erklärungsansätze überwiegen, die auf Annahmen wie der Unvermeidbarkeit, der Herkunftsbedingtheit oder der Systembedingtheit der Unterschiede beruhen, wobei die Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit der Befragten auf die Wahl ihrer Deutungsmuster einen eher geringen Einfluss zu nehmen schien.

Jugendliche Gewalttäter. Eine empirische Studie zum Zusammenhang von Anerkennung, Missachtung und Gewalt. Von Peter Sitzer. Juventa Verlag. Weinheim 2009, 247 S., EUR 24,– *DZI-D-9053*

Laut einer im Jahr 2004 veröffentlichten Untersuchung von Birkel und Thome ist der Anteil der Jugendlichen an Fällen von Gewaltkriminalität in Deutschland seit den 1980er-Jahren stark angestiegen. Auch wenn dies möglicherweise auf ein verändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen ist, stellt sich die Frage nach den Ursachen für die allgemein zu beobachtende hohe Delinquenzneigung in der Adoleszenz. Am Beispiel männlicher jugendlicher Gewalttäter untersucht dieses Buch die dahingehende Bedeutung erfahrener Missachtungen von Anerkennungsbedürfnissen. Differenziert werden zum einen verschiedene Formen der Missachtung wie Misshandlung, Exklusion, Vernachlässigung und Entrechtung, zum anderen auch mögliche Kontexte wie Familie, Peers und Schule. Auf dieser Grundlage entwickelt der Autor eine empirisch fundierte Typologie der Gewalttätigkeit Jugendlicher, in der sowohl die berichteten Gewalthandlungen als auch die erfahrenen Missachtungen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse eignen sich als Ausgangspunkt für die Entwicklung präventiver und interventiver Maßnahmen gegen Jugendgewalt.

„Ich spreche für mich selbst“. Menschen mit Demenz melden sich zu Wort. Hrsg. Demenz Support Stuttgart. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2010, 162 S., EUR 16,90 *DZI-D-9117*

Durch die demografisch bedingt steigende Anzahl von Menschen mit demenziellen Symptomen wird es in Zukunft immer wichtiger werden, deren Interessen ein öffentliches Sprachrohr zu verleihen. Stellvertretend für die Gesamtheit der Erkrankten kommen hier Personen aus Deutschland, Schottland und den USA zu Wort, bei denen eine entsprechende Diagnose erst vor Kurzem gestellt wurde. In Ausschnitten von Interviews und Diskussionen äußern sie ihre persönlichen Eindrücke und ihre Wünsche an das medizinische System, an ihr soziales Umfeld sowie kommunale Organisationen und zuständige Behörden. Darüber hinaus beschreibt der Band eine Reihe von zielgruppenspezifischen Angeboten, bei denen neben kulturellen

und sportlichen Aktivitäten vor allem die Hilfe bei der Entwicklung von Bewältigungsstrategien im Mittelpunkt steht. Ein Anliegen des Buches ist es, das Mitspracherecht der Betroffenen hinsichtlich ihrer eigenen Belange zu stärken.

Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung. Von Rupert Graf Strachwitz. Lucius & Lucius. Stuttgart 2010, 237 S., EUR 48,– *DZI-D-9118*

Stiftungen als Instrumente bürgerschaftlichen und hoheitlichen Handelns erleben eine bemerkenswerte Renaissance. Doch trotz der reichlich vorhandenen juristischen Fachliteratur hat die Frage, ob Stiftungen in einer modernen Demokratie eine theoretisch begründbare Legitimität besitzen, bisher keine Antwort gefunden. Diese Veröffentlichung nähert sich der Diskussion aus historischer, geisteswissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Perspektive. Ausgehend von der ersten großen Legitimitätskrise des Stiftungswesens im 18. und seiner Relegitimierung im 19. Jahrhundert untersucht der Autor die Entwicklung unter den Bedingungen des National- und Wohlfahrtsstaates und argumentiert angesichts des Aufstiegs der Zivilgesellschaft für eine neue Legitimitätsdebatte. Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang vor allem der Beitrag von Stiftungen zur Förderung des Gemeinwohls.

Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Von Regina Rätz-Heinisch und anderen. Juventa Verlag. Weinheim 2009, 291 S., EUR 18,– *DZI-D-9054*

Die seit dem Jahr 1990 im Sozialgesetzbuch VIII geregelte Kinder- und Jugendhilfe befasst sich mit Aufgabenbereichen wie dem Abbau von Benachteiligungen, der Beratung von Eltern und der Schaffung kinder- und familienfreundlicher Lebensbedingungen. Um einen ersten Überblick zu verschaffen, beschreibt dieses Lehrbuch einzelne Handlungsfelder wie Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung. Dargestellt werden auch die kommunale Verfasstheit, die kooperative Trägerstruktur, Organisationsformen, Finanzierung, Fachkräfteentwicklung und Beteiligungssysteme der Jugendhilfe, ergänzt durch eine Skizzierung aktueller Theoriediskussionen und transnationaler Perspektiven. Zur Vertiefung enthalten die jeweils auf eine Lehreinheit zugeschnittenen Kapitel Beispiele, Übungsaufgaben und Empfehlungen zu weiterführender Literatur. Ein Serviceteil gibt Hinweise zu themenspezifischen Nachschlagewerken, zu Kommentaren, Berichten der Bundesregierung, Statistiken, Zeitschriften und relevanten Institutionen.

Einführung in Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft. Fünfte Auflage. Von Heinz-Hermann Krüger. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2009, 262 S., EUR 16,90 *D-9132*

Um Studierenden einen fundierten Einblick zu verschaffen, werden in diesem Lehrbuch einzelne Strömungen und Forschungsmethoden der beschriebenen Disziplin ausführlich dargestellt. Die thematisierten theoretischen Orientierungen beinhalten die geisteswissenschaftliche und die psychoanalytische Pädagogik, die empirische, die kritische und die systemtheoretische Erziehungswissenschaft sowie

transzentalphilosophische, historisch-materialistische, strukturalistische, ökologische, feministische und postmoderne Ansätze. Skizziert werden jeweils deren historische Vorläufer, die wissenschaftstheoretischen Bezugspunkte, die prägenden Repräsentierenden und die zentralen Dimensionen des Gegenstands- und Forschungsbereichs. Auf dieser Grundlage erfolgen ein Einstieg in hermeneutische Methoden und eine Erläuterung der pädagogischen Handlungs- und Praxisforschung sowie einiger quantitativer und qualitativer Verfahren, ergänzt durch einen Ausblick auf die konzeptuellen Konturen einer reflexiven Erziehungswissenschaft.

Die Vertreibung des Sozialen. Reihe: Frauen und Exil, Band 2. Hrsg. Adriane Feustel und andere. Edition text + kritik. München 2009, 237 S., EUR 23,- *DZI-D-9154* Die Schriftenreihe „Frauen und Exil“ widmet sich jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten des fokussierten Themas im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus. Dieser vorliegende Band dokumentiert eine Tagung, die im Oktober 2008 in Berlin-Hellersdorf stattfand und sich mit der „Vertreibung des Sozialen“ auseinandersetzt. Das Interesse galt denjenigen Frauen, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer politischen Überzeugung, ihrer Religion oder ihres aktiven Widerstandes in die Emigration gezwungen wurden. Basierend auf den Tagungsbeiträgen beschreibt dieser Band Konzepte und Projekte, die diese oftmals jüdischen Frauen, wie zum Beispiel Alice Salomon und Siddy Wronsky, in den Bereichen Pädagogik, Psychologie und Soziale Arbeit bis zum Jahr 1933 entwickelten und als professionelle Tätigkeitsbereiche neu schufen. Im Blickfeld stehen unter anderem auch die Arbeit der German Jewish Children's Aid, die Selbsthilfe im Jüdischen Kulturbund, das Berliner Kinderheim „Ahawa“ und die Flüchtlingshilfe von Quäkerinnen wie Elisabeth Rotten, Hertha Kraus und Magda Kelber. Das Buch schließt mit einer nachgezeichneten Podiumsdiskussion zur Rolle der Frau als Subjekt in der Wissenschaft.

Seelsorgerliche Diakonie. Leitfaden für ehrenamtliche Helfer in Kirchengemeinden und Mitarbeiter in diakonischen Einrichtungen. Von Winfried Noack. Frank & Timme. Verlag für wissenschaftliche Literatur. Berlin 2010, 223 S., EUR 24,80 *DZI-D-9160*

Trotz der vielfältigen sozialstaatlichen Leistungen gewinnen die Angebote diakonischer Einrichtungen immer mehr an Bedeutung, seien es Suppenküchen, Treffpunkte für Obdachlose, Seniorenbüros oder Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten. Als Arbeitshilfe für Diakoninnen und Diakone, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie Fachkräfte im sozialen Bereich eröffnet der Autor zunächst historische und sozialtheologische Perspektiven auf das gewählte Thema, um sich dann konkreten Arbeitsfeldern der seelsorgerischen Praxis für altersspezifische Zielgruppen wie Kinder, Jugendliche, Familien, Erwachsene, Seniorinnen und Senioren zuzuwenden. Das Buch legt dar, wie wichtig Beratung in Krisensituationen ist und möchte dazu ermutigen, Netzwerke zur besseren Unterstützung zu bilden.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Christian Gedschold Tel.: 030/83 90 01-37, E-Mail: gedschold@dzi.de, Hartmut Herb, Heidi Koschwitz, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Theda Borde (Alice Salomon Hochschule Berlin); Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Prof. Dr. Silke Gahleitner (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset, Berlin; Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Peter Reinicke, Berlin; Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Heiner Stockschaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Manfred Thuns (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Prof. Monika Treber (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstraße 27, 10963 Berlin
Druck: Büropa Offsetdruck, Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

ISSN 0490-1606